

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühren

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerbliche Anzeigen und Verordnungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (inklusive festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Mißtrauensvotum des Reichstags.

Die Verfassungskrise.

Mit einer überwältigenden Majorität hat der Reichstag dem Kanzler sein Mißtrauen ausgesprochen. Nur 34 Abgeordnete von 351 Abstimmenden haben sich unterfangen, ihre Lebereinstimmung mit den Ausführungen der Herren v. Bethmann und Falkenhahn zu bekunden. 293 Abgeordnete haben gegen die Regierung gestimmt. Sozialdemokratie, Zentrum, Fortschrittler und sogar die Nationalliberalen haben der Regierung diese vernichtende Antwort erteilt, und hinter dieser Majorität des Reichstags steht die noch gewaltigere der Reichstagswähler. Nur die Konservativen stehen noch zu den Erklärungen der Regierung, die Mittelbier sind mit Herrn v. Bethmann einverstanden, und auf den Ritterglitern, wo die Väter der Herren v. Forstner und Schadt sitzen, hat man Beifall und Billigung für die Provokationen des Herrn v. Falkenhahn.

In jedem anderen Lande, außer vielleicht in Rußland, wäre die Regierung erledigt. Sie hat nicht vermocht, Sühne für den Bruch des Gesetzes durch die Militärgewalt zu schaffen. Sie hat nicht vermocht, die Bürger gegen die Provokationen und Ausschreitungen des Militarismus zu sichern. Sie hat schmachlich versagt, als es galt, die alle Schranken der Gesetzmäßigkeit niederreißende Militärgewalt in die Grenzen der Verfassung zurückzutreiben. Und statt die einzig Schuldigen zu treffen, wollte sie die Verantwortung den Opfern auferlegen.

Gegen diese Haltung — wenn man das völlige Zusammenklappen vor dem militäristischen Uebermut Haltung nennen kann — hat sich der Reichstag erhoben. Und sein Votum ist um so bedeutungsvoller als es zugleich den schwächlichen Versuch des Reichskanzlers erledigt, durch seine zweite Rede die Wirkung der ersten und die des Kriegsministers abzuwässern. Aber Herr v. Bethmann hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß dieser Beschluß des Reichstages seine Stellung nicht berührt. Mit derselben Mißachtung, mit der er selbst von der Militärgewalt behandelt worden ist, gedent er den Reichstag zu behandeln. So ist die deutsche Verfassungsfrage in ihrer vollen Bedeutung gestellt. Die Militärmacht proklamiert ihre Selbstherrlichkeit über die bürgerliche Gewalt, die regierende Bürokratie erkennt in ihrem obersten Vertreter diesen unerhörten Anspruch an und erklärt dafür ihrerseits ihre Unabhängigkeit von der Volksvertretung.

Es ist, wie der Sprecher der Sozialdemokratie, Genosse Weill, sagte, eine herausfordernde Kampfansage. Wird der Reichstag diesen Kampf zu führen wissen?

Wilhelm II. hat endlich gerührt, den obersten und allein verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt anzuhören. Neben Herrn v. Deimling und dem Grafen Wedel, dem Statthalter Elßah-Vorbringens, darf auch Herr v. Bethmann-Hollweg in Donaueschingen erscheinen. Deutlich wird es dem deutschen Volke vor Augen geführt, daß allein beim persönlichen Regiment die Entscheidung liegt. Das aber ist gerade das unfähig Beschämende unserer Verfassungszustände. Nicht der Wille des Volkes, nicht der Beschluß des Reichstages, sondern die Meinung eines einzigen ist das Ausschlaggebende. Und diesen Zustand gilt es zu beseitigen, auch dem Reichstag die Macht zu erkämpfen, seinen Willen durchzusetzen gegen eine renitente Bürokratie und gegen rebellierenden Militärgewalt — aus eigener Kraft und ohne Appell an einen Herrscherwillen.

Der Reichstag kann das, wenn er nur will. Eine tiefe Erregung, eine ungeheure Empörung geht durch die Massen des Volkes. Die Provokation von Zabern ist nur der letzte Anlaß gewesen, der den Widerstand gegen die unerträglichen Annahmen des Militarismus auslöst, wie in den Novembertagen 1908 die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ nur den schon längst vorhandenen Unwillen gegen das persönliche Regiment zum stürmischen Ausbruch brachten. Der Reichstag braucht nur einmal wirklich zu wollen, und er hat sich sein Recht für immer erkämpft. Die gewaltige Majorität, die der Regierung ihr Mißtrauen bezeugt hat, braucht nur fest zu bleiben, um, unterstützt von der Entschlossenheit der Volksmassen, aller Widerstände Herr zu werden.

Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob in den bürgerlichen Parteien dieser feste Wille lebt. Der Reichstag steht vor den Einzelverhandlungen, die ausgeführt worden sind bis zur Rückkehr des Kanzlers. Der heutige Beschluß kann nur ein Anfang sein, aus dem die Konsequenzen mit unbeugsamer Energie gezogen werden müssen. Die Uebergriffe der Militärmacht müssen ihre

Sühne finden, dem Volke muß Genugtuung werden. Wenn die oberste Kommandogewalt zum Hindernis geworden ist für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Recht, muß sie ihre verfassungsmäßige Beschränkung finden und Garantien gegen den militäristischen Absolutismus geschaffen werden. Nur wenn die Majorität des Reichstages selbst ihren Beschluß ernst nimmt, wenn sie nicht davor zurückscheut, den Kampf, der ihre aufgedrängt worden ist, bis zum Ende durchzuhalten, nur dann darf sie erwarten, daß ihr Beschluß auch von den Regierenden ernst genommen wird.

Der Verlauf der Reichstags-Sitzung war Donnerstag wesentlich ruhiger als am Mittwoch. Die leidenschaftliche Erregung zitterte nur leise während der Rede des Kanzlers nach, der gleich zu Beginn das Wort nahm. Denn man erwartete im Hause nichts mehr von dieser Rede, und man war entschlossen, durch die Abstimmung der Regierung zum Ausdruck zu bringen, wie völlig sie sich in Widerspruch zu dem Reichstag gesetzt hatte. Deshalb konnte die Rede des Reichskanzlers auch keine Enttäuschung mehr bringen. In großer Erregung verurteilte Herr v. Bethmann-Hollweg die Wirkung der gestrigen Regierungserklärungen abzuwässern. Er versicherte, daß er, der das Verfassungswort in Elßah-Vorbringen begonnen, an der Politik der Versöhnung festhalten wolle. Aber er begegnete nur höhnischem Lachen, als er von der Konsequenz sprach, mit der er an seiner Politik festhalte. Das Gelächter wurde stürmisch, als der Mann, der eben erst widerstandslos sich den Annahmen des Militarismus gebeugt hatte, es als seine erste Aufgabe bezeichnete, die Harmonie zwischen Militär- und Zivilverwaltung herzustellen. Und die letzte Spur einer Wirkung seiner Rede war vorbei, als er erklärte, er sei in vollem Einvernehmen mit dem Kriegsminister, und dieser die erneute Abtanksverklärung mit einem gnädigen Kopfnicken bestätigte.

Genosse Weill hatte leichtes Spiel, als er in scharfer Polemik ausführte, daß diese Solidaritätserklärung jeden Versuch des Reichskanzlers, seine Position zu verbessern, illusorisch mache. Auch diese Rede habe gezeigt, daß die Harmonie, wie sie der Reichskanzler meine, nichts anderes sei, als die Kapitulation des Reichskanzlers und der Zivilbehörden vor der Militärpartei. Und deshalb hätte auch das wiederholte Zugeständnis des Reichskanzlers, daß Ungleichheiten des Militärs vorgekommen seien, nichts zu bedeuten, da der Wille fehle, die nötige Sühne zu schaffen. Um so mehr werde es Aufgabe des Reichstages sein, die schärfsten Mittel zu gebrauchen, um die Regierung zu zwingen, dem Volke Genugtuung zu leisten. Die Rede unseres Genossen, die den Jörn und die Erbitterung des elßahischen Volkes zum starken Ausdruck brachte, fand ihre Ergänzung in einer kräftigen Rede des Fortschrittlers Gaaß, der namentlich auch auf den unheilvollen Eindruck hinwies, den die klägliche Haltung der Regierung im Auslande hervorrufen müsse, und in einer wirksamen Verteidigung des elßahischen Standpunktes durch Dr. Ricklin. Dagegen blieb die ganze Verteidigungsrede, die der Junker Rogalla v. Vieberstein, und die halbe, die Herr v. Gumbel namens der Reichspartei für die Herren v. Forstner und Falkenhahn hielt, ohne Eindruck und fand nur wenige Zuhörer. Nach der Rede des Elßahers Dr. Ricklin gelangte man zur Abstimmung. Mit Spannung wurde das Resultat erwartet. Als der Präsident verkündete, daß von 351 Abstimmenden bei 4 Enthaltungen, nur 34 für die Regierung, aber 293 für das Mißtrauensvotum gestimmt haben, erscholl lauter Beifall. Die Bedeutung des Resultats der Abstimmung wurde noch hervorgehoben durch die kurzen Worte, die Genosse Gaaß im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach. Es hätte nahe gelegen, führte er bei Feststellung der Tagesordnung aus, die Arbeiten des Reichstages bis zur Klärung der Situation zu vertagen. Nur die große Bedeutung der Frage der Arbeitslosenversicherung, die nunmehr auf die Tagesordnung des Reichstages gelangt, mache es der Sozialdemokratie zur Pflicht, gegen die Fortsetzung der Verhandlungen keinen Widerspruch zu erheben. So wird heute Herr Delbrück Gelegenheit haben, zu zeigen, wieviel sozialpolitisches Verständnis die deutsche Regierung erfüllt.

Das Urteil der Presse.

„Berliner Tageblatt“.

Ein „dies ater“, ein Unglückstag für das Deutsche Reich, hat der Zentrumsdaggeordnete Fehrenbach den gestrigen Tag genannt. Und in der Tat, wie wüßten wir nicht zu erinnern, daß je zuvor, solange das neue Reich besteht, von den Vertretern der Regierung die Ehre dieses Reiches unglücklicher und anstößiger geführt, das klare Interesse dieses Reiches gröblicher verletzt, jedes gute Empfinden der Reichsbevölkerung rücksichtsloser verkannt worden wäre. Die Volksvertreter haben, soweit sie gestern bereits zu Worte kamen, in verächtlicher Abtönung, aber doch im wesentlichen zutreffend, gesagt, was über die Zaberner Affäre gesagt werden mußte. Die Vertreter des Re-

gierungsstandpunktes, und der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg kaum minder als der neue Kriegsminister v. Falkenhahn, haben nicht bloß eine Schlacht verloren — so etwas passiert auch besseren Feldherren —, sondern sie haben, indem sie vor dem Sabelregiment zurückwichen oder sich gar mit ihm identifizierten, zu gerechter Empörung Anlaß gegeben, dem Kultur-Ansehen des deutschen Volkes einen schweren Schlag versetzt.

„Sächsische Zeitung“.

Der Reichskanzler hätte einen bürgerlichen Kad angelegt. Das war eine Vergeßlichkeit. Er hätte die Dragoner-Uniform anziehen sollen. Das hätte der Sachlage entsprochen und auch seinem Verhältnis zum Kriegsminister. Der Kriegsminister war ebenso schneidig, wie der Reichskanzler schwächlich. Hätte man bei Herrn v. Bethmann-Hollweg den Eindruck, daß sein Herz nicht immer bei seinen mühsamen Sagen war, so war General v. Falkenhahn der starke Mann, nach dem sich das Krautjunferntum geschnit hat. Ganz nachsichtig nach der einen Seite und ganz schroffe Unnachsichtlichkeit nach der andern. Hätte schon der Reichskanzler seine mildernden Umstände für die aus begreiflicher Aufregung hervorgegangenen Ausschreitungen der „Wades“ gegen den Leutnant mit der Stichprämie, wie erst hätte sie ihnen der Kriegsminister bewilligen sollen? Die Brauchte er für „die Armee“, oder nein, die brauchte er nicht, denn er sah alle Schuld oder fast alle Schuld auf der Gegenseite, und wenn er einräumen mußte, daß Herr v. Deimling im Reichstag eine Entgleisung passiert war, die man ihm nicht mehr vorhalten dürfe, so erteilte er auf den Zwischenruf: „Er ist aber kein anderer geworden“, die stolze Antwort: „Meine Herren, das ist ja das Beste an ihm.“

In der Tat, der „starke Mann“, und vielleicht ist er derselbe, ehemals dem Philosophen von Hohenfinow die Bürde und Bürde des Amtes abzunehmen.

Es war ein dies ater, ein Unglückstag in der Geschichte des jungen Deutschen Reiches. Und der ist über der Autorität und dem „Recht“ der Armer, will folgen des einzelnen Offiziers, die „Imponderabilien“ übersteht, die nach Bismarcks Ausspruch nicht minder wichtig sind als die Vajonette.

„Freiinnige Zeitung“.

So hinterläßt die Rede des Reichskanzlers nur den bitteren Nachgeschmack, daß die Ausschreitungen von Militärpersonen gegen das Zivil nicht die erforderliche Sühne finden werden.

„Germania“.

Sie sind auseinander, endgültig auseinander, der Reichstag in seiner großen Mehrheit und die Reichsregierung in der Zaberner Angelegenheit. Der vorsichtige Politiker, für den bei Beobachtung der beläunigten Vorgänge im Elßah ein selbstsicheres Gefühl der militäristischen Macht über dort unverkennbar war, ist gewiß nicht mit allzu großen Hoffnungen in den Reichstag gegangen, um die Erklärungen der Reichsregierung dazu entgegenzunehmen. Aber selbst der größte Pessimismus wird kaum erwartet haben, daß die Erörterung mit einem Mißtrauensantrag enden würde, wie es tatsächlich geschehen ist.

Ueber des Kanzlers Rede sagt das Blatt: „Des Volkes, d. h. der unorganisierten Masse Empfindlichkeit war ihm kaum gerechtfertigt, aber der Offiziere, des gut disziplinierten Korps, Empfindlichkeit gerechtfertigt ein Einschreiten, von dem er selbst zugehen mußte, daß ihm die formelle gesetzliche Befugnis fehlte! Diesen Widerspruch zu beschönigen, genügt dem Kanzler ein armjeliger Sophismus: Es herrschte im Lande eine Erbitterung, so haben die Redner hier im Hause selbst zugegeben; in solchen Momenten aber ist das Militär berechtigt, alles zu tun, was Schlimmeres zu verhüten geeignet erscheint, eine Auffassung, die der Kriegsminister später noch dahin erweiterte, daß er sagte, ein Recht sei in solchen Fällen noch lange nicht so schärflich, als ein Unterlassen! Aber waren die ganzen Vorgänge einfach von Tumultuanten und einer hysterischen Presse provoziert, eine Art, den „springenden Punkt“ herauszufinden, die die Linke zu einem minutenlangen Widerspruch ansetzte, zumal sie durch Wiederholung verstärkt wurde. Von einem Juristeneid versprach sich Herr von Falkenhahn vielleicht für den Augenblick Ruhe, aber er befürchtete daraus um so Schlimmeres für die Zukunft und lehnte darum jedes Nachgeben kategorisch ab. Im Punkte Disziplin und Ehrgefühl kennt das Militär keine Rücksicht.“

„Tägliche Rundschau“.

Wildere, lärmendere Szenen als bei der gestrigen Besprechung der Zaberner Vorfälle hat der Reichstag selten erlebt. Die Sozialdemokraten hatten von vornherein, getreu der Tenor Barol, die Müdigkeit der Genossen durch verdoppelten Lärm nach außen, durch Schrei und Schimpfaußwand zu überwinden, ihre Behandlung der traurigen Angelegenheit auf Raban um jeden Preis angelegt. Das Schlimme aber war, daß dieses Schreien und Loben, dieses Verhöhnens des Reichskanzlers wie des Kriegsministers im Hause allmählich eine Atmosphäre der Aufregtheit, der sinnlosen Leidenschaften schuf, in der ein ruhiges Wort kein Gehör mehr fand und Volksvertretung und Regierung sich wie zwei verheßte, zum Schlagen bereite Volkshäuser gegenüberstanden.

Die Tatsache muß registriert werden, daß nie, nicht um Marokko und nicht um die Militärverleugung, ja selbst nicht bei den Kaiserdebatten hat sich der Reichstag so maßlos ergriffen, haben sich die Volksboten so von der Sache persönlich ergriffen gezeigt, wie wegen des Schimpfwortes des Zaberner Leutnants und seiner Folgen. Es war ein Sturm nicht nur gegen die Regierung, sondern noch mehr gegen das Heer.

Sonntag: Protestversammlungen in Groß-Berlin.

der seine schwere Bedeutung dadurch gewann, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien ihn nicht dämpften, sondern ihn mitmachten. Das Unbegreifliche, hier wurde es getan, muß man mit dem Abg. Jehrendach sagen, nur im anderen Sinne, als er es meinte.

Kriegsminister v. Falkenhahn hatte den Mut, die Ehre und die Bedürfnisse der Armee frei und ohne Fugeständnisse zu verteidigen und wurde dafür von der Sozialdemokratie und leider auch dem Zentrum ungläubig behandelt. Was er über die Armee sagte, war richtig, wenn er auch zehnmal niedergeschrien wurde, und er verdient Dank, daß er es gesagt hat.

„Zeit“

Reicht als Fazit des ersten Tages eine erfreuliche Festigkeit des Reichstanzlers wie des Kriegsministers. Sie haben sich den Dank der Nation verdient durch ihren unbeeinträchtigten Willen, die Armee unter allen Umständen gegen schwere Anfälle zu schützen. Der Reichstanzler darf und muß heute schon damit rechnen, daß er das Vertrauensvotum einer aus Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Eltsaffern bestehenden Mehrheit erhält, zu der auch einige Nationalliberale stoßen werden. Er hat fernerzeit in der polnischen Frage ein ähnliches Vertrauensvotum bekommen und ist nicht daran gescheitert. Er wird auch diese Kundgebung überleben. Aber ein Vertrauensvotum von dieser Seite in solcher Sache darf er als eine Auszeichnung auffassen und als eine Bestätigung dafür, daß er das nationale Interesse bestens wahrgenommen.

Der Kriegsminister seinerseits, der einen solchen Aufbruch entsetzt, kann davon überzeugt sein, daß man ihn auf der linken Seite des Hauses als einen Mann empfindet, mit dem nicht zu spekulieren ist. Eine solche Erregung macht sich nur geltend aus dem Gefühl heraus; hier weht jetzt ein anderer Wind, als man ihn gewöhnt ist. Wir hoffen, daß unser neuer Kriegsminister sich wieder durch die Weltausbrüche der Ill. noch durch die Springprojektion des Herrn Ledebaur aus der Fassung bringen läßt, und daß er nach dem Vorbild des Antons aus diesem Anproll keine Konsequenzen, sondern lediglich Kraft ziehen möge. Seine Stimme ist stark, seine Reden sind gut und einen Willen hat er auch. Mit einem Wort: es ist der Mann, den wir brauchen.

„Kreuz-Zeitung“

Die frische und schneidige Art, mit der der Kriegsminister für seine Offiziere eintrat, mußte ihm nicht bloß auf den Dank der Rechten Sympathien erwerben. Er wirkte auch überzeugend, weil, was er vortrug, ihm selber inerte Überzeugung und Hingebung war: Disziplin und Ehrgefühl sind die Grundlagen, die keine Armee entbehren kann, wenn sie gesund bleiben soll. Stürmische Heiterkeit und fortwährende Klarheit bezeichnet der Parlamentsbericht nach der Rede des Kriegsministers. Danach glauben wir, daß die parlamentarische Vertretung der militärischen Interessen bei dem Kriegsminister v. Falkenhahn gut aufgehoben ist. Wer gestern mit Reizungen und Entgegnungen geredet hätte, würde dies Maß von Uebelwollen und mißtrauischer Gefinnung doch nicht überwunden haben.

Wir rechnen es deshalb dem Herrn Reichstanzler zum Verdienst an, daß er dieser Stimmung keine Konzessionen gemacht, sondern die Totsachen ihre ungeschminkte Sprache hat reden lassen. Von entscheidender Bedeutung war dann, wie der Reichstanzler zu dem Vorgehen des Militärs bei den letzten Zusammenstößen Stellung nahm. Er gab zu, daß gesetzliche Befugnisse verletzelt überschritten seien. Aber er erkannte den Notstand des Militärs an und erklärte vor allem aber nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht an, sich gegen direkte Angriffe zu schützen. Damit ist alles gesagt, was im vorliegenden Fall zur Rechtfertigung der Militärbehörde gesagt werden kann.

„Deutsche Tageszeitung“

Koch, härter als bei seiner Rede waren die lärmenden Kundgebungen und die schreienden Zwischenrufe bei der Rede des Kriegsministers. Ein gemaltiger Sturm der Rechten, teils wohl auch aus Unkenntnis der Entschlüsse, ging durch das Haus, als der Kriegsminister von lärmenden Tumultuanten und heftigen Beschimpfungen sprach. Lange Zeit konnte die Glorie des Präsidenten die Ruhe nicht wieder herstellen. Das Geschrei und Gejohle war bisweilen so stark, daß man sich an einen anderen Ort versetzt glaubte. Der Kriegsminister gab darauf die einzig richtige und treffliche Antwort, indem er die Worte, die den Lärm gewirkt hatten, ruhig wiederholte. Scharf und mannhaft erklärte er, daß es für das Heer kein Zurückweichen vor den sich wild gebärdenden Elementen geben könne. Als er mit erhobener Stimme rief: Nicht ein Stein dieses stolzen Reichstagsbaues würde stehen, wenn die deutsche Armee nicht gewesen wäre!, da jubelte die Rechte ihm zu. Es ist lange her, daß ein so mannhaftes Wort im Reichstage gefallen ist. Was er dann über die Notwendigkeit der unbedingten Aufrechterhaltung der Autorität und der Disziplin, über die unvorantwortlichen Treiberien, über gewisse unerträgliche Annahmen sagte, war zwar der Mehrheit des Hauses nicht nach dem Munde, aber sicher der Mehrheit des Volkes aus dem Herzen geredet. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Kriegsminister die und da eine andere Wendung gewählt hätte. Sein ganzes Auftreten hat uns aber befriedigt und erfreut. Er ist kein Diplomat; das soll er auch nicht sein. Er ist ein Anbeter des Parlamentarismus; das darf er auch nicht sein. Er macht den Eindruck eines auf sein Ehrenkleid stolzen Soldaten, der keinen anderen Ehrgeiz hat als den, des Königs von Preußen treuer Kriegsminister zu sein. Und — wir wagen das trotz der Mehrheit des Reichstages zu sagen — das ist doch die eigentliche Aufgabe eines Kriegsministers.

„Frankfurter Zeitung“

... Was in den ersten Anfängen ein an sich belangloses Bagatelldelikt war, ist durch die falschen Maßnahmen der zunächst beteiligten militärischen Stellen dann zu einer Affäre geworden und durch die lawinenartige Anhäufung immer neuer und immer schwererer Fehler schließlich zu einer Angelegenheit, die an die Grundfragen der Verfassung und an die elementarsten Rechte des Volkes greift. Um den jungen Leutnant und die eltsaffische Rekruten handelt es sich schon längst nicht mehr, auch nicht mehr um die Frage, ob die Befragung Fortners mit einem scharfen Beweis eine ausreichende Sühne für sein Vergehen darstellt oder nicht. Das sind Dinge, die völlig in den Hintergrund treten gegenüber der für einen Kulturstaat und seine Bürger wichtigsten, an die Grundlage unseres ganzen Verfassungslebens rührenden Frage, ob es statthaft sein soll, daß die militärischen Gewalten die Zivilgewalt an sich reißen, und daß sie eine Diktatur aufrichten, der sich die Behörden und das Volk willenlos zu fügen haben.

... Das Stück Papier, auf das die Mißbilligungsresolution geschrieben wurde, war heute eine dankenswerte Tat, morgen wird es das nicht mehr sein, weil die außergewöhnliche Situation außer gewöhnliche Maßnahmen fordert. ... Nach dem, wie die Regierung zu ihr Stellung genommen hat, muß der Reichstag, wenn ihm nicht ein anderes ebenso wirksames Mittel zur Verfügung steht, die Juangriffnahme der Staatsverwaltung verweigern, ohne seine übrigen Arbeiten irgendwie zu unterbrechen, bis der verletzten Verfassung Genugtuung geleistet und klar zum Ausdruck gebracht worden ist, daß auch das Militär sich nicht über die Verfassung hinwegsetzen darf. Es muß sich dann zeigen, ob die Regierung den Konflikt mit dem Reichstag aufnehmen oder ob sie eine gerechte Lösung im Zaberner Halle dem vorgehen will. Will sie den Konflikt — und das wäre in dem Jahre der gespendeten Milliarden und der Jahrhundertfeier ein

würdiger Abschluß —, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als den Reichstag aufzulösen und an die Wählerchaft zu appellieren, wenn nicht Herr v. Bethmann den einfacheren Weg vorziehen sollte, nach einem Amte zurückzutreten. Das er so, wie die Dinge liegen, u. S. nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg weiterführen kann.

„Kölnische Zeitung“

Der Tag bedeutete, um nicht mehr zu sagen, eine starke Zustimmung der obersten Reichsbeamten an das Rechtsempfinden des weitläufigen größten Teils des Volkes und an seine Begriffe von der Stellung und den Aufgaben des Rechts im Staatsleben.

... Damit kommen wir zur Stellungnahme des Reichstanzlers zu den Zaberner Vorgängen und stellen mit Bedauern fest, daß die militärische Anschauung über Recht und Gesetz bei ihm einen Rückhalt gefunden hat. Es ist gewiß richtig, daß er nicht imstande ist, eine Maßregelung der in Zabern angeklagten Militärpersonen durchzusetzen; darüber urteilt in letzter Instanz der oberste Kriegsherr. Aber der Reichstanzler hätte dem Kaiser vorstellen müssen, daß in diesem Falle Leute, die militärische Prestigepolitik um jeden Preis wollen, schlechte Ratgeber seien, daß es sich in erster Linie nicht um die Bevölkerung von Zabern oder Vergehen an Rekruten handle, sondern um die Zurückweisung rechtswidriger Hebergriffe des Militärs in die Rechte der Zivilbevölkerung. Herr v. Bethmann-Hollweg stellte sich entgegen den Hoffnungen, die seine Erklärungen im Reichstag vom Montag erweckt hatten, nicht auf den Boden desjenigen Rechtsbewußtseins, das im Augenblick das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der konservativen Parteien befeuert, sondern er vertrat einen Standpunkt, den man von dem ersten Beamten des Reichs nicht gern vertreten sah; er erkannte dem Militär eine Autorität zu, die auch dann geschäft werden sollte, wenn sie sich gegen das Gesetz richtete. Wir können immer noch nicht glauben, daß das Herr v. Bethmanns letztes Wort ist, und warten einwilligend noch auf eine Korrektur. Wie das Echo sein wird, das ein Verhörten bei solcher Stellungnahme des Reichstanzlers im Reiche hervorrufen würde, das hat Herr v. Bethmann-Hollweg bereits im Reichstag gesehen.

Quo vadis!

Zabern, 4. Dezember. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Zu der gleichen Zeit, wo wieder eine Proklamation des Bürgermeisters an die Bevölkerung angeschlagen wurde, künden staatsgäbe Plakate an, daß der Film „Quo vadis“ („Wohin geht Du?“) jetzt in die Kinohäuser von Zabern gelangt ist. Aber wer mit Spannung den jetzigen Ereignissen folgt, dem schien die Aufschrift auf diesen Plakaten wie eine drohende Frage an die blinden Nachbarn des Tages, die auf ihrem verderblichen Wege immer weiter taumeln.

Quo vadis? Wohin geht es und wie und wo ist das Ende. In besorgtem Tone geht diese Frage in Zabern von Mund zu Mund. Nach allem, was an Gerüchten über Mitteilungen des Kanzlers hier umlief, hatten die meisten optimistisch ihre Hoffnung auf die Erklärung der Regierung im Reichstage gesetzt. Diese Hoffnung ist jetzt grausam zerstört und desto größer ist nun auch in den Herzen der über allen Begriff Entgegnungen die Erbitterung. Als blutigen Hahn empfindet man die Rede Bethmann-Hollwegs, als bewußt zugefügten Schimpf die Worte des Kriegsministers... Und die scharfen Ausdrücke der Oppositionsredner in Parlament werden überboten von Leuten, die ganz gewiß nicht mit dem Beruf zum Revolutionär zur Welt gekommen sind. Wenn es überhaupt noch möglich war, Del ins Feuer zu gießen, Bethmann-Hollweg und Falkenhahn haben es gestern meisterhaft bejagt.

Aber damit nicht genug. Auf Schritt und Tritt reizt das Militär durch neue, ganz gelinde andgedrückt, Unvorsichtigkeiten. Die Wirtschaften, in denen der mißliebige „Zaberner Anzeiger“ ausliegt, wurden von den Offizieren systematisch boykottiert, bis das verpönte Blatt entfernt wurde. Das macht eben so böses Blut, wie die Schrotflut, mit der Oberst v. Reutter einen ihn fragenden französischen Journalisten anknurrte: „Sprechen Sie deutsch, ich spreche auch deutsch.“ Eine Antwort, die ebenso von der Logik wie von der Höflichkeit des abgewandten Herrn Zeugnis ablegt. Natürlich führt auch der angeblich schwer bestrafte Leutnant Fortner ab und zu seinen Säbel in den Straßen spazieren, sorgfältig bewacht von drei Gendarmen, die ihm in einiger Entfernung folgen. Auf der anderen Seite erregte es wieder eine fürmische, allerdings bittere Heiterkeit, als ein englischer Journalist, der dem berühmten Leutnant Schadt, einen der „Helden“ des 28. November auf die photographische Platte brachte, auf einen Wink des Offiziers von zwei Gendarmen auf die Polizeiwache befordert wurde. Das höfliche und zuvorkommende Benehmen der Gendarmen, das in schneidendem Gegensatz zu dem Auftreten der Offiziere steht, verdient anerkennende Erwähnung.

Was aber für die Erregung den stärksten Anlaß gibt, ist ein Verbot des Kreisdirektors. Am Tage von St. Barbara nämlich pflegten die Zaberner Pompiers (Feuerwehren) einen Fackelzug durch die Straßen der Stadt zu veranstalten. Im Anschluß daran Vankett, Kongert und Tanz. Während nun zur Unterhaltung der Einwohner die Rompagnien des Regiments Nr. 90 zu nachtschlafender Zeit mit lautem Singfang durch die Straßen zogen, ist der Feuerweh für ihren Festzug am nächsten Sonnabend sowohl die Musik wie die Mitnahme von Fackeln untersagt worden. Ob man fürchtet, die überernstigen Leutnants könnten die friedlichen Fansaren der wackeren Pompiers für die Stürmsignale der Revolution halten und in Eilmärsch fallen, ob man besorgt ist, der helle Fackelschein könnte zerstörend in das Zaberner Dunkel hineinkleuchten, ist unbekannt. Aber wer die Volkstümlichkeit kennt, der sich landauf und landab in Maß-Lothringen die Pompiers erfreuen, der wird den Grad der Erbitterung ermessen, die die neueste Diktaturmaßregel weckt. Quo vadis? Wohin geht der Weg?

Nur daß Zabern ein kleiner Ort ist, hat der friedlichen Einwohnerchaft böses Blutergießen erpart. Ähnliche Provokationen in Strahburg und Mülhausen — und Flammen schlägen lichterloh zum Dach hinaus. Hier hat man recht wenig Lust, den preußischen Maschinengewehren zur Zielscheibe zu dienen und halt vorläufig die Faust in der Tasche. Aber bei den nächsten Wahlen werden sich all diese geballten Häufte öffnen und rote Stimmzettel in die Urnen senken. Denn von Kind und Regel hört man es hier, das ist das einzige, was uns übrig bleibt. Das nächste Mal wählen wir rot.

Bis heute war Zabern für den Sozialismus ein schwer zugänglicher Boden und alles in allem ein unpolitisches Städtchen. Die Rosenbüsche, die weithin die Stadt bekannt gemacht haben, beschäftigten ihre Einwohner mehr als der Parteikampf. Rosenzüchter sind stets lokale Intendanten. Wenn bei den nächsten Wahlen rote Rosen in seltener Pracht und Fülle in Zabern blühen, so gebührt der Dank dafür der willig selbstlosen Agitation, die der preußische Militarismus im Schweige seines Angefichts für den Sozialismus betreibt.

Die Verhaftung des Korrespondenten.

Zabern, 4. Dezember. Zu der Verhaftung des englischen Berichterstatters wird noch gemeldet: Als heute mittag kurz vor 1 Uhr der Vertreter des Londoner Blattes „Daily Mirror“ Mr. A. Wyndham auf der Straße den zufällig vorübergehenden Leutnant Schadt vom Infanterieregiment 99 photographiert hatte, veranlaßte der Leutnant einen Gendarmen, den englischen Zeitungskorrespondenten festzunehmen und seinen Apparat nach Platte zu beschlagnahmen, wobei es dem Engländer gelang, den Sittierungsapparat photographisch zu fixieren. Mr. Wyndham wurde dann zur Polizei mitgenommen, wo ihm auf Anordnung der Kreisdirektion einwilligend mitgeteilt wurde, daß das um 2 1/2 Uhr erscheinende Gericht über die Angelegenheit, Beschlagnahme des Apparats usw., befinden würde.

Zabern, 4. Dezember. Zu der Sistierung des Korrespondenten des „Daily Mirror“ wird ergänzend gemeldet: Die Kreisdirektion hat ausdrücklich erklärt, daß noch ihrer Auffassung von einer vorläufigen Verhaftung des Amateurphotographen nicht die Rede sein könne, ebenso wenig wie von einer Beschlagnahme der Platten, da von einem Photographieverbot in Zabern zurzeit nichts bekannt sei.

Der englische Journalist freigelassen.

Zabern, 4. Dezember. Das Gericht hat von einer Verhaftung des Korrespondenten Abstand genommen und ihm auch die beschlagnahmte Kamera zurückgegeben, nur zwei Platten mit den Aufnahmen des Leutnants Schadt wurden zurückbehalten.

Die Maßregeln des Zaberner Gemeinderats.

Ein Zeitungskorrespondent hat mit dem Vertreter des erkrankten Bürgermeisters, mit dem Beigeordneten Gung, eine Unterredung über die Haltung des Gemeinderats gehabt. Herr Gung erklärte: „Genauer kann ich nicht sagen, aber wir werden wohl nicht demissionieren, sonst würde ein Regierungskommissar die Führung der Stadtschäfte bis zu den nächsten Gemeinderatswahlen in sechs Wochen übernehmen. Dann wäre der Staat unvermeidlich da, denn der Regierungskommissar müßte schon sehr feinfühlig die Psychologie unseres Volkes nachempfinden, wenn er richtig handeln wollte. Um des Friedens willen werden wir auf keinen Fall demissionieren. Aber genügt uns das Resultat der Reichstagsverhandlungen nicht, so werden wir uns auf andere Weise helfen. Vor einiger Zeit wurde vom Gemeinderat in Zabern ein Beschluß gefaßt, der die Vorliebe der Stadt für das Militär zur Gänze charakterisiert. Wir hatten eine Anleihe von einer Million Mark beschaffen. Zur Vergrößerung des Egerplatzes bei Steinburg hatten wir 80000 Mark, und zum Ankauf des Terrains zu einer neuen Artillerielafette hatten wir 45000 dem Fiskus geschenkt. Also 125000 Mark wollten wir opfern, um mehr Militär zu bekommen. Die übrigen 875000 Mark waren für den Bau der Hofetne bestimmt. Sie sollten uns vom Militärfiskus vergütet werden. Nun aber könnte der Gemeinderat diesen Beschluß zurückziehen. Das wird wohl auch geschehen. Die Bürger denken sich, wenn man schon mit Säbeln, Bajonetten und Maschinengewehren vorgeht, sollen wir dann auch noch Kanonen anspazieren, um die Stadt bombardieren zu lassen?“

Wahrer Arbeitswilligenschutz.

Am heutigen Tage wird sich der Reichstag mit der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Arbeitslosenfrage beschäftigen. Die Berechtigung der Anfrage an die Regierung und die Begründung der sozialdemokratischen Forderung einer Reichsarbeitslosenversicherung ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß heute eine Arbeitslosigkeit in einem Umfang besteht, vor deren Gefahren niemand mehr die Augen verschließen kann. Wir halten es daher für ausgeschlossen, daß die Regierung oder eine der Parteien die Existenz dieser Erscheinung in Zweifel ziehen wird. Dabei stehen wir erst am Beginn einer Krise, die, so schleichend sie auch verlaufen mag, sich weiter verschärfen wird. Die Not der Arbeitslosen wird also größer werden und selbst derjenige, welcher im Moment Maßnahmen noch nicht für absolut notwendig halten wollte, müßte in Rücksicht auf die zu erwartende Entwicklung durchgreifende Vorbeugungsmaßnahmen befürworten. Da auch der glühendste Verteidiger der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nicht leugnen kann, daß die Arbeitslosigkeit eine regelmäßig wiederkehrende Massenerscheinung ist, muß es sich dabei um Maßnahmen handeln, die über bloße Augenblicks- und Verlegenheitsmaßnahmen hinausgehen. Nur eine Arbeitslosenversicherung, die das Uebel systematisch bekämpfen will, kann den Forderungen eines Arbeitslosenbüros entsprechen. Die Wege dafür sind, das muß mit Entschiedenheit festgehalten werden, bereits mannigfaltig und mit Erfolg beschritten worden. Der Zweifel an der Möglichkeit einer Arbeitslosenversicherung darf also nicht als Vorwand für den mangelnden Willen zur Einführung einer solchen Versicherung gebraucht werden.

Was bisher die Regierung von ihrer Stellungnahme zu unserer Forderung hat verhalten lassen, ließ allerdings darauf schließen, daß sie sich auch in dieser Frage ganz dem Willen der Unternehmer beugen will. Das Kanzlerorgan übergibt alle Verfügungen in der wissenschaftlichen und Tagespresse zugunsten einer Arbeitslosenversicherung, und drückt dagegen zustimmend die verböhrtesten und häßlichsten Pressestimmen gegen die Errichtung einer Reichsarbeitslosenversicherung ab. Vor dem Reichstag wird die Regierung es wohl nicht wagen, in einem solchen Tone die Frage zu erörtern. Aber das „Nein“ wird deutlich genug auch aus den vorhöhrtesten Äußerungen der Regierungsdirektoren herausfliegen; obgleich die Regierung so alle Veranlassung hätte, zu verjühen, durch sozialpolitische Fortschritte den läßten Eindruck zu verwischen, den ihr Auftreten in der Zaberner Angelegenheit geoben gemacht hat.

Von den Parteien ist bei den agrarischen und industriellen Schärformern eine glatte Verneinerung jeder durchgreifenden Forderung zu erwarten. Konservative und Nationalliberale, die auch jetzt wieder von einem Arbeitslosenrummel zu reden wagen, werden ihr „Nein“ durch erneuten Stimmentfall zu büßen haben. Ihre Forderung ist mehr denn je, die Kreise, die sozialpolitische Forderungen aufstellen, zu knebeln und niederzubütteln, statt diese Forderungen zu bewilligen. Wie wird aber das Zentrum sich zu der Frage der Arbeitslosenversicherung stellen? Bisher hat seine Presse es anglichlich vertrieben, sich klar und deutlich darüber auszusprechen. Mit Rücksicht auf die Arbeiter unter seinen Wählern wird es sich wohl hüten, die Forderung rund-

weg abzulehnen. Aber die Arbeitslosen werden sich nicht mit demagogischen Redewendungen begnügen, sondern eine Antwort verlangen, die keinen Zweifel übrig läßt. Wenn das Zentrum mit der Sozialdemokratie geht, dann kann die Regierung es zuzunehmen werden, die Forderungen des Volkes zu bewilligen. Die Arbeiter wissen, daß an der Haltung des Zentrums die Entscheidung in der Arbeitslosenfrage hängt und werden es mit der ganzen Schwere seiner Verantwortlichkeit belasten.

Die Fortschrittler haben sich zwar in der Bresse der Forderung einer Arbeitslosenversicherung freundlich gegenübergestellt; aber die Behandlung dieser Frage in den kommunalen Parlamenten, wo die Freisinnigen die Mehrheit haben, zeigt doch, wie wenig Verlaß auf diese platonische Liebe ist. Unter dem Vorwand, daß das Reich vorangehen müsse, hat man die Verantwortung von den Kommunen abzuwälzen gesucht.

Nur die Sozialdemokratie vertritt auch hier klar und eindeutig die Interessen des Volks. Wenn man ihr den völlig unberechtigten Vorwurf macht, sie handele dabei nur aus agitatorischen Motiven, so gibt es für die Regierung und bürgerlichen Parteien kein besseres und leichteres Mittel, diesen Agitationsstoff zu nehmen, indem man schleunigst den Weg zu einer durchgreifenden Arbeitslosenfürsorge betritt.

Die württembergische Regierung und die Arbeitslosigkeit.

Zur Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags hatten die Genossen Dr. Lindemann, Schumann und Watzlat mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Weizsäcker und dem Minister des Innern Dr. v. Bleichhauer Unterredungen, in denen ein eingehender Meinungsaustausch über den Umfang der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit, über die Mittel zu ihrer Bekämpfung und über die zweckmäßige Art der Arbeitslosenfürsorge stattfand. Den Feststellungen der Fraktion über den Umfang der Arbeitslosigkeit lagen Berichte von Arbeitsämtern, Wanderarbeitsstätten, Krankenassen, gemeindlichen Armenpflegen, dem Lokalwohlthätigkeitsverein und den Zentralverbänden der Gewerkschaften zugrunde. Das allgemeine Bild, das sie gaben, läßt erkennen, daß die Verhältnisse nicht in allen Industriezweigen liegen, sondern daß einzelne Gewerbe weniger, andere dafür aber desto heftiger unter den Einflüssen der Krise zu leiden haben. Die Vertreter der Fraktion richteten an die Regierung das Ersuchen, in allererster Reihe um vermehrte Arbeitstage durch beschleunigte Inangriffnahme aller projektierten staatlichen Arbeiten und Aufträge bemüht zu sein.

Die Antworten beider Minister lauteten in diesem Punkte entgegenkommend. Ferner wurde von unseren Genossen die Prüfung der Frage angeregt, ob nicht den Gemeinden, die unter besonders großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, für die Ausführung von Notstandsarbeiten und für eine gezielte Arbeitslosenfürsorge Staatsbeiträge oder mindestens Darlehen zu gewähren seien, wie dies aus Anlaß der Kollage der Weingärtner schon mehrfach der Fall gewesen sei; sie sprachen weiterhin den Wunsch nach einem baldigen Zusammentritt des Landtags zur Beratung dieser Frage aus, da mit einer Verschärfung der Situation nach Aufheben des Weihnachtsgeschäfts zu rechnen und ein rechtzeitiges Eingreifen von Staat und Gemeinden daher nötig sei. Die Entscheidung befiel sich beide Minister vor, sprachen sich jedoch persönlich in dem Sinne aus, daß eine Einberufung aus diesem Anlaß erst dann in Frage komme, wenn die Regierung in der Lage sei, dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten. Das sei gegenwärtig nicht der Fall, weshalb an einen früheren Zusammentritt vor Mitte Januar wohl kaum zu denken wäre.

Politische Uebersicht.

Der bayerische Ministerpräsident gegen neue Rüstungsforderungen.

In der Kammer der Abgeordneten kam heute bei Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern Ministerpräsident Freiherr v. Hertling auf eine Frage des Abg. Ludde (lib.) auf seine kürzliche Äußerung zurück, daß jetzt mit den Rüstungen auf lange Zeit hinaus ein Ende sein müsse, und erklärte: Keine Äußerung sollte ein Warnungssignal sein. Man hat dies in der Presse sofort verstanden und in einer nicht freundlichen Weise meine Worte gedeutet. So sehr ich im Frühjahr von der Notwendigkeit der Rüstungen überzeugt war, so sehr bin ich der Meinung, daß die damals vorgenommenen und in die Wege geleiteten Rüstungen auf Jahre hinaus ausreichen, um die Reichsstellung des Deutschen Reiches zu festigen. Ich wünsche deshalb, gewissen Kreisen, die immer glauben, neue Rüstungen verlangen zu müssen, ein Warnungssignal zu geben, und ich habe maßgebenden Kreisen gegenüber aus diesen meinen Meinungen niemals ein Hehl gemacht.

Steuerreform in Hamburg.

Der Hamburger Senat legte der Bürgerschaft den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes vor, das den doppelten Zweck erfüllen soll, aus dem bisherigen Steuergesetz einige Härten zu beseitigen und das Hamburger Einkommensteuergesetz den neuen Reichsteuergesetzen, namentlich in bezug auf den Wehrbeitrag anzupassen. Senator Dr. Schäfer, der die Vorlage am Mittwoch begründete, betonte, daß die Hamburger Einkommensteuer zum erheblichen Teil eine Vermögenszuwachssteuer sei, weshalb zur Schonung der größeren Steuerzahler dafür gesorgt werden müsse, daß diese nicht durch die neuen Reichsteuern allzusehr betroffen werden. Es sollen daher Veräußerungsgewinne künftig nicht mehr unter das Einkommensteuergesetz fallen. Sowohl von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, dem Genossen H. Stubbe, wie von dem liberalen Fraktionsredner Zeit wurde hiergegen Einspruch erhoben. Stubbe forderte, daß man dann vor allem die höchst ungerade Konsumvereinssteuer wieder aufheben und auch die unterste Steuerstufe, die das Einkommen von 600—1200 M. belastet, fallen lassen solle. Die letztere Forderung sei um so mehr berechtigt, als die Steuerzahler dieser untersten Stufe kein politisches Recht genießen; das Bürgerrecht kann erst bei einem Einkommen von 1200 M. ab erworben werden.

Der liberale Redner wandte sich gegen die Befreiung der Spekulations- und Lotteriegewinne und meinte malitios, der Wehrbeitrag sei doch eine patriotische Steuer, die gern gezahlt werde; da dürfe man doch nicht Erleichterungen auf andere Weise schaffen. Der Gegenentwurf wurde schließlich mit den dazu gestellten Änderungsanträgen einem Ausschuss überwiesen.

Der Reichstag und die Weltausstellung in San Franzisko.

Dem Reichstag ist ein von Sozialdemokraten, Nationalliberalen, Zentrum und Fortschrittler unterzeichneten Antrag zugegangen, der in die Form eines Reichstags-Erlasses gefaßt ist und den Zweck hat, die Mittel für die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Franzisko bereitzustellen. Es werden 500 000 Mark als erste

Kate verlangt, die aus dem erhöhten Betrag der Zigarettensteuer entnommen werden sollen.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist bekanntlich ein Gegner der Beteiligung und hat es fertig gebracht, auch die Regierung zu einer ablehnenden Haltung zu bestimmen.

Wie drückt man sich am besten von der Wehrsteuer?

Eine enorme Verlegenheit hat in den letzten Wochen und Monaten unsere besten Patrioten überfallen: Der Zeitpunkt der Leistung der Wehrsteuer rückt näher und näher. Da heißt es, entweder zahlen, oder dem Gelehe ein Schnippchen schlagen. Das Zahlen ist eine höchst läbliche Sache — der Patriotismus ist viel angenehmer und billiger ohne den Wehrbeitrag — aber das andere, nämlich dem Gelehe eine wäckerne Nase drehen, ist auch eine Kunst, die gelernt sein will und die man bei der Gefahr erheblicher Blamage nicht leichtfertig anwenden darf.

Was freilich der Spätreifer der gerissensten „Patrioten“ schon erformt hat, damit das Vermögen seinen oder doch nur sehr erträglichen Schaden leide, das wird leider wohl nicht in allen Einzelheiten bekannt werden. Die Offenherzigkeit, womit die Frage einer möglichen Steuerhinterziehung zuweilen in Zeitungen und Zeitschriften behandelt wird, läßt darauf schließen, daß dem Reiche wahrscheinlich doch sehr erhebliche Beträge entgehen werden. So enthält die Nr. 23 vom 1. Dezember des „Westfälischen Bauern“, der Zeitschrift des 85 000 Mitglieder zählenden Westfälischen Bauernvereins, im Beigefasten die Frage:

Frage 108. Wie gestaltet sich die Wehrsteuer, wenn ich vor dem 1. Januar 1914 entweder meinen Hof meinem ältesten Sohne übertrage und gleichzeitig Abfindungen für die übrigen Kinder aussehe oder wenn ich den Hof behalte, aber Kapitalvermögen schon jetzt unter meine Kinder verteile?

Eine ähnliche Frage, denn der Mann will wissen, wie er sich am besten von der Vermögensabgabe drücken kann. Aber die Redaktion der Zeitschrift ist der Situation vollumfänglich gewachsen; sie hat gleich drei Antworten zur Hand. Es heißt da unter 1. u. a.:

Für die Zahlung des Beitrages nach Abgabe des Wehrsteuergesetzes ist maßgebend der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1913. Ist die rechtsgültige Vermögensübertragung vor dem 31. Dezember 1913 erfolgt, so darf der übertragene Vermögensanteil natürlich nur bei dem Empfänger in Anrechnung gebracht werden, so beispielsweise ein Vermögensanteil, den ein Vater seinen unter elterlicher Gewalt stehenden Kindern (gleichviel ob sie wirtschaftlich selbständig sind oder nicht) in rechtsgültiger Form zum Eigentum abgetreten hat, nur bei den Kindern. Die Zwecke, derenwegen die Abtretung erfolgt, sind dabei gleichgültig. Aber eine Vermögensübertragung muß vorher veranlaßt werden, wenn sich aus den Umständen ergibt, daß sie überhaupt nicht ernstlich gewollt, also simuliert ist. Keine Gesetzesvorschrift verbietet dem Steuerpflichtigen, z. B. Minderungen der von ihm zu zahlenden Steuer Befandteile seines Vermögens seinen Kindern zu übertragen.

Dann werden im einzelnen Wege gewiesen, wie diese Minderung der Vermögensabgabe oder ihr Wegfall in gesetzlich nicht anfechtbarer Weise erreicht werden kann:

Erstens kann der Vermögensinhaber das Gut rechtzeitig einem Kinde übertragen, das dann natürlich die Wehrsteuer zahlen muß. Aber: der Betrag ist geringer, denn es ist nur das reine Vermögen zu versteuern — der Übertragene hat aber eine Reihe neuer Verbindlichkeiten übernommen; das Verzichtrecht für die Eltern, die Abfindungsforderungen für die Geschwister usw. . . . Eine weitere Vergünstigung besteht darin, daß die Vermögenszuwachssteuer vermieden wird. Weiter wird gesagt, daß die Eltern auch einzelne Teile ihres Vermögens an ihre Kinder übertragen können, zum Beispiel Kapitalien. Das ist eine zarte Andeutung, daß auf diese Weise sich sehr leicht die Vermögenssubstanz ad hoc soweit herabdrücken läßt, daß keine Vermögensabgabe geleistet zu werden braucht, und es wird ferner bemerkt, daß auch Schenkungen an minderjährige Kinder nichts im Wege stünde, wenn nur in aller Form die Abgabe einer Annahmeerklärung herbeigeführt werde.

In diesen Sätzen steckt ein ganz unverhüllter Kanak zur Umgehung des Gesetzes. Die offene Sprache, die hier geführt wird, ist jedenfalls für den Grad der „patriotischen Opferwilligkeit“ dieser Leute von Besig und „Bildung“ ungeheuer bezeichnend!

Der Junfer Klage.

Früher wurde der bösen Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß vor allem sie die Landarbeiter gegen ihre Herren aufbeuge und Ungleichheit hervorriefe; jetzt behaupten die Junfer, daß diese Degerie durch ein — Reichsgesetz hervorgerufen würde. Es handelt sich um die Reichsversicherungsgesetzgebung, die der schwarzblaue Stod dem Deutschen Reiche beibringt hat. Bekanntlich unterliegen vom 1. Januar 1914 ab auch die Landarbeiter der Krankenversicherungspflicht. Woher war die Krankenversicherung auf dem Lande geradezu handlos. Der Landarbeiter war lediglich auf das „Wohlwollen“ der Herren angewiesen. Was nützte es ihm, wenn er kontraktlich ärztliche Behandlung vereinbart hatte. Der Herr ließ den Arzt doch nur holen, wenn es ihm passte, oder wenn er es für zweckmäßig hielt. Sehr oft erwiderte der Arzt erst in der Landarbeiterfamilie, wenn es galt — einen Totenschein auszustellen. Und wenn auch der Arzt geholt wurde, nützte er doch nichts dem Landarbeiter und seiner Familie nichts, weil diese nicht imstande war, die kurene Medizin zu bezahlen. Hochschwangeren Frauen mußten bis zum letzten Augenblick ihre schwere Feldarbeit verrichten.

Die Regierung hat denn auch schließlich eingesehen, daß es so weiter nicht gehen konnte. Sie kam deshalb mit der Andeutung der Krankenversicherungspflicht auf die Landarbeiter. Der schwarzblaue Bloß sorgte aber dafür, daß die Kasernenverwaltungen von den Agrariern und Bedörden gewählt werden konnten, und daß die Leistungen der ländlichen Krankenassen so niedrig wie möglich festgelegt wurden.

Aber auch gegen die jetzt eintretende winzige Krankenfürsorge machen die Junfer mobil. Da schreibt in dem Hauptorgan der ostpreussischen Junfer, der „Ostpreussischen Zeitung“, ein abfälliger Agrarier, die Fürsorge für die Leute sei auf den Gütern eine sehr umfangreiche und völlig ausreichende. Wohl auf allen Gütern sehe den Leuten kontraktliche ärztliche Behandlung zu. Sie bezahlen höchstens die Arzneien oder einen Teil derselben. Nach diesem Loblied auf den bisherigen unhaltbaren Zustand heißt es dann:

Es wird gesagt, daß aus sozialpolitischen Gründen darauf gehalten werden müsse, daß die Versicherten wirklich zwei Drittel der Beiträge zahlen, während, wie vorstehend ausgeführt, sie jetzt auf den Gütern meist alles frei haben. Es wird den Leuten nicht verständlich sein, weshalb der Herr, welcher bis jetzt alles bezahlt hat, nunmehr nur ein Drittel der Kosten zu zahlen haben soll. Hier setzt das sozialpolitische Verderbliche des Gesetzes ein, indem es die Arbeiter zur Unzufriedenheit gegen den Herrn veranlaßt und den Degerieren von sozialdemokratischer Seite willkommenen Stoff bietet. Es wird so das Band gelockert, welches im Osten auf den Gütern zwischen Herrn und Leuten bisher noch besteht. Es ist nun gesagt worden, man solle zwar darauf halten, daß die Leute die geleglich vorgeschriebenen zwei Drittel Beiträge selbst zahlen, man solle ihnen aber eine entsprechende Lohnerhöhung zuwenden. Dieser etwas sonderbare Ausweg ändert nichts an dem Umstande, daß im Falle des Anschlusses an das Gesetz die vollen Lasten,

die das Gesetz mit sich bringt, dem Herrn auferlegt werden, und daß außerdem sein Verhältnis zu den Leuten durch die Einführung der Krankenversicherung ungünstig beeinflusst werden wird, indem dieselben auch im Punkte der Krankenversorgung unabhängig von ihm gestellt werden.

Das letztere ist den Junfern wohl besonders ungewollt. Der Landarbeiter ist nicht mehr auf ihr „Wohlwollen“ angewiesen; er braucht nicht mehr zu betteln um Krankenfürsorge, sondern er hat einen Rechtsanspruch darauf, wenn auch dieser recht winzig bemessen ist. Und daher fürchtet das Junkertum auch eine Lockerung des Bandes zwischen Herrn und Arbeiter und deshalb schreibt man über „Aufhebung zur Unzufriedenheit“. Nur den Arbeitern keine Rechte gewähren. Härigkeit und Sklaverei, das sind die Dinge, für die sich unsere ostpreussischen Junfer allein begeistern können.

Ein neuer Scheimbundsprozeß?

Die Polen Bestrebungen, vor allem die polnischen Arbeiter im westdeutschen Kohlengebiet, hatten am 1. November d. J. in Winterdahl in Holland einen Kongreß veranstaltet, auf dem die Lage der Polen in Deutschland erörtert wurde. Jetzt hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Polen gemeldet wird, die Staatsanwaltschaft in Bochum Anklage gegen die Veranstalter dieses Kongresses erhoben.

Die französische Ministerkrise.

Paris, 4. Dezember. Aus den mannigfaltigen Gerüchten, die in parlamentarischen Kreisen über die Ministerkrise in Umlauf sind, geht nur das eine mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß die Lösung der Krise bisher keinerlei Fortschritte gemacht hat. Es heißt sogar, daß man die durch den Sturz Barthous hervorgerufenen Schwierigkeiten heute in noch höherem Maße empfinde. Allgemein wird betont, daß die Frage der Kabinetsbildung diesmal dem Präsidenten der Republik eine ganz ungewöhnlich heikle Aufgabe bietet. Es heißt, daß der Kammerpräsident Deschanel die ihm gestrichen von Poincaré angebotene Ministerpräsidenten abgelehnt hat. Poincaré werde sich deshalb an den Senator J. an Dupuy wenden, der bereits Besprechungen mit dem Präsidenten und den Berichtspatren des Budgetausschusses Cochery und Rouleux gehabt, und Caillaux um die Mitarbeiterschaft ersuchen würde. Sollte sich Dupuy außerhande finden, ein Ministerium zu bilden, so würde Poincaré dem Senator Doumergue die Reubildung des Ministeriums anvertrauen. Nur falls auch diese Kombination scheitern sollte, würde sich der Präsident bereit zeigen, Caillaux zu berufen. Die gemäßigten und konserverativen Kreise bekämpfen aus härteste die Möglichkeit eines Ministeriums Caillaux. Sie weisen darauf hin, daß dasselbe entsprechende den Beschläffen des radikalen Kongresses von Pau als eine seiner ersten Aufgaben ansehen müßte, die dreijährige Dienstzeit abzuschaffen. Welche Rückwirkung ein Ministerium Caillaux ausüben müßte, geht aus dem gestrigen Sturze des Rentenkurzes hervor.

In der Bresse und in den Wandelgängen des Palais Bourbon wird auch von der Auflösung der Kammer gesprochen, als dem geeignetsten Mittel, den Schwierigkeiten der Lage ein Ende zu machen. Doch scheint die Idee einer Kammerauflösung nur sehr wenig ernste Anhänger zu haben.

Paris, 4. Dezember. Einer Note der „Agence Havas“ zufolge hat Präsident Poincaré Ribot die Bildung des Kabinetts angeboten. Ribot antwortete jedoch, er fürchte, sein Gesundheitszustand gestatte ihm nicht, diese so schwere Aufgabe zu übernehmen. Auf Witten des Präsidenten versah er seine erdgültige Antwort auf morgen.

Mexiko.

Guerras Finanznöte.

Washington, 4. Dezember. Das Staatsdepartement hat erfahren, daß General Guerto nicht mehr imstande ist, seine Truppen zu befehlen.

Indien.

Ein Protest.

Kalkutta, 4. Dezember. Auf dem Rathaus fand gestern unter unangehrer Beteiligung der Bevölkerung oder Massen eine Versammlung statt, in der gegen die den Indern in Südafrika zuwiderstehende Behandlung Protest erhoben wurde. Den Vorsitz führte der Maharadja von Burdwan. Unter begeisteter Zustimmung der Anwesenden wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die den Indern in Südafrika auferlegten Beschränkungen protestiert und die Politik der passiven Resistenz bekräftigt wurde. Der Maharadja von Burdwan stellte die bringende Forderung, daß das begangene Unrecht dadurch gutgemacht würde, daß alle Inden wieder in ihre Heimat zurückgeführt würden. Während dieser Rede steigerte sich die Aufregung der Anwesenden außerordentlich. Schreie, Handklopfen und Ausbrüche höchster Erregung wurden von allen Seiten vernommen, so daß der Redner schließlich nicht mehr zu verstehen war. Ein mohammedanischer Edelmann führte aus: Die brutalen Angriffe auf hilflose unschuldige Männer und Frauen in Südafrika hätten der zivilisierten Welt einen schweren Schlag bereitet. Ein Hindufrüher fragte, ob England es zulassen wolle, daß die lokalen indischen Untertanen durch die Afrikaner-Wölfe verschlungen würden. Ein anderer Redner wünschte zu wissen, ob die Proklamation von 1858 betreffend die Rechte der Inden als Bürger des Kaiserreichs dazu erlassen worden wäre, um durch die britische Regierung verspottet zu werden.

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission.

Die Petitionskommission des Reichstages beschloß, die Petition des Bergarbeiterverbandes auf Erweiterung der Bestimmungen des Gewerbevertragsgesetzes der Regierung in sämtlichen Punkten zur Veranschlagung zu überweisen mit Ausnahme des zweiten Punktes (Berufungsumme), der der Regierung als Material überwiesen wurde.

Letzte Nachrichten.

Kauferei in einer Redaktion.

Strasbourg, 4. Dezember. (W. T. B.) Auf den verantwortlichen Redakteur aus der in Neßl erscheinenden „Straßburger Rundschau“ wurde heute nachmittags ein Ueberfall verübt. Ohne anzuklopfen waren zwei in einem Automobil angekommene Besucher in sein Bureau vorgedrungen, von denen sich einer als Wiebcke-Jabern vorstellte, mit der Hundepelle auf dem Redakteur einbrang und ihm im Handgemenge in die Hand biß. Als Hilfe herbeigeholt, zogen sich die Eindringlinge ins Automobil zurück, wobei Wiebcke jeden mit dem Revolver bedrohte, der sie verfolgte. Das Automobil ist entkommen.

Ausdehnung des englischen Eisenbahnerstreiks.

London, 4. Dezember. (W. T. B.) Der Streik auf der Great Western-Bahn dehnt sich ständig weiter über Südwesten aus. Die Lokomotivführer von Cardiff haben beschlossen, sich dem Ausstand anzuschließen; hierdurch wird der Verkehr auf den Bahnhöfen, die von und nach Südwesten führen, wahrscheinlich vollständig unterbrochen werden. Es herrscht überall Ordnung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.

Drei Frauenversammlungen
zur Bildung von
Frauen- und Mädchenchören
finden in folgenden Lokalen statt:
Montag, den 8. Dezember, abends 9 Uhr:
Fortuna-Festsäle, Strassberger Str. 3.
Dienstag, den 9. Dezember, abends 9 Uhr:
Feibels Festsäle, Kolberger Str. 23.
Donnerstag, den 11. Dezember, abends 9 Uhr:
Graumanns Festsäle, Nauystr. 27.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Zweck und Aufgabe der Frauenchöre im Arbeitergesang. Ref.: Redakteur Däumig.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungssehule.

Sonntag, den 7. Dezember abends 7 Uhr,
im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72:

Vortrag

der Genossin **Klara Bohm-Schuch**
über: **Sexuelle Aufklärung der Kinder.**
Eintritt 20 Pfennig. 6/14* Garderobe frei.
Nach dem Vortrage:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Sonntag, 7. Dezember 1913, vorm. 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5:

Versammlung

für alle im Theaterbau u. in Filmbetrieben
beschäftigten Tischler und Hilfsarbeiter
Tagesordnung:
1. Die Lage der Theaterischer und Hilfsarbeiter. 2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Da diese Versammlung die erste der Branche ist,
werden die Kollegen ersucht, vollständig zu erscheinen.

Sargtischler.

Sonntag, 7. Dezember 1913, vorm. 10 Uhr,
bei Michalsky, Petersburger Straße 84:

Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Kall über: „Die Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung“. 2. Verbandsangelegenheiten.

Schirmmacher und Schirmnäherinnen.

Montag, den 8. Dezember, abends 6 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
bei Knörig, Stralauer Brücke 3.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wittich über:
Die Volksfürsorge und die Schäden der Privatversicherungen.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Modell- und Fabriktschler.

Sonntag, den 7. Dezember, vormittags:

Besuch des Gau- und Verkehrsmuseums
Zobalidenstraße 51.
Treffpunkt: Vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr am Museum.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung
sämtlicher Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen
in den „Musiker-Festsälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31
(großer Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Bitte Kollegen! Wir haben in dieser Versammlung äußerst wichtige
Anträge zu beraten, und ist es daher Pflicht jedes Branchenkollegen, in
dieser Versammlung anwesend zu sein.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die
Zahlstelle bei Rudow, Götterstr. 4, Berlin NO.
Anspitz, Zingender Str. 6, Berlin NW.
Grumbach, Havelberger Str. 17, Berlin NW.
Zielke, Brückenstr. 4, Berlin SO.
eingegangen sind.
Die Ortsverwaltung.

*Neue Kunden
10% Rabatt
auf die von Ihnen geleistete Anzahlung*



FEDER
BERLIN
Brunnensrasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103
Charlottenburg, Scharrenstr. 5.

Berlins allergrösstes Waren- und Möbel-Kredithaus
auf Kredit mit kleinster Anzahlung

Damen-Ulster, Astrachan-u. Plüsch-Mäntel
Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen,
Manufakturwaren, Kleiderstoffe, Wäsche
Backfisch- und Mädchen-Garderobe
Damen-Hüte und Schuhwaren

Jede Abteilung gleicht einem Spezialgeschäft

HERREN Jackett-, Rock-, Gehrockanzüge
Ulster, Paletots, Raglans,
Joppen, Westen, Hosen
Jünglings- und Knaben-Bekleidung

Kein Kreditgeschäft Berlins unterhält auch nur
annähernd eine so enorme Auswahl, wie ich sie biete!

Möbel u. Polsterwaren
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren,
Tisch-, Stepp-, Chaiselonguedecken, Federn

Mitglied der Tapezierer-Innung u. verschied. Gewerkschaften.

Große Gratis-Weihnachts-Beschercung für alle meine Kunden

Zentralverband der Lederarbeiter.
Filiale Berlin I.
Sonntag, den 7. Dezember ex. vormittags 10 Uhr,
Prinzenallee 33:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vorstandsmahl.
2. Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung. Ref.: Kol. Nahler.
3. Verbandsangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Schöne Herren-
Garderobe, elegante Winter-Ulster, Paletots, Anzüge aus
guten Stoffen, selbst angefertigt, für jede Figur passend,
auf Lager.
Unsere Preise sind unerreicht billig.

Winter-Ulster	M. 14.-, 18.-, 24.- usw.
Herren-Paletots	10.-, 15.-, 20.- "
Jackett-Anzüge	12.-, 16.-, 22.- "
Gehrock-Anzüge	25.-, 30.-, 36.- "
Jünglings-Anzüge	9.-, 12.-, 15.- "
Herren-Hosen	2.-, 3.- bis 8.- "

Gummi-Mäntel von M. 10.- an. Wetter-Pelermans von M. 6.- an.
Winter-Joppen von M. 5.- an.

Institut für Verleihung
eleganter Gesellschafts-Anzüge

Garderobenhaus
Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116 an der
2. Geschäft: Schönhauser Allee 101. Andreasstraße

Zigarrengeschäfte
mache ich aufmerksam auf meine Kantabak-Spezialitäten:
Skandia-Skraa
und
Solidaritäts-Tabak
Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70
(Königsstadt: 3047).
Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken,
Zigarren zu billigsten Preisen.

Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßzahl, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Vereinshaus Südost
Melchior-Str. 15.
Empfehle den geehrten Vereinen
und Gewerkschaften meine neu-
renovierten Restaurationsräume
zu Sitzungen und Versammlungen.
Regelbahn und Saal noch zu
Weihnachten frei.
1896
Gottfried Festara.

Stoffe

für eleg. Maßanzüge,
Paletots Meter M. 5, 7, 9
Kostüm- und
Ulsterstoffe Meter M. 3, 4, 5
Persianer imit.
Plüsch 130 cm br. Meter M. 7⁵⁰ 9⁵⁰
Seiden-Seal prima Qual. Meter M. 15
Astrachan, Feh- Meter M. 4⁵⁰ 6⁵⁰

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Nur ein Preis!
Brühe, fetter, junger, 7-15 Pfd. Schwere
Gänse pro 72 Pf.
Nur allererste Qualität!
Gänserumpfe, Gänse, Gänse.
Suppenhühner, Brathühner, Tauben
empfehlen
F. Wegner, Berlin SO,
nur Mariannenstr. 34.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

MÖBEL
kaufen Sie am vorteilhaftesten im
Norden Berlins im bedeutendsten
Möbel-Magazin
Otto Piehl
120 Br. nnenstr. 120
Kein Kredit-Haus!
Teilzahlungen
erhöhen hier die Preise in kolner Weise.

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
vis-à-vis der Karlstraße.

Gewerkschaftliches.

Der „Deutsche Arbeiterkongress“.

Wenn man den Wert der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nach der Bedeutung der auf ihrem Kongress verhandelten Gegenstände und nach der Entschiedenheit der Reden und Beschlüsse beurteilen wollte, könnte man versucht sein, sie für einen immerhin ganz brauchbaren Teil der deutschen Arbeiterbewegung zu halten.

Wenn auf der dritten Tagung des Deutschen Arbeiterkongresses mehr an radikalen Worten geleistet wurde als auf früheren Veranstaltungen, so hat das seinen Grund in der Lage des einflussreichsten Teils der christlich-nationalen Bewegung: der christlichen Gewerkschaften.

Der Radikalismus nach unten wird dann reichlich wettgemacht durch Schwelmswedelei nach oben, durch Brüllen mit nationaler und sonstiger Besinnung, durch Anbiederung an die bürgerlichen Parteien und durch die Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratie.

Zahlreiche Beschlüsse in mannhaften Worten sind gefaßt worden. Und die christlich-nationalen Arbeiter bedenken sie durchzuführen, indem sie Leute in den Reichstag und den Landtag schicken, die das Gegenteil dieser Beschlüsse tun.

Kleines Feuilleton.

Strassenbahn. Der Strassenbahnwagen, in dem ich saß, rollte durch die trüben Straßen eines Armenviertels. Ich las in einem Buche, und als der Schaffner einen Strassenwagen mit ganz besonderer Betonung ausdies, blühte ich zum ersten Male nach geraumer Zeit auf.

Das war, als ob diese Frau nicht mehr atmete. Sie sah anscheinend völlig reglos da. Die mageren Hände, die, trotz der Kälte, in schwarzen, arg verschliffenen Zwirnhandschuhen steckten, hatte sie über der Tasche gekreuzt.

lung der indirekten Steuern — und bewilligen die Reichsfinanzreform von 1909. Sie schwören sich zu, eher die Reichsversicherungsordnung preiszugeben als an der Selbstverwaltung der Krankenkassen rütteln zu lassen — und liefern 1911 auf Geheiß der Scharfmacher diese Selbstverwaltung aus.

Stooperation mit den Arbeiterfeinden, Kampf gegen die Sozialdemokratie — das ist in Wirklichkeit das Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Und dieses Programm ist auf dem Berliner Kongress aufs neue bestätigt worden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Destillationsgehilfen! Herr Schulz, Inhaber der Großdestillation Weisfelde 44, lehnte einen Vertragsabschluss mit der Organisation ab, weil sein Gehalt einen höheren Lohn als 38 M. monatlich für einen verheirateten Gehilfen nicht abwerfe.

Deutsches Reich.

Thornor Honigkuchnen.

Die bekannten Thornor Honigkuchnenfabrikanten Gustav Weese und Hermann Thomas (beide Hoflieferanten) haben alle Versuche des Bäcker- und Konditorenverbandes, für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Abschluß eines Tarifvertrages bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, abgewiesen.

Hermann Thomas. Einzig und allein die Firma Richard Thomas hat mit der Organisation einen Tarifvertrag abgeschlossen, in welchem wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen geschaffen worden sind.

Streik auf einem Truppenübungsplatz.

Auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer (Schlesien) sind größere Bauarbeiten auszuführen. Die Zimmerleute der Firmen Möbius aus Sorau, Reimann aus Sagan und Wilde u. Schneider aus Commerfeld stehen seit drei Wochen im Streik, weil die genannten Firmen eine viel zu geringe oder gar keine Auslösung (Lohngeld) für die nach Neuhammer entsendeten Zimmerer zahlten.

Ausland.

Streik der italienischen Seemannschaften.

Vor jetzt 40 Tagen proklamirten die Seemannschaften der vom Staate subventionierten Schiffahrtsgesellschaft „Societa Italiana“ den Streik. In ganzen liegen 20 Dampfer fest, deren gesamtes Personal, Offiziere und Mannschaft, 1300 Mann stark ist.

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter.

Der Verbandstag beriet weiter die verschiedenen Anträge. Er beschloß, daß die von dem Jenaer Verbandstage festgesetzten Zulagen für die Angestellten der Zweigvereine auch in Zukunft aus der Kasse gestellt werden.

... Da ihm unter dem Einfluß des Alkohols wohl nicht zum Verzug gekommen ist, daß er nicht Vorgesetzter der Wache sei.

So ist's richtig. Besaust sich der Mann in Erfurt, so gilt das als strafverwehrender Umstand, und er kann sich gratulieren, wenn er unter zwei Jahren wegschminkt.

Der Grünplatz. Ueber den Platz im Wohnviertel sprach der durch seine erfolgreichen Wettbewerbe wohlbekannte Architekt Hermann Jansen im Auftrage der Deutschen Gartenbaugesellschaft.

Humor und Satire. Das Haupt von Jerichow. Das waren die Wähler von Jerichow, die sagten, nun geht es nicht länger so.

dem Reichstag fehlte bisher nur ein Haupt. Sie haben im Wahlkampf für Haupt gestritten und sind dann entschlossen zur Wahl geschritten.

Notizen. Die Hofkünstler unter sich. Der Leipziger Architekt Hugo Licht, dem S. M. die ihm von der Jury der Berliner Kunstausstellung zuerkannte Goldene Medaille zugunsten des begünstigten Jäne entzog, will mit den Hofkünstlern nicht mehr zusammenarbeiten.

Die Schlafombe. Eine merkwürdige Sache wird aus Dresden berichtet: Eine wädrere Schafin aus Gröbba soll eine Granate erfunden haben, die nach der Explosion durch ein besonderes Gas die Krieger in einen vielständigen Schlaf versetzt.

ja beauftragt werden, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten. Mit 116 gegen 95 Stimmen wurde jedoch dem Antrag Restel zugestimmt.

Darauf erledigte der Verbandstag einige Beschwerdenfälle aus Lohnbewegungen, die viel Zeit in Anspruch nahmen, für die Öffentlichkeit aber kein besonderes Interesse haben. In mehreren Fällen wurden Ansprüche an die Hauptkasse aus verschiedenen Jahrestellen um Übernahme der Streiklosten abgelehnt, weil die Genehmigung des Vorstandes für die Bewegung nicht erteilt war.

Für die Redaktionskommission berichtete nun Max Kell-Rürnberg. Die Kommission schlug eine Reihe reaktioneller Änderungen des Statuts in Verbindung mit den gefassten Beschlüssen vor, denen der Verbandstag auch zustimmte. Das neue Statut wurde dann en bloc einstimmig angenommen. Es tritt, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, am 1. Januar 1914 in Kraft.

Ein Antrag, den nächsten ordentlichen Verbandstag erst 1916 stattfinden zu lassen, verfiel der Ablehnung.

Verbandsvorsitzender Paeplov ging noch kurz auf die Absplittierung der Stukkateure in Köln ein. Alle Gruppen müßten sich im Bauarbeiterverband wohl fühlen können. Es solle gesucht werden, die Schmerzen der Stukkateure zu verstehen und sie mehr zur Mitarbeit heranzuziehen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Mit einem Schlusswort Paeplovs und einem Hoch auf die Organisation wurde die Tagung geschlossen.

Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Dezember 1913, nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzer Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Von den Stadtv. Dr. Krons u. Gen. (Soz.) ist am 27. November, nachdem der Magistrat die bezügliche Vorlage zurückgezogen hat, folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß die städtischen Angestellten nach dem Angestelltenversicherungsgezet in der Weise zu versichern sind, daß die Stadt die Arbeitgeberbeiträge übernimmt und den von der Versicherung Betroffenen eine Gehaltssteigerung in der Höhe der von ihnen gezahlten Angestelltenbeiträge rückwirkend vom 1. Januar 1913 gewährt wird, und erjudt den Magistrat, diesem Beschluß beizutreten.“

Stadtv. Koblentz (Soz.): Der Magistrat hat uns für die Zurückziehung seiner Vorlage keine Begründung geben zu lassen geglaubt; wir versuchen deshalb, ihn durch unseren Antrag dazu zu veranlassen. Die Regelung, wie sie der früher eingelegte Ausschuss und vorher die Deputation als die angemessene anmah, wird in unserem Antrage wieder aufgenommen. In der ersten Lesung seiner Vorlage vertrat der Magistrat den eigentlichen Standpunkt, daß er das Gesetz nicht gemacht habe, daß die Angestellten danach erfasst hätten und nun auch dafür einzustehen müßten. Wir haben schon damals diese Argumente als unzutreffend zurückgewiesen. Die Angestellten der Stadt hatten gar keine Ursache, nach einem solchen Gesetz zu streiken; ein Teil der Angestellten überhaupt war ja der Meinung, daß sie sehr gut der Invalidenversicherung angegliedert werden könnten. Wir haben eine große Zahl städtischer Angestellter, die durch das Gesetz ganz erheblich belastet werden würden. Die Angestellten, die nur 2000 M. und darunter jährlich verdienen, sehen ihre Lage durch dieses Gesetz ganz erheblich verschlechtert; die Pension der Fleischbeschauer, aber auch die der Ingenieure und Techniker, sowie die Hausaltersätze, die sie uns aufgestellt haben, beweisen unabweislich, daß der auf Grund des Angestelltenversicherungsgezetes zu leistende Beitrag einen verhältnismäßig kolossalen Betrag darstellt, zumal sie zunächst einmal zehn Jahre lang die Beiträge leisten müssen, ohne etwas davon zu haben. Die Stadt als Unternehmerin muß ihren Angestellten gegenüber mindestens ebenso nobel verfahren, wie es einwirkliche Privatunternehmer tun. Die Stadt soll nicht hinter dem Unternehmertum herhinken, sondern vorbildlich wirken; es wäre für das große Berlin ein Aemutzgeugnis, wenn es nicht geschähe, da schon eine Anzahl anderer Kommunen in dieser Richtung vorgegangen sind. Schwierig ist die Lösung der Frage gewiss, aber sie muß im Interesse der Stadt wie der Angestellten erfolgen. Die beste Lösung liegt in der Annahme unseres Antrages. Die Angestellten haben bereits ein Jahr lang gewartet und geschickt; wenn heute sich keine Mehrheit dafür findet, weil der Magistrat nicht will, dann wird man das draußen nicht verstehen. Auch die Angestellten gehören zur Bürgerschaft und haben ein Recht darauf, daß von Stadt wegen so viel wie möglich für ihr Wohlergehen gesorgt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es geht ein Antrag Goldschmidt ein, den Magistrat zu ersuchen, die Beiträge ganz zu übernehmen, dafür aber beim Eintritt der Berufsinvalidität die ganze Rente vom Ruhegeld in Abzug zu bringen.

Stadtv. Galland (N. L.): Das Gesetz ist nicht plöglich über die Angestellten gekommen, sondern hat diese Kreise jahrelang beschäftigt; es ist schließlich im Reichstage mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden, die es ausdrücklich als Gesetz von ihrem Geiste erklärt haben. Das Gesetz gibt den Versicherten auch besondere Rechte, die die gleichmäßige Auslegung der Beiträge auf Arbeitgeber und Angestellte rechtfertigen. Jetzt will man davon nichts hören. Der Magistrat hat ja für später eine Vorlage wegen Gehaltsrevision in Aussicht gestellt. Wir müssen auch die Lage der Arbeitgeber berücksichtigen.

Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) spricht sich für Ausschussberatung aus.

Stadtv. Doffein kann Berücksichtigung des Antrages nicht in Aussicht stellen. Die hier in Betracht kommende Kategorie von Angestellten könne nicht einseitig aus der bevorstehenden allgemeinen Gehaltsrevision herausgenommen werden. In einer erneuten Ausschussberatung werde der Magistrat sich beteiligen, aber auf der Grundlage der gestellten Anträge werde eine Einigung nicht zustande kommen.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Vor den Ferien hatte der Magistrat eine Regelung angedacht, die den Angestellten keine Nachteile bringen würde. Jetzt sollen sie doch die vollen Beiträge zahlen. Das können sie bei ihren bescheidenen Gehältern nicht; sie können den Abzug einfach nicht ertragen. Zahlen wir die Beiträge ganz, dann können wir auch die ganze Rente von dem Ruhegeld abgeben. Damit wahren wir gleichzeitig auch die Freizügigkeit der Angestellten. In einem Ausschuss sollten wir damit weiter zu kommen versuchen.

Stadtv. Koblentz wendet sich gegen einige Ausführungen des Kollegen Galland. Das Gesetz sei keineswegs besonders sorgfältig bearbeitet, auch hätte keineswegs die überwältigende Mehrheit der Angestellten sich dafür ausgesprochen. Gering hätten die Sozialdemokraten schließlich für das Gesetz gestimmt, aber nicht etwa mit Begeisterung, sondern weil es eine Reihe von Grundfragen praktisch bewirklide, zu denen im allgemeinen auch die Sozialdemokratie sich bekenne.

Der Antrag Krons wird mit dem Antrage Goldschmidt an einen Ausschuss überwiesen.

Der Magistrat will folgendes Ortsstatut erlassen:

„Denjenigen Beamten der Stadtgemeinde Berlin, sowie denjenigen mit Beamtencharakter angestellten Lehrern, Lehrerinnen und Erziehern an öffentlichen Schulen und Anstalten, die nach der Reichsversicherungsordnung der Krankenversicherungspflicht unterliegen würden, wird für den Fall der Erkrankung ein Anspruch auf Krankenhilfe in Höhe und Dauer der Regelleistungen der Krankenkassen oder für die gleiche Zeit auf Gehalt, Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Maß des Beitrags des Krankengeldes gewährleistet. Die Entscheidung darüber, welche Art der Bezüge dem Erkrankten bewilligt werden soll, steht in jedem einzelnen Falle dem Magistrat zu.“

Ohne Debatte gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Die ortspolizeiliche Genehmigung zur Anlage des neuen Berliner Gemeinde-Friedhofes in Buch-Barow ist endlich erteilt worden. Die Hochbauverwaltung hat die Entwürfe für die daselbst zunächst zu errichtenden Baukörper (Kapelle mit Leichenhalle, Verwaltungs- und Torgebäude, Wohn- und Remisengebäude) ausgearbeitet. Der Voranschlag schließt mit 360 000 M. ab. Wegen der Kostensparungen soll auf Grund dieser Unterlagen mit den Arbeiten sofort begonnen werden. Die von der Versammlung 1910 angelegte Errichtung eines Krematoriums befaßt sich der Magistrat mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Erwerbung des Krematoriums in der Gerichtstraße für später vor.

Stadtv. Mommsen empfiehlt Ausschussberatung; einmal zur Prüfung der Frage, ob ein monumentaler Kapellenbau zweckmäßig ist und ob nicht statt einer Kapelle mehrere zu errichten seien, ferner zur nochmaligen Erwägung darüber, ob nicht der Bau eines zweiten Krematoriums doch beschleunigt werden müßte, da das in der Gerichtstraße schon jetzt nicht mehr ausreicht.

Stadtv. Rest: In letzter Beziehung besteht ein Bedürfnis nicht, der zweite Ofen des Krematoriums in der Gerichtstraße ist bisher noch gar nicht in Benutzung genommen worden.

Stadtv. Leib (Soz.): Die für Ausschussberatung vorgebrachten Gründe scheinen mir wenig überzeugend. Die Errichtung der Krematoriumsfrage kann ohne Beeinträchtigung des hier vorgeschlagenen Bauprogramms erfolgen. Die Frage, ob mehrere Kapellen statt einer zu errichten seien, erscheint mir damit erledigt, daß später nach der Abfertigung des Magistrats eine zweite Kapelle erbaut werden soll. Daß der Kollege Mommsen den Kostenpunkt für die Kapelle bemängelt, die doch im Entwurf recht simpel erscheint, ist mir nicht verständlich; mit diesen Beanstandungen wird nur eine weitere Verzögerung bewirkt. Dabei haben wir mit der Zwangnahme dieser Bauten schon viel zu lange warten müssen. Ich bitte, ohne Ausschussberatung der Vorlage zuzustimmen. Der Antrag Mommsen wird angenommen.

Vom 1. April 1914 ab soll der Zinsfuß für die Einlagen bei der städtischen Sparkasse von 3 auf 3 1/2 Proz. erhöht und gleichzeitig statt der monatlichen eine halbjährliche (für sechstägige Fiktion) Verzinsung eingeführt werden.

Es wird Ausschussberatung sowie Einführung der täglichen Verzinsung beantragt.

Stadtv. Käfer (N. L.) befaßt die Zustimmung seiner Fraktion zur Magistratsvorlage, die man unverändert ohne Ausschuss annehmen solle.

Stadtv. Mommsen plädiert für Ausschussberatung. Er weist auf die Konsequenzen der Vorlage im Bankbetriebe und im ganzen Berliner Wirtschaftsleben hin, wenn zum 3 1/2-Proz.-Zinsfuß übergegangen wird. Sämtliche Korcorate seien auf Berlins Ausfuhr der Erhöhung bereits nachgefolgt; einen Vorteil vor den Vororten werde Berlin auf diesem Wege nie erreichen.

Stadtv. Hingge (Soz.): Wir haben unsererseits beschlossen, ohne Ausschuss der Vorlage zuzustimmen; aber wir sind konziliant; wenn die Gruppe Mommsen den Ausschuss wünscht, sind wir dem nicht entgegen. Im allgemeinen scheint uns die Vorlage spruchreif. Aus den Ausführungen des Kollegen Mommsen hang doch nur das Alagelied eines Bankiers hervor.

(Widerspruch.) Die Banken haben im Laufe der letzten Jahre ganz enorm hohe Sätze für tägliches Geld zu zahlen gehabt; auch heute, bei flüchtigem Gelde, müssen sie noch 3 Proz. zahlen. Als der Prozentige Topus vor mehr als 20 Jahren eingeführt wurde, hatten wir im allgemeinen ein 2-prozentige Verzinsung des Kapitals; heute sind wir bei einer 4-prozentigen Verzinsung für Kommunalanleihen angekommen; Prozentige Kautellen werden mit 91, 92 aufgelegt, und selbst Industrieobligationen von ganz potenten Gesellschaften, wie der A. E. G., werden heute mit 5 Proz. aufgelegt. Staat, Kommunen und Industrie haben eben den Geldmarkt ganz ungemessen in Anspruch genommen. Die großen Sparer haben schon längst eine viel höhere Verzinsung von ihren in der Industrie investierten Kapitalien; wir tun also hier für die kleinen Sparer mit dem halben Prozent nur ein äbriges. Die Verzinsung von dem Tage der Einzahlung ab halten auch wir für das richtige. Wir stimmen dem Antrage auf Ausschussberatung zu, bitten dann aber, den Ausschuss schon heute zu ernennen, damit nichts verjäumt und die Inkraftsetzung der Vorlage zum 1. April 1914 gesichert wird.

Stadtv. Rosenow (N. L.) hat nichts gegen Ausschussberatung, tritt aber lebhaft für die tägliche Verzinsung im Interesse der kleinen Sparer ein und empfiehlt die Annahme einer bezüglichen Resolution.

Kammerer 238: Die wirtschaftlichen Erwägungen sind im Kuratorium und im Magistrat gründlich angestellt worden. Wir sind nicht gegen entsprechende Erörterungen in einem Ausschuss, aber ändern wird das an unseren Vorschlägen voranschicklich nichts. Stadtv. Gaffel (N. L.) will auch der Ausschussberatung nicht entgegen sein, macht aber darauf aufmerksam, daß das Statut vom Oberpräsidenten genehmigt und drei Monate vor dem 1. April 1914 veröffentlicht sein muß.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der vom Vorstand sofort ernannt und dem auch die Resolution Rosenow mit überwiesen wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1/2 11 Uhr.

Aus der Partei.

Kommunalwahlerfolge.

Bei der Stadtwahl in Elmshorn (Holstein) wurden sämtliche drei zur Wahl stehenden Sitze durch die Sozialdemokratie erobert. Die Sozialdemokratie hat jetzt im Rathaus sechs Sitze. (Zurückblick war dieser Wahlsieg aus Flensburg gemeldet worden.)

Die Stadtwahl in Bunzlau erbrachte einen weiteren Sieg zu den drei schon in der Hauptwahl erfochtenen Siegen. Gewählt wurde Genosse Hoffmann mit 36 Stimmen Mehrheit. Aus Kerger über ihren Reinsfall wollen die Bürgerlichen Protest gegen die ganze Wahl einlegen.

Einen schönen Erfolg erlangen unsere Genossen in Bunzlau. Bei der Hauptwahl am 12. November wurden drei sozialdemokratische Kandidaten ins Stadtparlament gewählt, der vierte kam in die Stichwahl, bei der er am Dienstag ebenfalls siegte. Das Bunzlauer Stadtparlament zählt nunmehr neun Sozialdemokraten.

Die Gemeinderatswahlen in Birttemberg haben am 1. Dezember begonnen. Wahlberechtigt sind alle Gemeindeglieder; das Bürgerrecht wird aber von Zugewogenen erst erworben nach mehr als dreijähriger Ortsanwesenheit. Bis jetzt liegen an bemerkenswerten Ergebnissen folgende vor: In Heilbronn fielen uns von sechs zu wählenden Mandaten wieder zwei zu, womit die Zahl unserer Vertreter unverändert bleibt. In Ludwigsburg gewannen wir ein neues Mandat und haben dort nunmehr drei Sitze im Gemeinderat und zwei im Bürgerausschuss. In Ehlingen wurden die drei ausgeschiedenen Genossen wiedergewählt. Hier besteht nach wie vor die Hälfte des Gemeinderats und des Bürgerausschusses aus Sozialdemokraten.

Die Gemeinderatswahlen im städtischen Westfalen.

Die Beteiligung der Arbeiter an den Wahlen zu den Gemeinderatsparlamenten wird, das können wir bei den Wahlen, die im November im Bezirk Ostliches Westfalen stattfanden, wieder feststellen, eine immer höhere. Damit ist das Geschwafel der bürgerlichen Zeitungen vom Niedergang der Sozialdemokratie am besten widerlegt. Wir konnten in allen Orten, die Wahlen hinter sich haben, eine Steigerung unserer Stimmen verzeichnen, während die Stimmenzahl der Gegner fast durchgängig zurückging. Nur in einigen Lokalorten ist auch unsere Stimmenzahl infolge der starken

Produktionseinschränkung und Arbeiterentlassungen zurückgegangen. Mandate haben wir jedoch nicht eingebüßt.

In fünf Gemeinden: Südingern, Schildesche, Stieghorst, Ubbedissen und Sieker haben wir neue Mandate erobert, und in fünf Gemeinden wurde der erste Sozialdemokrat ins Gemeindeparslament gewählt. Es sind dies die Gemeinden Stemmer im Kreise Minden und die Gemeinden Brake, Billendorf, Hillegossen und Theesen im Kreise Bielefeld. Die Zahl der Orte, in denen wir Vertreter haben, ist damit auf 49, die Zahl unserer Vertreter auf 134 gestiegen. In fünf Gemeinden besitzen unsere Genossen die Mehrheit: Bauerschaft Schildesche, Wellerhagen, Schildesche und Sieker, sämtlich im Kreise Bielefeld, und in Südingern im Kreise Herford.

Durch die Kritik und die praktische Mitarbeit unserer Vertreter ist in den Gemeinden vieles gebessert worden, das wurde auch von Gegnern anerkannt. Unbegreiflich ist es deshalb, wenn trotz dieser Tatsache immer noch Konflikte entstehen. So wurde der Gemeindevorsteher in Südingern vom Landrat des Kreises Herford, v. Vorries, seines Amtes enthoben, weil er sich bei der Wahl eines Abgeordneten zur Amtsvertretung nur der Stimme enthielt — er wollte nicht die Wahl eines Bürgerlichen begünstigen, der stets gegen ihn arbeitete — und dadurch die Wahl eines Genossen ermöglichte. Die Antwort der Mehrheit der Wähler war die Erhebung des letzten Mandats der zweiten Klasse und damit wurde die sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung geschaffen.

Ähnlich ging es bei der Amtsverordnetenwahl in der Gemeinde Schildesche. Hier hatte der Gemeindevorsteher für einen sozialdemokratischen Vertreter gestimmt. Zwei bürgerliche Vertreter denunzierten dem Landrat das Verdrehen, darauf legte der Gemeindevorsteher sein Amt nieder. Er wurde zwar von unseren Vertretern wiedergewählt, nahm aber die Wahl nicht an. Unsere Genossen wählten nun einen der übrigen zum Vorsteher, der allerdings die behördliche Bestätigung schwerlich erhalten wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der empfindliche Militarismus.

Vor der Darmstädter Strafkammer hatte sich am Mittwoch der Verantwortliche unseres Offenbacher Parteiblattes, Gen. Kaul, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu verantworten. Das Delikt soll in einem Rekrutenabschiedsartikel enthalten sein. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, das Gericht habe angenommen, daß in der Behauptung, wenn man den Soldaten sage, sie würden zum Kampf für das Vaterland erzogen, nur ein Wortwand liege, und in der weiteren Behauptung, daß sie zu Hofhunden erzogen würden, erdichtete und entstellte Tatsachen liegen. Von einer Freiheitsstrafe wurde Abstand genommen, weil das Gericht der Meinung war, es sei bei der Abmessung des Strafmaßes zu berücksichtigen, daß der Angeklagte den Artikel unter dem Einfluß einer bestimmten Weltanschauung geschrieben habe, die das Gericht nicht als richtig anerkennen kann, die aber zu haben dem Angeklagten das Recht nicht bestritten werden kann.

Noch eine Beurteilung.

Unser Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, hatte kürzlich über Fabrikmeister in dem bekannten Emalierwerk „Athenania“ in Schwelm berichtet, daß dort sich die Arbeiter einer haarsträubenden Behandlung gefallen lassen müßten und daß sogar geprügelt würde. Vor dem Schöffengericht in Schwelm konnte durch Zeugen alles bewiesen werden und mußte deshalb Freispruch erfolgen. — In der Berufungssitzung vor dem Landgericht in Hagen i. W. wurde nun der Verantwortliche der „Freien Presse“, Genosse Liebig, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil du in Frage kommenden Arbeiterprügeln sich nicht unter dem Namen des Direktors Fortin, sondern unter dessen Vorgänger abgespielt hätten. An dem Sachverhalt selber wird durch diese Feststellung nichts geändert.

Jugendbewegung.

Katholisch gegen national.

In den Rheinlanden verhärtet sich der Kampf zwischen den konfessionell-katholischen und den interkonfessionell-nationalen Jugendorganisationen zusehends. Nunmehr greift auch die katholische Öffentlichkeit aktiv in diesen Kampf ein. Die „Koblentzer Volkszeitung“ berichtete am Montag darüber:

„Gestern wurde von den Kanzeln der katholischen Pfarrkirchen folgende Erklärung verlesen: Diese Zeitungen berichten unläufig, daß in unserer Stadt sich eine sogenannte „Freie Vereinigung für Jugendpflege“ gebildet habe. Dabei ist heicht es in der Mitteilung, soll aller Unterschied der Konfessionen und der Geschlechter zurücktreten; „einige Voraussetzungen sei der ernste Wille zur Weiterbildung und der Geschmack für hermitesche Geselligkeit“. — Es hat in weiten Kreisen der Stadt, denen das wahre Wohl unserer Jugend am Herzen liegt, Befremden erregt, daß auch nur der Gedanke aufkommen konnte zur Gründung eines solchen Vereins, in dem in abendlichen Versammlungen die heranwachsenden Knaben und Mädchen gemeinschaftlich sich einfinden. Wir warnen eindringlich vor solchen Versuchen der Jugendpflege und erwarten, daß die katholischen Eltern ihre Söhne und Töchter von dieser „Freien Vereinigung für Jugendpflege“ fernhalten. Der Dekan und die katholischen Pastoren der Stadt.“

Auf die weitere Entwicklung dieses Kampfes kann man gespannt sein.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 25 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Arbeitslosigkeit und Jugendbewegung. Von Heinrich Schulz. — Steuern II. — Lehrer Neumann. Von Karl Löwe. — Wie der Kinematograph arbeitet. Von Hans Bourquin (Mit Abbildungen). — Das Lohnbeschlagnahme-Gesetz. Von Gustav Hoch. — Vom Kriegsschauplatz. Die Segner an der Arbeit usw.

Beilage: Ein Erinnerungsbuch. Erzählung von Johann Bojer. — Charakter. Von G. Hoernle. — Japanische Kriegsgeschichten. Von G. Ulfstein. (Mit Abbildungen). — Ein junger Arbeiter. Gedichtauszug von Fritz Elser. — Bücher für die Jugend. — Chevalier de la Barre. Von Otto Krille. — Afsche. Skizze von Kay Barthel.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 18. Heft des 2. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Die Wandlungen des Dreibundes. Von Kay Tod. — Religion. Von R. Kaudisch. II (Schluß). — Sozialdemokratische Jugend und anarchische Wäre. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Von R. Hjalant. (Schluß). — Die Unschuldigkeit des Lohnbeschlagnahmengesetzes gegenüber der Arbeiterklasse. Von Nikolans Jomil. — Die Partei und die Jugend. Von G. Sonne mann (Armen). — Literarische Rundschau: 2. Bericht. Le Juit errant d'aujourd'hui. Von Sp. — Zeitungskritiken. Von G. Ulfstein. Heftelton der Neuen Zeit Nr. 69: Allenrands Weltanschauung. Von Hermann Mendel. — Bücherchau: A. Zentgraf, Hamburg und die französische Revolution. Heinrich v. Trells, Bielefeld. — Die Blätter: Der junge Engels. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Der Kampf.“ Sozialdemokratische Monatschrift. Wien, Jahrg. VII. Heft 3. Aus dem Inhalt: Otto Bauer: Geschäftsordnungsreform oder Abkündigung? Josef Auer: Die Umwandlung der indirekten Steuern in direkte. Hugo Schulz: Die neue Armer. A. Gründorfer: Die Stellung der Partei zum Gedächtnis. Adolf Braun (Bismberg): Gemeinliche Solidarität. Karl Sodomans: Kampf und Zulammenschluß der Staatsangestellten. Heinrich Schen (Zürich): Die moderne Malerei. Hunsbom: Ein neuer Mythos.

Arbeitslos.

Mehr als 80 000 Arbeitslose befanden sich nach einer Zählung der Berliner Gewerkschaftskommission Mitte November in Groß-Berlin. Viele von ihnen waren zwei, drei Monate, ja ein halbes Jahr hindurch bereits ohne Beschäftigung. Inzwischen haben sich die Scharen der Arbeitsuchenden noch vermehrt. Dazu bricht der Winter an, der erfahrungsgemäß dem Unternehmern weitere Arbeiter entbehrlieh macht; im Januar ist stets der Andrang bei den Arbeitsnachweiskstellen am größten. Aber diese 80—85 000 Menschen sind es nicht allein, die unter ihrem erzwungenen Nichtstun leiden. Ihre Angehörigen fühlen die Not nicht minder stark. Nimmt man an, daß nur 10 000 von den Arbeitslosen noch für drei weitere Familienmitglieder, Frau und Kinder, zu sorgen haben, so wächst die Zahl der unschuldig unter ungewollter Arbeitslosigkeit Leidenden auf 230 000 Personen an. In der Stadt des Luxus und des Ueberflusses haben eine Viertel Millionen Menschen nicht ein Stück Brot und Fleisch, um ihren Hunger zu stillen, nicht ein Scheit Holz, um ihr Zimmer zu wärmen. Schon der beschäftigte Arbeiter vermag oft kaum, mit seinem fargen Lohn die notwendigen Lebensbedürfnisse seiner Familie zu befriedigen. Seine Frau muß durch Heimarbeit oder Fabrikron mithelfen, um die zunehmende Teuerung aller Existenzmittel für den eigenen Unterhalt einigermaßen auszugleichen. Aber wie viele Hunderte oder Tausende Fälle mögen sich unter den 83 000 Arbeitslosen finden, wo Vater und Mutter feiern müssen, weil der Kapitalismus es will.

Nichts zeigt die Benachteiligung des Proletariats im gegenwärtigen Wirtschaftssystem besser als die Arbeitslosigkeit, die in kapitalistischen Staaten nie ganz verschwindet und die mit eherner Notwendigkeit periodenweise besonders heftig auftritt. Wegen lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn kann sich der Proletarier nicht durchhalten. Die Beschäftigungslosigkeit, soweit sie nicht durch Aussperrungen, sondern durch rein wirtschaftliche Vorgänge verursacht ist, vermag er nicht durch gewerkschaftlichen Kampf zu beseitigen. Erst wenn der Kapitalismus überhaupt beseitigt ist, wenn die Gesellschaft planmäßig, auch mit Rücksicht auf die Schaffenden die Arbeit regelt, wenn technische Fortschritte nicht mehr bloß zum Zweck der Ersparnis von Arbeiterhänden im Privatinteresse des Unternehmers verwirklicht werden, dann wird mit der kapitalistischen Produktion auch die Arbeitslosigkeit verschwinden.

Aber das Unternehmertum kämpft nicht nur gegen eine Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zum Sozialismus, es wehrt sich auch gegen die Reformen, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden müßten. Die Unternehmer haben ein Interesse daran, ein Heer von Arbeitslosen zu erhalten, um die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse herabzudrücken zu können. Die körperliche und geistige Erschlaffung, die Entmutigung der Arbeitslosen, die wochen- und monatelang vergeblich nach Arbeit und Brot rufen und laufen, soll nach den Wünschen der Unternehmer die Proletarier willfährig machen, sich auch in die elendeste Arbeitsstelle zu fügen. Nur der rechtzeitige Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation gibt jedem Proletarier und jeder Proletarierin den nötigen Rückhalt gegen diese Bestrebungen. Die Mehrzahl der freien Gewerkschaften helfen durch ihre Arbeitslosenunterstützung über die schlimmsten Zeiten hinweg. Ueber acht Millionen bringen die Gewerkschaften jährlich an solchen Unterstützungen auf. Zu diesen von der Arbeiterschaft selbst gezahlten Summen auch nur einen Zuschuß zu zahlen, weigern sich indessen Staat und Unternehmertum mit der Energie, die sie stets aufwenden, um Wünsche der Arbeiterschaft zurückzuweisen. Das deutsche Proletariat wird trotzdem nicht nachlassen, diese Forderungen vorzubringen, bis sie bewilligt worden sind. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die am schwersten unter der Not der Arbeitslosigkeit leiden, sollten an der Spitze in diesen Kämpfen stehen.

Die Arbeit der Genossinnen in Finnland.

Der Verband sozialdemokratischer Frauenorganisationen hielt seinen Delegiertenkongress vom 23. bis 26. Oktober in Tammerfors ab. Dem Verbands gehören 81 lokale Organisationen mit 1461 Mitgliedern an. Der Verband sozialdemokratischer Frauen ist gleichsam ein Ausschuss für die proletarischen Fraueninteressen innerhalb der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen gehört nicht direkt zu dem Verbands. Die in der politischen Partei organisierten 11 649 Frauen nehmen nur dadurch Anteil an dem Verbands, daß die Parteileitung den Verband materiell unterstützt. Welcher Art die Arbeit des Verbandes ist, erzählt man aus dem Bericht, den der Vorstand der Delegiertenversammlung vorgelegt hat. Demnach verlegt der Verband Druckschriften, veranstaltet Kurse zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte für die sozialistischen Sonntagsschulen, ferner Vorträge mit anschließenden Diskussionen, er entsendet Genossinnen in die Parteischulen, veranstaltet besondere Frauendemonstrationsversammlungen und -züge anlässlich des internationalen Frauentages, unterstützt die gewerkschaftliche Agitation, wie auch den politischen Wahlkampf.

Von den Gegenständen der Verhandlungen seien folgende hervorgehoben. In Erziehungsfragen sind die Frauen als Mütter besonders interessiert, und so wurde wiederum die Forderung des Schulzwanges und mensgelichen Unterrichts erörtert. Das ist eine alte Forderung, auch bereits vom Landtage im Prinzip angenommen, aber immer noch nicht verwirklicht! Ferner wurde betont, an die Stadtverwaltungen heranzutreten, um sie zur Einrichtung von Erholungsstätten für Schulkinder zu veranlassen. Ebenso wurde auch die Notwendigkeit von Schulküchen bei den Volksschulen neu hervorgehoben. Eine lebhaft erörterte Frage war die Frage des Unterrichts über die Alkoholgefahren hervor. Man einigte sich dahin, daß das Programm der erwähnten Sonntagsschulen durch die Aufnahme des Abstinenzunterrichts zu erweitern sei. Die Versammlung gab der richtigen Anschauung Ausdruck, daß die Entmündigung der Arbeiterschaft von den Alkoholgefahren bei den Kindern einzusetzen habe. Um der Arbeiterjugend auch nach der obligatorischen Schulzeit Fortbildungsmöglichkeiten zu bieten, wurde beschlossen, dem Landtage eine entsprechende Eingabe zu machen. Dann wurde beschlossen, immer wieder die Forderung: „Für gleiche Arbeit den gleichen Lohn“, im Interesse der arbeitenden Frauen zu erheben. Hinsichtlich der Erwerbsarbeit von Müttern und daraus resultierenden Gefahren für die Kinder und Familien nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die Forderung ausgesprochen wird, daß die Kommunen entsprechende Anstalten gründen sollten, welche die Kinder während der Arbeit der Mütter zu beherbergen, nähren und zu beaufsichtigen hätten. Ferner sollte, um die Arbeit der Mütter zu erleichtern, von Seiten der Kommunen noch vieles geleistet werden. So z. B. können geeignete Zentralküchen, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen und Wäckerien den Familienmüttern viele Arbeiten im Hause abnehmen. Ein neues Kommunalgesetz für Finnland längst not. Der Landtag hat auch

Bereits 1909 ein neues Gesetz ausgearbeitet und angenommen. Aber einheimische und russische Reaktion gehen Hand in Hand — das neue Gesetz modert in den Schubladen der Verwaltungskanzleien. Die Verammlung nun beschloß erneut, nicht in der Forderung des neuen Gesetzes nachzulassen.

Die Tätigkeit der Landtagsfraktion, insofern sie besondere Fraueninteressen berührt hat, stand ebenfalls zur Beurteilung. Insofern die Interessen von Kindern, Müttern und Arbeiterinnen im Landtage verhandelt worden waren, namentlich auch in Fragen des Arbeiterlohnes, der Arbeiterversicherung und Bildungsfragen, fand die Tätigkeit der Fraktion volle Zustimmung der Versammlung. — Der Verband betreibt seit langem eine besondere Agitation zugunsten der Strafmilderung für „Minderbemittelte“, d. h. derjenigen unglücklichen wehlichen Mütter, die ihre Neugeborenen aus Verzweiflung und häufig im Zustand der Inzurechnungsunfähigkeit töten. Endlich ist es gelungen, dies zu bewerkstelligen. Die sozialdemokratische Fraktion hat dabei mit aller Kraft mitgewirkt, wie auch bei dem Zustandekommen des neuen Gesetzes zur Regelung der Rechte wehlicher Kinder. Das neue Gesetz bringt den unehelichen Müttern und Kindern manche beachtenswerte Vorteile. Auch hierbei arbeiteten Fraktion und Vertreterinnen des Verbandes Hand in Hand. — Eine — ebenfalls ältere — Forderung des Verbandes ist die Errichtung von Heimen für schulpflichtige Kinder seitens der Kommunen. In diesen Heimen sollen auch die Mütter im ersten Lebensjahre der Kinder Aufnahme finden. Bereits vor 7 Jahren wurde eine diesbezügliche Vorlage bei dem Landtage eingebracht. Aber der Landtag hat die Entscheidung durch eine Verdrückungssatzung verweigert. Die Versammlung beschloß auch hier, an der alten Forderung festzuhalten.

Bezüglich der internationalen Frauentage beschloß die Versammlung, beim nächsten internationalen sozialistischen Frauentag zu beantragen, der internationale Arbeitertag möge in allen Ländern am selben Tage, und zwar im Herbst-Winter abgehalten werden. — Als Vertreterin für den internationalen sozialistischen Frauentag wurde Genossin Hija Pärssinen gewählt.

Zwei Haustöchter.

I.

Ich habe zwei Potensinder; beide heißen Marie. Die eine, die Tochter eines reichen Fabrikanten, nennt sich seit einiger Zeit Marie-Luise, trotzdem ihre etwas kümmerliche Erscheinung wenig von einer österreichischen Kaiserstochter hat. Die andere ist die Tochter eines armen Arbeiters und wird immer Mariechen genannt, was auch gut zu ihrer niedlichen kleinen Person paßt. Beide Mädchen wurden vor kurzem konfirmiert und interessierte mich nun zu erfahren, welche Zukunftspläne sie hatten.

Ich ging zuerst zu der Fabrikantentochter und fragte, was sie werden wolle. Ein entrüsteter Blick traf mich, der mich sicher getötet hätte, wenn Blide töten könnten. Ich mußte an Helene Lange denken, die meinte, eine höhere Tochter empfinde es als Schande, wenn man sie nach dem Beruf frage, den sie wählen wolle. Da ich aber meine Frage wiederholte, erklärte Marie-Luise: „Haustochter“. Das war nun ein Beruf, der mir bisher fremd war. Ich wollte aber, daß meine Freundin einen großen Hausstand hatte, der von einer Stütze geleitet wurde, da sie selbst immer unterwegs war. Besorgungen machte, Gesellschaften gab, ins Theater ging usw. Außerdem waren noch eine Köchin und zwei Stubenmädchen da. Nun, vielleicht wollte Marie-Luise die Stelle der Stütze einnehmen und ich erkundigte mich, ob Fräulein Schmidt fortginge. „Am Gottes willen“, rief das Mädchen, „was sollte Mama wohl ohne Fräulein Schmidt anfangen?“ „Ja, aber lochen und fertieren kannst Du doch noch nicht. Was willst Du denn da als Haustochter anfangen?“ „D, da gibt es bei uns genug zu tun“, erklärte Marie-Luise. „Ich kam morgens in meinem Zimmer und vielleicht noch im Salon Staub wischen. Ich kann die Vasen füllen, Mama bei den Besorgungen helfen. Dann habe ich doch jetzt auch Tanzstunden.“ „Und für Deine Bildung wirst Du gar nichts tun?“ fragte ich. Marie-Luise war nur eine mittelmäßige Schülerin des Instituts für höhere Töchter aus „besseren“ Familien gewesen. Sie ließ sich nicht aus der Fassung bringen. „Ich komme doch im Sommer in eine Pension nach Paris und nachher nach London. Diesen Winter will ich Vorlesungen an der Hochschule hören.“ In meiner Zeit war man zu diesen Vorlesungen nur auf Grund eines Exzesses zugelassen. Das schien jetzt anders. „Ja, was willst Du denn hören?“ „D, Professor G. liest über die neueren Philosophen. Unsere Tanzstundenherren geben alle hin und sagen, es wäre sehr interessant. Außerdem kostet es die ersten fünf Male nichts.“ Ueber weitere Pflichten und Pläne der Haustochter erkundete ich dieses Mal nichts, und ich beschloß, mich mal gründlich darüber zu informieren.

Eines Morgens gegen zehn Uhr ging ich in die Villa meiner Freundin draußen im Grunewald. Da ich wollte, daß sie selbst um diese Zeit noch nicht zu sprechen war, suchte ich sofort Marie-Luise in ihrem Zimmer auf. Sie lag noch im Bett und frühstückte. „Entschuldige, liebe Tante, daß ich Dich so empfangen“, sagte sie, „aber wir haben gestern verlängerte Tanzstunde gehabt, und da war ich noch so müde. Aber sein war es. Sieh mal, da liegen all die Sträuhe, die ich bekommen habe.“ Die weißen Blumen hatten wenig Reiz für mich. Dagegen wollte ich näheres über die Vorlesungen über neuere Philosophie hören. Früher fing man mit der alten an, aber das mochte jetzt wohl anders sein. „Furchtbar nett ist es“, erzählte Marie-Luise, in deren Vortragsweise die Ausdrucke „furchtbar nett“ und „riesig fein“ überhaupt eine große Rolle spielten, und das Wort „puppig“ wendete sie häufig an. „Denke Dir, Tante, wir sitzen mit unsern Tanzstundenherren zusammen, die uns immer Realines mitbringen. Neulich hatte mein spezieller Verehrer, Herr M., so ein furchtbar nettes lombisches Gedicht mitgebracht. Da haben wir so gelacht, daß wir schon dachten, wir wollten hinaus. Aber der Professor hat nichts gemerkt.“ „Und was hast Du über die neueren Philosophen gehört?“ „Ja, er hat schon über Emerson und Kierkegaard gelesen. Da hat er gesagt, wenn einer zum Weibe geht, soll er die Peitsche mitnehmen. Und denke Dir, vor Besorgnissen darüber haben wir mit den Mädchen gescharrt. Ich habe aber zu unseren Herren gesagt, das lände ich unerschämmt, und ich würde nicht mehr hingehen. Die hatten es garnicht gehört. Aber nun gehen sie auch nicht mehr hin. Wir wollen jetzt noch zu Professor W. gehen. Der liest über Nationalökonomie. Mama meint auch, das könnte ich besser brauchen, wegen der Einteilung von Wirtschaftsgeld und so was. Bis zum Dezember kostet es ja auch noch nichts.“

Nach dieser langen Auseinandersetzung meinte Marie-Luise, nun wäre es aber höchste Zeit zum Aufstehen. Sie hätte sich mit ihrer Cousine Marie-Luise im Warenhaus verabredet. Bei dem Tanzstundenball wollten die beiden mit ihren Herren Tango tanzen. Dazu brauchten sie enge gestrichelte Röcke und genau in der Farbe passende seidene Strümpfe und Schuhe. Das sollte nun besorgt werden. Meinen Vorschlag, sie dabei zu begleiten, lehnte Marie-Luise ab. „Reicht Du, Tante, die Herren kommen nämlich auch hin. Da würdest Du Dich nur langweilen. Du brauchst es aber Mama nicht sagen. Sie ist manchmal so komisch. Aber wir sind doch im Sommer auch beim Tennis spielen immer zusammen. Dabei findet niemand etwas.“ „Und wer wäscht Staub und füllt die Blumenvasen?“ „Ah, das besorgt die Anna viel besser. Sie hat ja so nicht zu tun.“ So verließ die Haustochter über das zweite Stubenmädchen, das nicht viel älter war als sie selbst und kaum zum Eigen kam in dem großen Haushalt.

Ich sah Marie-Luise erst bei Tisch wieder in einer gemessenen Schweißkittel, durch die sich ein schmaler goldener Reif zog und die abblut nicht zu ihrem durchaus nicht klassischen Gesicht paßte. Nach Tisch zog ich die Haustochter aus ihr Zimmer zurück. Als ich sie dort hörte, versteckte sie schnellst ein Buch. „Was liest Du denn da?“

fragte ich aber doch. „Nichts von der „Hörsberg“, erwiderte sie: „Mama darf es natürlich nicht wissen.“ Die Lotte hat es neulich in dem Bücherstall versteckt gefunden. Es ist fein, aber furchtbar unanständig.“ Zum Staunen erschien dann Die Lotte, die glückliche Besitzerin des „furchtbar unanständigen“ Buches. Außerdem kam eine pikante junge Französin, die den beiden jungen Mädchen Konversationsstunde gab. Ich war davon ausgeschlossen, aber mir schien, daß dabei mehr gelächert und Linsen gemacht wurde, als französisch gesprochen.

Abends hat mich meine Freundin, ob ich nicht mit Marie-Luise in das Schauspielhaus gehen wollte, sie hätte starke Kopfschmerzen. Das tat ich natürlich mit Freuden. Ich hätte schon längst gern wieder einmal „Kabaie und Liebe“ gesehen. „So dünn“, sagte Marie-Luise, „daß gerade so ein laugweiliges, klassisches Stück gegeben wird. Ich wäre so gern mal in „Puppchen“ oder in das „Autoliedchen“ gegangen. Aber da schickt Mama mich nie hin.“ „Dah ich lieber „Kabaie und Liebe“ sehen wollte, begriff sie augenscheinlich nicht. Die Freundin Die Lotte war natürlich auch da, und im Stehparterre dienten ein paar Studenten zum Entzücken der Badische, denen die Pausen überhaupt interessanter schienen, als das Stück. Ich achtete schließlich nicht mehr auf sie, denn aus neuer Umpfung mich der Fauder dieses modernsten aller Schillerdramen. Auf dem Heimweg fragte ich meinem Schlingling nach ihrem Eindruck von dem Stück. „Ach Tante“, antwortete sie, „das haben wir doch schon lange in der Schule gehabt, und uns dabei gemerkt.“ „Als ich ihr erzählte, daß ich in ihrem Alter bei der Liebeszene im letzten Akt bittere Tränen vergossen hätte, wollte sie sich ausschlagen vor Lachen. „Um die alte Limonadengeschichte auch noch heulen, das sollte mir fehlen“, kicherte sie. Sie fand mich „furchtbar“ almodisch und kam sich sicherlich nur unendlich überlegen vor.

Ich fragte, ob sie denn alle Tage ein ähnliches Leben führe wie an diesem, den ich erlebt hatte. „D nein“, erwiderte sie, „wenn es es jetzt freier, gehen wir alle Tage auf die Eisbahn. Da trifft sich die ganze Tanzstunde. Außerdem kommt auch noch eine Engländerin, um mit Die Lotte und mir englisch zu sprechen. Die ist aber nicht so nett wie die Französin. Sie findet alles foking und hat gesagt, es wäre eine Schande, daß wir in der Schule nichts von Byron gehabt hätten.“ „Was würdest Du denn anfangen, Marie-Luise, wenn Du Dir einmal Geld verdienen müßtest?“ fragte ich am Schlaf. „Dann heirate ich einen reichen Mann“, antwortete sie prompt, „und weißt Du, Tante, Du könntest dann zu mir kommen und meine Kinder erziehen.“

Das war die erste Haustochter.

Kunna Vios.

In der Armenschule.

Wenn die Erntung daher kommt, daß man überhaupt nicht mit dem Körper arbeitet, so entartet man vielleicht noch leichter durch zuviel körperliche Arbeit und durch Not. Alle diese Kinder, die Körperarbeiter zu Eltern hatten, sahen kränklicher, schwächlicher, unverschämter aus, als die Kinder der Oberklasse. Der eine oder der andere Muskel machte härter entwickelt sein, ein Schulerblatt, eine Hand, ein Fuß; aber das Blut sah schlecht aus, wie es durch die blasse Haut schimmerte. Viele hatten große Köpfe, die vom Wasser aufgeschwollen zu sein schienen; Ohren und Nasen liefen, die Hände waren erfroren. Die Berufsunkundigkeit der häßlichen Arbeiter schienen sich beredt zu haben; hier sah man in kleinerem Maßstab die Lungen und das Blut des Gasarbeiter, die durch Schwefeldämpfe verdorben waren; die Schultern und ausgebeugenen Hüfte des Schmieds; das von Firnissen und giftigen Farben angegriffene Hirn des Malers, den kreisförmigen Ausschlag des Schornsteinfegers; die eingedrückte Brust des Wundbinders. Hier hörte man das Echo von dem Hüten des Metallarbeiters und Alkoholvereiners; noch die Bitte des Tapetenbruders, beobachtete die Kurzsichtigkeit des Uhrmachers in neuen Anzügen.

Hier in der Schule der Armen verlangte man noch mehr von den Kindern: man verlangte von den Armen, daß sie heile Kleider hatten. Wo sollten sie die hernehmen? Man tabelte ihre Hände, weil sie durch Berührung von Teer und Blei schwarz geworden waren. Man verlangte Aufmerksamkeit, feines Benehmen, Höflichkeit — also alles, was man nicht verlangen konnte. Der Schicksal des Lehrers verführte ihn oft zu Ungerechtigkeiten.

Johann hatte einen Nebenmann, der nie gekammt war, eine Wunde unter der Nase hatte, aus dessen Ohren ein überleuchtender Fluß kam. Seine Hände waren unrein, seine Kleider fleckig und zerrissen. Seiten konnte er seine Aufgaben, wurde immer getadelt und kriegte Schläge auf die Handfläche. „Eines Tages wurde er von einem Kameraden beschuldigt, Ungelehrer in die Klasse verschleppt zu haben. Da wurde ihm ein besonderer Reiz angewiesen; er war ausgezogen. Er weinte bitter, so wie bitter. Dann blieb er aus. Johann wurde als derzeitiger Klassenführer ausgeschied, um ihn zu suchen. In der Lotengradergasse wohnte er. In einem Zimmer wohnte die Ralerfamilie mit Großmutter und vielen kleinen Kindern. Georg, so hieß der Junge, hatte eine kleine Schwester auf dem Schoß, die verwegend lächelte. Die Großmutter hatte ein anderes Kind in ihren Armen. Vater und Mutter waren auf Arbeit gegangen, jeder an seine Stelle. In diesem Zimmer, das niemand aufräumt, und das nicht aufräumt werden konnte, roch es nach den Schwefeldämpfen des Gols und dem Unrat der Kinder; hier wurden Kleider getrocknet, Essen bereitet, Gelbfarbe gerieben, Kitt geknetet. Hier lagen alle Kottze zu Georgs Immoralität klar zulage. Aber, wendet immer ein Moralist ein, man ist nie so arm, daß man sich nicht heil und rein halten kann. Wie einfüllig! Als ob Nähn (wenn man etwas Heiles zu nähen hat), Seife, Wäsche, Zeit nichts kosten! . . .

Ein Junge war der schwierigste von allen. Er war schmutzig und schlecht gekleidet; war ungeliebt; grinsig beständig; konnte sich erlauben, ungenötigt und geräuschvoll zu trinken; wachte niemals seine Aufgaben und kriegte immer Schläge. Er hatte einen zu großen Kopf mit Wlopaugen, die unaufrichtig schielten und rollten. Johann mußte seine Eltern anrufen, um sich nach seinem unregelmäßigen Schulbesuch und unordentlichen Betragen zu erkundigen. Er wanderte nach der Apfelbergstraße, in der die Eltern eine Kneipe hatten. Der Vater war auf Arbeit gegangen; aber die Mutter hand hinter dem Ladentisch. Die Kneipe war dunkel und feucht; Männer füllten sie, die drohend auf den eintretenden Herrn sahen, den sie wahrscheinlich für einen Geheimpolitischen hielten. Johann jagte der Mutter, was ihn herführte, und er durfte hinter den Ladentisch kommen, um in die Kammer zu gelangen. Er brauchte nur das Zimmer und dessen Rüge zu sehen, um zu verstehen. Die Mutter schalt den Jungen bald, bald entschuldigte sie ihn; und das letzte konnte sie. Das Kind pflegte Reste zu trinken. Das war die Lösung, und die genügt. Was war dabei zu machen? Die Wohnung ändern, ihm bessere Nahrung geben; eine Wonne, die ihn überwachte — alles Geldfragen!

(Trindberg, Sohn einer Magd.)

Literarisches.

Liebe und Ehe in der arbeitenden Klasse. Von Joh. Fersch. (Dranien-Verlag, Dranienburg, 96 Seiten, 1,20 M.) Fersch, der Verfasser der als Agitationsbrochüre lesenswerten „Arbeit und Ehe“ von der bürgerlichen Ehe abzugrenzen und ein Bild von dem wirtschaftlichen und seelischen Gesänge der Ehe in den arbeitenden Klassen zu geben. Fersch schildert nicht nur Beobachtungen, sondern ist auch bemüht, ein Idealbild zu zeichnen und zur Nachahmung anzuregen. Die Schrift steht über der Sexual-Literatur, die mehr oder weniger der Lästernheit entgegenkommt, und wenn sie dazu beitragen sollte, die Schmutzlitteratur auf diesem Gebiete einzudämmen, so wäre das nur zu begrüßen.

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Heute billige Lebensmittel

Fleisch	Obst u. Gemüse	Wurstwaren	Butter und Käse	Fische
Schmorfleisch Pfd. 90 Pf.	Amerikan. Aepfel Pfd. 25 Pf.	Rotwurst Pfd. 55, 75 Pf.	Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.18	Kabeljau o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 23 Pf.
Pökelzunge Pfd. 1.25	Hoch- u. Essäpfel Pfd. 12 Pf.	Landleberwurst Pfd. 90 Pf.	Tafelbutter Pfd. 1.28 1/2 Pfd.-Pak. 64 Pf.	Seelachs o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 23 Pf.
Schinken im Ganzen Pfd. 80 Pf.	Kochbirnen 2 Pfd. 25 Pf.	Pasteten-Leberwurst Pfd. 1.15	Bratenschmalz Pfd. 68 Pf.	Schellfisch Pfd. 26 Pf.
Schweinekotelettes Pfd. 1.00	Essbirnen Pfd. 18, 25 Pf.	Jagdwurst Pfd. 1.10	Marmelade leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.	Grosse Schollen Pfd. 16 u. 38 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfd. 85 Pf.	Ananas Pfd. 68, 75 Pf.	Teewurst Pfd. 1.30	Echter Emmentalerkäse Pfd. 1.10	Heilbutt Pfd. 45 Pf.
Rückenfett Pfd. 60, Linsen Pfd. 65 Pf.	Almeria-Trauben Pfund 45 Pf.	Bauernmettwurst Pfd. 1.25	Bayerisch. Schweizerkäse Pfd. 88 Pf.	Steinbutt Pfd. 75 Pf.
Nasseler Rippespeer Pfd. 80 bis 95 Pf.	Apfelsinen Dtz. 33, 38, 65 Pf.	Zervolat- u. Salamiwurst Pfd. 1.30	Holländer Käse Pfd. 75 Pf.	Frische Zander Pfd. 68 Pf.
<i>Australisches Hammelfleisch</i>	Häsel- und Walnüsse Pfd. 45 Pf.		Romatour-Käse Stück 28 Pf.	Tafellachs in ganz. Fisch. Pfd. 55 Pf.
Keule im Ganzen Pfd. 70 Pf.	Paranüsse Pfd. 55 Pf.		Limburger Käse Pfd. 45 Pf.	Lebende Karpfen Pfd. 85, 95 Pf.
Rücken im Ganzen Pfd. 60 Pf.	Weiss-, Rot- u. Wirsingkohl Pfd. 4 Pf.		Brie-Käse vollfett Pfd. 78 Pf.	Leb. Hechte Pfd. 78, 98 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 70, Dünnung 50 Pf.,	Blumenkohl Kopt 15, 20, 25 Pf.		Muh- und Landkäse 2 Stück 35 Pf.	Leb. Schleie Pfund 1.15
Starke Hasen gestreift von 3.00 an	Rosenkohl 2 Pfd. 25 Pf.		Speise-Quark Stück 10 Pf.	Leb. Plötzen Pfd. 48 Pf.
Rehkeulen von 4.75 an	Schwarzwürzeln Pfd. 10 Pf.			Seemuschein 100 Stück 30 Pf.

Theater.

Freitag, den 5. Dezember 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Anfang 6 Uhr.

Eines Palais am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Ag. Opernhaus. Lamdbauer.
Ag. Schauspielhaus. Kolberg.
Deutsches. Ein Sommerachts-
traum.

Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Prof. Dr. W. Nernst: Die
Bedeutung des Stickstoffes für
das Leben.
8 1/2 u. Prof. Dr. F. Schömann:
Die Bewegungen der Weltkörper.
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.
Theater am Nollendorferplatz. Der
Mikado.

Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Reizung.
8 Uhr: Pygmalion.
Lustspiel von Bernard Shaw.
Sonnabend u. Sonntag: Pygmalion.

Deutsches Künstlertheater
Sozialtät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollend. 1383.
8 Uhr: Der Biberpelz.
Sonntag 11 1/2 Uhr: Duncan-
Schule. Tänze und Reigen.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten-Gastspiel
Die Kinokönigin
Operette in 3 Akten
von Georg Skonkowski u. Jul. Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntagabend 3 Uhr: Die Räuber.

Residenz-Theater
8 Uhr: Hoheit — der Franz!
Musikalische Komödie in 3 Akten von
Ketur Landsberger und Bill Wolff.
Musik von Robert Winterberg.
Abend. 8 Uhr: Hoheit — der Franz!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Berlin, wie es weint und
lacht.
Sonnabend 8 Uhr:
Glocken und Goldprinzesschen.
8 1/2 u. Berlin, wie es weint u. lacht.
Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt.

MARMOR-
HAUS
LICHT-
SPIELE
(An der Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)
Kurfürstendamm 236.
Unwiderrufflich die
letzten Tage!
Zum 206. Male:
Die
blaue
Maus
mit
Madge Lessing.
Regie: MAX MACK
Vorstellungen:
5, 7, 9 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hinter Mauern.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Reizung.
Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Mittwoch u. Sonnabendabend. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.
Sonnt. Ab. 3 1/2 u. Der liebe Augustin.

Arbeiter-Wanderverein Berlin

Gegründet 1908.
Sonnabend, den 6. Dezember 1913
im großen Saal Koppenstr. 29
Großer Projektionsvortrag
begleitet von ca. 100 farbenprächtigen Kunstlichtbildern.
Vortragender: Genosse Krause.
Im Reiche des Lichts
I. Das Licht als Beherrscher der Menschheit.
II. Der Mensch als Beherrscher des Lichts.
III. Die Wunder des Lichts in der Natur.
Die Gesangeinlagen werden ausgeführt vom
Berliner Sängerehor
(M. d. D. A.-S.-B.).
Saalöffnung 7 1/2 Uhr. — Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr.
Nach dem Vortrag: Tanz.
Billets a 25 Pf. sind in der Zahlstelle I Erita Wählich,
Weihnacht, Grünstr. 21, Zigarrogengeschäft Horsch, Engel-
ufer 15 (Gewerkschaftshaus), Gottfr. Schulz, Kottbuser Tor,
bei den Mitgliedern des Berliner Sängerehors und den
Mitgliedern unseres Vereins zu haben. 1/10*

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. Nernst:
Die Bedeutung des Stick-
stoffes für das Leben.
Hörs. 8 Uhr: Prof. Dr. P. Schwahn:
Die Bewegungen der Weltkörper.
Zirkus
Alb. Schumann.
Heute Freitag, 5. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung
U. a. a.:
Neu! The 3 Arleys. Neu!
Orig.-Perche-Balance-Akrob.
Flick Brothers
komischer Gymnastikerakt
Looping The Loop am Trapez.
Mit Mariettas
5 dress. Seelöwen zu Pferde!
und weitere 10 Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 5. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Keine Steuer, außer an den
Comm., Zoller- und Herrentagen.
Ausreden aller gr. Spezial-, u. a. a.:
Kapt. Huling
eine Nordpoljäger im Zirkus Busch.
La Dorando, Songher-Akt.
Mad. Smaragda mit ihrem
dreijährigen Kaden und Lenden.
Zum Schluß:
Pompeji
Voranzeige! Sonntag nachmittag
8 1/2 u. u. Aus unseren Kolonien.

Voigt-Theater

Freitag, den 5. Dezember:
Der deutsche Michel.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten
von Anselm.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum

50 wilde
Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorfe.
Der Froschschlucken.
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Casino-Theater

Lotharinger Str. 87. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Jah-
Gespiel der Amerikanischen Sensation
„Im Bulldogg-Ringel-Tangel.“
Dazu seit Oktober total ausverkauft:
Ferdinand der Eugendhafte.
Sonntagabend 4 Uhr: Winterliebe.

Folies Caprice.

Der Kuckuck.
Anfang
8 1/2 Uhr
Manöverschwindel.
Die Samuels.

Admiralspalast.

Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Ziegenbeens Künstler-
Agentur.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen: Der
Kampagneball
u. Weihnachts-Pr.

Berliner Humor-Quartett

W. Wutzky Odeberger Str. 36
Für den Inhalt der Jazette
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



Neues Programm!
Rita Sacchetto
Serene Nord | Robert Steidl.
D. Venus im Bade |
Die Tangotänzer
Oscar und Suzette
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Sonntag, den 7. Dezember:
Nachmittags (3 1/2 u.) Vorstellung.
Kleine Preise!
Rauchen gestattet!



Friedrichstraße 218
Vornehmstes Varieté
Costantino Bernardi
4 Schwestern Romanos
Salerno, Athos u. Read
und ein weiteres großes Pro-
gramm der
besten Varietékünstler.
Rauchen überall gestattet.
Beginn 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: KONZERT.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Rudolfs erste Liebe.
Lustspiel in 4 Akten.



„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus - Orchester. Leitung: Komponist
Franz v. Blon, als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor
Traugott Ochs.
Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert
Eintritt.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Sonntagabend 3 u. u. Die Liebe wacht.



Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags, 3 Uhr: Matinee.
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
wurde mit großem
Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 6 u. 9 Uhr.
Sonntags 4, 6 1/2 u. 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Metropol-Theater.

Abends prägnant 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.



Lichtspiele
Union-Palast
Kurfürstendamm 26
Bavaria-Haus
Friedrich-Ecke Taubenstr.
Unter den Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Weinbergsweg
15-17 (2 Min. v.
Rosenth. Tor)
Reinickend-
dorfer-
straße 14
Schöneberg, Hauptstr. 49

Täglich:
TANGO-
FIEBER
Filmburleske von
Edmund Edel u. Karl Wilhelm.

Das phantastische Schau-
spiel 242/10

Protea

wird im U. T. Schöneberg,
Hauptstr. 49, vorgeführt.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hagemanns Töchter.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.

Theater am Nollendorferplatz 5.
Abend. 8 Uhr: Mikado.
Morgens Sonnabend nachm. 4 Uhr
bei freier. Freizeiten: Frau Holle.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutbahn. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 52.

Die Angestelltenfürsorge der Stadt Berlin

war aus Anlaß der im Oktober an die Stadtverordnetenversammlung gelangten Magistratsvorlage über die Versicherung gegen Privatdienstvertrag beschäftigten Angestellten auf eine dem Magistrat sehr unbequeme Probe gestellt worden. Die Absicht des Magistrats, nur die durch Gesetz dem Arbeitgeber auferlegte Hälfte der Beiträge zu übernehmen, bedeutete eine schwere Belastung der in Frage kommenden Angestellten. Bei der ersten Beratung der Vorlage forderte die sozialdemokratische Fraktion durch einen von ihr eingebrachten Antrag die Uebernahme der gesamten Beiträge auf die Stadtkasse, und auch in dem Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, ließen unsere Genossen kräftig Sturm gegen die vom Magistrat für angemessen gehaltene Art, sich mit der Angestelltenversicherung abzufinden. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich schließlich dafür, daß den Angestellten, wenn ihnen schon die andere Hälfte der Beiträge auferlegt werden solle, eine entsprechende Gehaltserhöhung gewährt werden müsse. Das war nun aber gar nicht nach dem Sinn des Magistrats, und so zog er schleunigst seine Vorlage zurück, noch ehe die Stadtverordnetenversammlung den Ausschussbericht entgegennehmen und Beschluß fassen konnte. Der Magistrat war der Meinung, daß er von Rechts wegen die Stadtverordnetenversammlung gar nicht mit dieser Angelegenheit zu bemühen nötig gehabt hätte, da er sich ja nur nach den Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes zu richten brauche.

Doch kein Plan, die Stadtverordneten kurzerhand beiseite zu schieben und zugleich eine ihm nicht angenehme nochmalige Erörterung zu verhindern, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion durchkreuzt mit einem sofort eingebrachten Antrag, der den Vorschlag des Ausschusses, die Angestelltenbeiträge durch eine Gehaltserhöhung wett zu machen, wieder aufnahm. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde darüber verhandelt. Genosse Koblentz, der den Antrag begründete, beleuchtete die vom Magistrat beliebte Regelung der Versicherungsfrage nach Gebühr. Stadtverordneter Galland, einer der Redner des Freisinn, verlangte Rücksichtnahme auch auf die „schwierige Lage“ privater Arbeitgeber. Er wollte offenbar nicht die schlechten Sitten privater Arbeitgeber durch ein gutes Beispiel der Stadt gefährden lassen. Ein Antrag des Stadtverordneten Goldschmidt griff wieder zurück auf den früheren Gedanken der Uebernahme des vollen Beitrages auf die Stadtkasse, wofür dann aber bei Invaldität aus dem den Angestellten zustehenden Ruhegeld die Rente voll abgezogen werden solle. Der Magistratsvertreter, Stadtrat Dosslein, ließ keinen Zweifel darüber, daß der Magistrat jetzt von einer Gehaltserhöhung nichts hören mag. Auch das Entgegenkommen, das der Antrag Goldschmidt bedeutet, scheint ihm noch nicht zuzureichen. In einem Ausschuss sollen beide Anträge geprüft werden.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmerdorf. Heute Freitagabend von 8 Uhr ab: Wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkskollegen ab.

Lantwit. Am Samstagabend, den 6. Dezember, findet bei Schulz, Mühlentstraße, pünktlich abends 6 Uhr, unsere diesjährige Weihnachtsfeier statt, verbunden mit Jugendfahrten- und Wanderschmuckausstellung. Die Aufstellung dient in der Hauptsache dem Kampfe gegen die Schundliteratur.

Adlershof. Morgen, Samstagabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Piese, Bismarckstraße 20: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über „Feuerbeobachtung“ mit Erklärungen am Modell. Vortragsredner: Jahrgang Genosse Freund-Neuföhle. 2. Erziehungswahl des Vorstandes. Der Jahrlabend fällt im Dezember aus. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.

Berliner Nachrichten.

Die Frauen und der Arbeitergesang.

Die Geschichte und die Entwicklung des Arbeitergesanges ist eng verbunden mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Die proletarischen Organisationen sind der Mutter- und Nährboden des Arbeitergesanges. In die Kindheitstage der ersten politischen Arbeiterorganisationen fällt auch die Entstehung des freiheitlichen Arbeiterliedes. Herweghs Gedicht „Viel und Arbeit“ in der Betonung Haas v. Bülow's wird von Vassalle zum Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gemacht, und ein Jahr später ertönt in Hamburg zur Totenfeier Vassalles die auch heute noch lebendige Arbeitermarxellaise von Kudorf. Mit dem Wachsen und Erstarken der Gesamtbewegung sind dann auch die Arbeitergesangsvereine zahlreicher und größer geworden. In der schweren Zeit des Sozialistengesetzes sind sie sehr häufig die Stätte gewesen, an der die Genossen, ohne von der Verfolgungswut der Polizei allzu sehr belästigt zu werden, sich zusammenfinden konnten. Wie die Gesamtbewegung, so haben auch dem Fall des Sozialistengesetzes auch die Arbeitergesangsvereine einen gewaltigen Aufschwung genommen. Freilich ist das Verhältnis zwischen ihnen und den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht immer das beste gewesen. Die Schuld daran lag auf beiden Seiten. Der wirtschaftliche und politische Kampf muß unter allen Umständen die Hauptaufgabe der vorwärtstrebenden Arbeiterklasse sein. Von dieser unbedingt richtigen Anschauung ausgehend haben viele Partei- und Gewerkschafts-genossen in den Arbeitergesangsvereinen häufig nur eine Warte der schädlichen und bekümmernswerten Vereinsmeierei gesehen. Auf der anderen Seite ist bei den Arbeitergesangsvereinen manche Begehung- und Unterlassungssünde vorgekommen, die diesen Vorwurf zu bestätigen schienen. All das ist aber im Laufe der Jahre und ganz besonders in neuerer Zeit besser geworden. Man hat mehr und mehr erkannt, daß der Arbeitergesang ein vollberechtigter Teil der proletarischen Bildungsarbeit und Kunstpflege ist und daß die Bewegung nur Vorteile davon hat, wenn Partei, Gewerkschaft und Arbeitergesang in engster Einvernehmen miteinander arbeiten. Das Befolgen der Kongregation der Straße hat der Arbeitergesang von der Liedergemeinschaft des Jahres 1894 zur Gründung des Arbeiterfängerbundes im Jahre 1906 geführt, die Verschmelzungsbestrebungen haben der Zerstückelung in kleine Vereine ein Ende gemacht und zur

Bildung großer Chöre geführt, die sich mehr und mehr der allgemeinen Bildungsarbeit in Partei und Gewerkschaft angliedern.

Es ist daher nur eine natürliche Folge des allgemeinen Entwicklungsganges, daß auch die Frauen mehr als früher für den Arbeitergesang interessiert werden. Eine große Zahl Frauen nehmen Anteil am wirtschaftlichen und politischen Kampfe und sind Mitglieder unserer Organisationen. Unter ihnen befinden sich gewiß viele, die langeschuldig, stimmbegabt und auch sonst in der Lage sind, einen Teil ihrer freien Zeit der Pflege des Freiheits- und Arbeitergesanges, des Volksliedes und, auf einer höheren Stufe der Ausbildung, des edlen Kunstgesanges zu widmen. Eine ganze Anzahl von Frauen und gemischten Chören im Arbeiterfängerbunde bestehen schon. Jetzt soll auch hier in Berlin an die Gründung solcher Frauenchöre herangetreten werden, da hier unter den vielen organisierten Frauen und Mädchen sicherlich genug geeignetes Stimmaterial für solche vorhanden ist. Die ersten Anfänge solcher Frauen- und gemischten Chöre haben wir hier schon im Volksschor und im Neuföhler Männer- und Frauenchor; bei den vielen Tausenden organisierter Frauen und Mädchen ist die Gründung weiterer Chöre sehr wohl möglich. Der Volksschor hat sich ein verhältnismäßig engbegrenztes Kunstgebiet als Wirkungsbereich erkoren, das nicht für alle langeschuldig und stimmbegabten Frauen und Mädchen in Betracht kommen kann. Der Neuföhler Frauenchor, der erst seit sechs Monaten besteht, hat erst am Sonntag in seinem Konzert in Gemeinschaft mit dem Männerchor bewiesen, wie vielversprechend die Entwicklung des Frauengesanges sowohl wie die des gemischten Chorliedes ist. Dabei ist zu beachten, daß die Frauenchöre genau so wie die Männerchöre nicht allein um ihrer Mitglieder willen da sind, daß sie sich vielmehr in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen haben. Ihre Aufgabe ist, mitzuwirken an den künstlerischen Veranstaltungen der organisierten Arbeiterklasse, in geeigneten Versammlungen durch den Vortrag von Kampf- und Arbeiterliedern die Stimmung der Besucher zu wecken und zu heben. Schließlich können auch die Lesende der Frauen durch die Heranbildung eines Stammes geschulter Sängerinnen durch die Frauenchöre mit dem Gesange geeigneter Lieder befehligt werden.

Die Gründung solcher Frauenchöre ist vom Berliner Bauvorstande des Berliner Arbeiterfängerbundes für die nächste Woche beabsichtigt. Es werden drei Versammlungen stattfinden, in denen durch einen Vortrag der Zweck und die Aufgaben der Frauenchöre im Arbeitergesange dargelegt werden soll, worauf die Gründung der Chöre, für die anerkannt tüchtige Dirigenten in Aussicht genommen sind, erfolgen wird. Zu diesen Versammlungen sind in erster Linie die Genossinnen eingeladen, die schon in den letzten Lesenden einen Aufnahmeschein unterzeichnet haben. Aber auch alle anderen Frauen und Mädchen der organisierten Arbeiterklasse, die sich in den Dienst des Arbeitergesanges stellen wollen, sind dazu eingeladen. Die Versammlungen finden statt:

- am Montag, den 8. Dezember, in Verges Fortuna-Festjalen, Straußberger Straße 3;
- am Dienstag, den 9. Dezember, in Feibels Festjalen, Kolberger Straße 23;
- am Donnerstag, den 11. Dezember, in Graumanns Festjalen, Rannysstraße 27.

Wir wünschen, daß sich recht viele stimmbegabte und langeschuldig Frauen und Mädchen für diese Chöre finden mögen.

Jagow warnt die Schulleute.

Herr v. Jagow hat einen Erlass herausgegeben. In demselben heißt es:

„Am 28. v. M. haben verschiedene Versammlungen von Schulleuten stattgefunden, in denen eine Vereinigung Berliner Schulleute gegründet worden ist. Ich verbiete sämtlichen Beamten der Schulleitung im Landespolizeibezirk Berlin, Einladungen zu solchen Versammlungen zu erlassen oder sich an derartigen Versammlungen zu beteiligen.“

Herr v. Jagow scheint zu befürchten, daß die Schulleute durch die Ueberwachung sozialdemokratischer Versammlungen etwa für sich manches gelernt haben könnten, nämlich, daß mit Hilfe der Organisation sich vieles erreichen ließe. Deshalb verbietet er den neuen Verein, genau so, wie das den Feuerwehrlenten verboten worden ist. Dagegen, daß Schulleute in fromme Andachten gehen, wie das verschiedentlich verlangt worden ist, hat Herr Jagow nichts einzuwenden.

Einen gesetzlichen Grund hat Jagow nicht für sich. Die Disziplin muß alles decken.

Wie wir erfahren, sollte die Vereinigung den Zweck haben, die Geselligkeit sowie die Kameradschaftlichkeit zu pflegen. Man wollte auch darauf hinwirken, daß die Arreststraße, die noch heute über Berliner Schulleute verhängt wird, beseitigt werde. Im königlichen Polizeipräsidium befinden sich mehrere Zellen, die eigens für die Arrestzwecke vorhanden sind. Ferner sollten in dem Verein die Interessen der Mitglieder nach allen Richtungen hin wahrgenommen werden. Auch mehr Einfluß auf die Pensionskasse hoffte man mit Hilfe des Vereins zu erlangen. Für Berlin wären etwa 5000 Schulleute als Mitglieder in Betracht gekommen.

Wie konnten die Schulleute auch nur auf den vertwegenen Gedanken kommen, sich unter Jagow zu organisieren! Das duldet die Staatsraison nicht.

Der Schweinepriester in der Sonntagsschule.

Der Gemeindefreiwortrat von St. Jakob eruiert und unter Zugunahme auf die Verdastung des Herrn Emil Barthauer, der sich an Kinder der Sonntagsschule herangemacht und sich an ihnen unethisch verging, daß kein Mitglied des Gemeindefreiwortrates und der Gemeindevorstellung den p. Barthaus ferne und daß seine Aufnahme in die Mitarbeit an der Sonntagsschule auch durch keinen seiner Geistlichen veranlaßt worden sei.

Zum Selbstmord am Waterlooufer.

Ein vermeintlicher doppelter Amtesmord und Selbstmord ist jetzt aufgeklärt worden. Es handelt sich um jenen Vorgang, über den vom Waterlooufer berichtet wurde. Dort sprang am Montagabend gegen 6 Uhr eine Frau in den Landwehrkanal und ertrank. Mehrere Zeugen wollten, obwohl es dunkel war, bestimmt gesehen haben, daß die Frau zwei kleine Kinder in den Tod mitgenommen hätte. Nach ihren übereinstimmenden Aussagen hätte die Frau unter jedem Arm ein Kind gehabt und sei so mit ihnen über das Gelländer hinweg ins Wasser gesprungen. Ein Schulknecht, dem die Zeugen das, was sie zu sehen geglaubt hatten, mitteilten, veranlaßte darauf sofort umfassende Rettungsmaßnahmen. Mit Hilfe anderer

Leute suchte der Beamte mit dem Rettungslahn das Wasser ab. Man fand auch bald die lebensmüde Frau, landete sie und brachte sie nach dem Krankenhaus Am Urban, weil sie noch Lebenszeichen von sich gab. Unterwegs aber starb sie schon. Nach den Kindern forschte man vergeblich weiter. Die Person der Toten konnte zunächst nicht festgestellt werden. Jetzt aber hat man sie erkannt als eine 60 Jahre alte Droschkenfaherfrau Luise Thomas aus der Schulstraße 45. Kummern ergab sich auch, daß alle Zeugen sich getrennt haben. Die Kinder der Unglücklichen, die wegen eines schweren Kervenleidens den Tod gesucht hat, sind alle längst erwachsen, und es fehlt auch keines von ihnen, ebensowenig von den Enkelkindern. Der Jertum der Zeugen ist ohne Zweifel dadurch entstanden, daß die Lebensmüde, als sie den verhängnisvollen Sprung tat, wiederholt rief: „Meine armen Kinder!“ Dieser Vorgang zeigt wieder, wie leicht eine Täuschung entziehen und sich festsetzen kann.

Handtaschenräuber.

Ihrer Handtasche beraubt wurde vorgestern spät abends eine Dame aus dem Rheinland, die sich zu Besuch hier aufhält. Als sie durch die Sächsischen Straße in Schöneberg ging, entriß ihr ein unbekannter Mensch die Tasche, ergriff die Flucht und entkam. Die schwarze Leder tasche enthielt ein Portemonnaie mit 80 M., darunter 60 M. in Gold, eine dünne goldene Halskette und einen goldenen Ring. Die Kette trägt als Anhänger einen eichengroßen Brillanten, der Ring einen Rubin, den ein Kranz von Brillanten umgibt. Ein Stein dieses Kranges fehlt. Das geraubte Portemonnaie ist ein langes Damenportemonnaie aus Giebschensleder.

Ein schwerer Straßenausschlag hat sich am Mittwochabend gegen 7,7 Uhr in Westend zugetragen. Dort verlor sich an der Ecke der Spandauer Chaussee und der Kirchenallee der 33jährige Kaufmann Richard Walter vor einem nach Neuföhle fahrenden Straßenbahnwagen der Linie P das Gleichgewicht. Er wurde jedoch umgestoßen und geriet unter den Vorderkerron. Es erlitt eine Quetschung der Wirbelsäule, Bruch des Brustbeines und mehrere Rippenbrüche. Der Verunglückte fand in dem nahen Krankenhaus Westend Aufnahme.

Die Bluttat eines überraschten Diebes rief gestern abend in der Schützenstraße großes Aufsehen hervor. Am vergangenen Dienstag war der in der Ackerstraße wohnhafte 45 Jahre alte Kaufmann Emil Bierich aus dem Juchthause entlassen worden. Er besaß keinen Wintermantel und wollte sich diesen gestern abend auf recht billige Weise in dem Geschäft von Strauch Nachfolger, Schützenstraße 27, verschaffen. Bierich betrat den Laden, rief einen Arbeiter vom Regale herunter und ergriff mit seinem Raube die Flucht. Die Verkäuferin hatte den Vorfall aber beobachtet und sie lief schreiend hinter dem Diebe her. Als ihr der Buchhändler Fritz Ahmert, Kommandantenstraße 18 wohnhaft, entgegenkam, bat sie diesen, sich an der Verfolgung des Diebes zu beteiligen. Kaum hatte A. den Dieb erreicht, als sich dieser mit einem jähen Rud umwandte, ein gezieltes dolchartiges Messer herborzog und auf A. einstach. Er brachte dem Verfolger einen tiefen Messerstich in den linken Unterarm bei und führte dann noch einen kräftigen Stoß nach der Brust des A. Die Messer Spitze drang dem Gefährdeten durch die Kleidung hindurch, doch wurde die Wucht des Stoßes durch den dicken Mantel erheblich abgeschwächt, so daß nur eine Ritzwunde entstand. Inzwischen hatten sich mehrere Passanten angesammelt. Man fiel jetzt über den Messerstecher her und Abte ein Lynchgericht an ihm aus. Gewalttätig mußte der Ueberfallene von der Polizei aus der Menge herausgerissen werden. Blutüberströmt wurde er wie auch der von ihm verletzte A. nach der nächsten Wundwache gebracht. Nachdem beide Notverbände erhalten, wurde B. dem 40. Polizeirevier als Häftling zugeführt.

Vermißt wird seit dem 20. November der 34 Jahre alte Franz Weber, Ober-Schöneweide, Wilhelmminenhofstr. 33. W. wollte wie gewöhnlich morgens um 1/7 Uhr seiner Arbeit nachgehen, dort traf er aber nicht ein. Bekleidet war der Vermißte mit einem dunklen Paletot, dunklem Anzug, grauer Schirmmütze, schwarzen Schuhschneideln. Er trug einen blonden Schnurrbart, auf dem rechten Arm eine Tätowierung S. W. gezeichnet. Diejenigen Personen, die den Verbleib des Vermissenen kennen, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Weber gelangen zu lassen.

Im Luisentheater muß heute die vorgesehene Aufführung von „Auldfo's erste Liebe“, Lustspiel von H. Krönke und Walter Turzinski wegen Einwendungen, die die Jemur machte, unterbleiben. Statt dieses Lustspiels geht heute und Sonntag, den 7. Dezember, im Luisentheater „Kasernenluft“ in Abänderung des Spielplans in Szene.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des früheren Stadtverordnetenvorsitzers Kaufmann verlesen, worin er auf die Hauptversammlung zurückkommt und darlegt, daß er sein Amt als Testamentsvollstrecker nicht als Ausfluß seines Stadtverordnenamts aufzufasse; denn letzteres sei öffentlich-rechtlicher Natur, ersteres habe privatrechtlichen Charakter. Auch hätten die Erbschaft erwirbt, daß den Testamentsvollstreckern ein Honorar zustehe und von ihnen geltend gemacht werden würde. Er halte deshalb seinen Anspruch für rechtlich und moralisch begründet und habe keine Veranlassung, sich in seinem freien Verfügungsbereich über die ihm zustehende Summe durch das Stimmverhältnis, mit dem die Stadtverordnetenversammlung dies Recht anerkannt habe, beeinflussen zu lassen.

Alsdann wurde von liberaler Seite eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob es richtig sei, daß Privatangestellten und Arbeitern ein Nachtrag zum Dienst- bzw. Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorgelegt worden sei mit dem Bemerkten, daß bei Verweigerung der Unterschrift sofortige Kündigung erfolgen werde, und daß ferner einem Angestellten wegen Veröffentlichung eines Artikels über die Lage der tschechischen Angestellten im Kommunal-dienste Vorhaltungen gemacht worden sind, die auf ein Verbot derartiger publizistischer Tätigkeit hinauslaufen. — Bürgermeister Dr. Maier wußte beides zu geben. Der Nachtrag sei entstanden, weil ein Angestellter, der einen Straßenbahnunfall erlitten, seitens der Straßenbahngesellschaft keine Entschädigung erhalten konnte, weil sein Gehalt weiter lief. Um in solchen Fällen nicht Privat-gesellschaften Vorteile auf Kosten der Stadt genießen zu lassen, solle in Zukunft bei derartigen Vorworfungen das Gehalt nur vorläufigweise gezahlt werden, damit der Schadenersatzpflichtige herangezogen werden könne. Die publizistische Tätigkeit der Angestellten einzuschränken, liege dem Magistrat vollständig fern, nur dürften die Beamten und Angestellten nicht dienstliche Vorgänge öffentlich besprechen. Freilich mußte der Bürgermeister zugeben, daß er selbst in dem betreffenden Artikel nichts Indiskretes erblickt habe, sondern der direkte Vorgesetzte des Angestellten, der Direktor des Elektrizitätswerkes, der hier wohl etwas zu weit gegangen sei.

In der sich anschließenden Besprechung der Interpellation wurde das Verhalten des Magistrats von allen Seiten sehr entschieden verurteilt. Die in Rede stehende Verfügung ist in einem ziemlich unverständlichen Juristendeutsch abgefaßt, und als der Vorsitzende des Angestelltenvereins beim Bürgermeister über die Tragweite der Verfügung sich informieren wollte, wurde er nicht empfangen. Der Bürgermeister meinte, er könne dienstliche An-

Die Militärdiktatur vor dem Reichstage.

182. Sitzung. Donnerstag, den 4. Dezember 1913, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: v. Wehmann Hollweg, v. Falkenhayn, Kühn, Dr. Delbrück.

Das Handelsministerium mit England wird in dritter Lesung angenommen.

Die Interpellationen über Zabern.

(Zweiter Tag.)

Präsident Kaempff:

Ich habe gestern einen Zwischenruf „Unverschäm!“ gegenüber dem Herrn Kriegsminister gerügt. Aus dem amtlichen Stenogramm geht hervor, daß noch mehr ähnliche Zwischenrufe gefallen sind, die aber bei der großen Unruhe von mir nicht gehört wurden. Hätte ich sie gehört, hätte ich sie ebenfalls gerügt. Das veranlaßt mich, zu bitten, solche Zwischenrufe in Zukunft nach Möglichkeit zu unterlassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Reichszugler v. Bethmann Hollweg:

Der Abgeordnete v. Callier hat gestern am Schlusse der Sitzung die Frage an mich gerichtet, wie denn nun weiter die Politik in Elsaß-Lothringen geführt werden soll. Ich will ihm darauf sofort antworten und zugleich auf einige Angriffe eingehen, die gestern gegen mich gerichtet worden sind. Man hat mir vorgeworfen, ich hätte von den Zivilbehörden in Elsaß-Lothringen gänzlich geschwiegen. Das bedeutet wohl eine Desavouierung der Zivilbehörden. (Lebhafte Zurufe links: Sehr richtig!) Mir ist es nicht eingefallen, durch mein Schweigen eine Kritik an der Haltung der Zivilbehörden zu üben. Worum handelte es sich denn gestern und wahrscheinlich auch heute? Um Angriffe gegen das Verhalten der Militärverwaltung. Das ist doch der Kern der Sache. Darüber habe ich gesprochen. (Stürmischer Widerspruch links.)

Präsident Dr. Kaempff

Ich bitte, den Herrn Reichszugler auszusprechen zu lassen, ohne ihn zu unterbrechen. (Beifall rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Reichszugler v. Bethmann Hollweg:

Mir ist weiter vorgeworfen worden, daß ich mich bei meinen Darstellungen lediglich auf die Militärberichte und nicht auf Zivilberichte berufen hätte. (Lebhafte Zurufe links.) Das ist unrichtig. Ich kenne die Zivilberichte ganz genau. (Lärm und Widerspruch links.) Ich werde eine Pause machen, bis es dem Herrn Präsident gelungen ist, mir die nötige Ruhe zu verschaffen.

Präsident Dr. Kaempff

läutet anhaltend mit der Glocke, worauf Ruhe eintritt.

Reichszugler v. Bethmann Hollweg:

Ich wiederhole: Ich kenne diese Verichte ganz genau. Ich habe sie bei meiner Darstellung der Sache verwendet. (Zurufe: So?) Ich habe hier ausdrücklich betont, daß über die Frage, ob die zivilen Sicherheitsmaßnahmen verlag hätten,

ein scharfer Widerspruch

der Ansichten zwischen der Militär- und der Zivilverwaltung besteht. Ich habe weiter ausdrücklich hervorgehoben, daß die mangelnde Kooperation zwischen Militär- und Zivilbehörde zum guten Teil schuld an den unerfreulichen Vorgängen in Zabern ist, und habe schließlich hervorgehoben, daß nur der andauernde Kontakt zwischen Militär- und Zivilbehörden uns wieder zu normalen Zuständen zurückführen kann.

Wie soll ich das sagen können, ohne die Berichte der Zivilverwaltung zu berücksichtigen. Wenn ich diejenigen Vorgänge dargelegt habe, auf Grund deren das Militär eingeschritten ist, so mußte ich mich natürlich an die Darstellung der Militärverwaltung halten. (Hört! hört!) Wie sollte ich es sonst darstellen? (Große Unruhe links.) Die Aussagen, die die Zivilverwaltung über die Vorgänge am 28. aufgenommen hat, beziehen sich im wesentlichen auf die Ereignisse bei der Räumung des Schloßplatzes, den Verhaftungen und auf die Behandlung der Verhafteten. Davon habe ich ausdrücklich gesagt, daß sie im Gehege keinen Grund finden. Wie kann man denn unparteiischer über derartige Dinge sprechen? (Stürmischer Widerspruch links.) Wenn ich das gestern in ruhiger und leidenschaftsloser Tone vorgetragen habe, so ist das mit Absicht geschehen. Bei der großen und tiefen Erregung, die gestern im Hause und in der weiten Kreise des Volkes herrscht und für die ich Verständnis habe, soweit es sich um die Wahrung von Recht und Gesetz handelt, mußte ich mir diejenige Ruhe auferlegen, die es ermöglichte, das Lebel nicht noch zu verschlimmern, sondern zu bessern. Darauf kommt es an! (Widerspruch und Unruhe.)

Nun hat Herr von Callier aus meiner Rede Zweifel hergeleitet, wie meine Stellung zur künftigen Politik im Elsaß sein werde. Ich habe mich über diese Stellung so oft ausgesprochen und bin so vielen Auseinandersetzungen von den verschiedensten Seiten deshalb ausgesetzt worden (Hört! hört!), daß darüber kein Zweifel möglich sein kann; die Herren müßten denn annehmen, daß mich die traurigen Ereignisse von Zabern in meinen Ansichten wankend gemacht hätten, und das ist nicht der Fall. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wenn ich in dieser Beziehung nicht in dem leidenschaftlichen Tone gesprochen habe, der durch die Reden anderer Herren aus dem hohen Hause geklungen hat (Große Unruhe. Zurufe links: Falkenhayn!), meine Herren, ich möchte sprechen über Dinge, die zum großen Teil noch der gerichtlichen und disziplinarischen Klärung harren, und bei diesem Zustand der Dinge muß sich der Reichszugler eine andere Reihenfolge auferlegen, als die Herren Abgeordneten. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.)

Meine Herren, Sie haben mich gezwungen, über meine Stellung zu der

Politik von Elsaß-Lothringen

zu sprechen. Ich will mit einigen Worten das noch einmal ausführen, obwohl ich weiß, daß ich dafür vielen Widerspruch erfahren werde. Ich will das tun, denn ich bin konsequent in meiner Politik. (Heiterkeit links.) Dieser Konsequenz wegen will ich darüber sprechen. Wie liegen denn die Dinge? Ich habe mich in voller Übereinstimmung mit dem Statthalter Grafen Wedel dafür eingesetzt, daß die Verfassungsmäßigen Zustände, wie sie jetzt in Elsaß-Lothringen bestehen, dort eingeführt werden. Ich habe das nicht getan aus Gerliebe für die Demokratie oder Rücksicht gegen sie (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), sondern ich habe diese Politik geführt, weil ich überzeugt bin, daß wir in Elsaß-Lothringen nicht vorwärts kommen können, wenn wir nicht ablassen von dem ganz fruchtlosen Bestreben, aus dem süd-deutschen Reichsländer einen norddeutschen Preußen zu machen. (Sehr wahr! links und im Zentrum.)

Dazu kommt, daß wir eine Politik führen unter Berücksichtigung der Stammesgenart der Elsaß-Lothringer, unter Berücksichtigung des Charakters der Bevölkerung, wie er sich durch Geschichte und Tradition gebildet hat. Bei dieser Sachlage erlaube ich mir nochmals von dieser Stelle aus den Appell an die elsäß-

lothingische Bevölkerung, sie solle da mitarbeiten, nicht sich in übertriebener Empfindlichkeit, wie sie sich jetzt gezeigt hat (lebhafter Widerspruch im Zentrum und links) abseits stellen, sondern weiter mitarbeiten. Mir ist gesagt worden, gerade diese Verfassung sei es, die die jetzigen schlechten Zustände in Elsaß-Lothringen herbeigeführt habe. Das höre und lese ich jeden Tag. Meine Herren, Sie können versichert sein, das geht mir nahe, diese Vorwürfe, denn ich kenne die Verantwortung, die ich in dieser Beziehung habe. (Hört! hört!) Aber wie sind die Dinge? Gewiß, es wird manchen alten Elässer und manchen Altseldischen geben, die beide in Übereinstimmung mit einander ihre besten Kräfte dafür einsetzen, das Reichsland enger zu verschmelzen mit dem Reich. Es wird manchen dieser Männer geben, welche mit mir viele unerfreuliche Erfahrungen beklagen, die nach dem Erlaß der Verfassung zutage getreten sind. Ich leugne diese Erfahrungen gar nicht, aber ich warne davor, aus einem post hoc auf ein propter hoc zu schließen. (Zustimmung.) Wir haben auch vor der Verfassung leider Gottes eine Fülle unerfreulicher Erfahrungen in Elsaß-Lothringen gehabt. Lesen Sie die Geschichte nach, von Mantuffel bis Hohenlohe! Kein Mensch hat erworten können, daß die Einführung der neuen Verfassung die Verfallständigkeit des Landes, eines Landes, das jahrhundertlang unselbständig zwischen zwei Nationen hin- und hergezerrt wurde, ohne weiteres herbeiführen, daß diese Verfallständigkeit ohne Erschütterung vor sich gehen könnte; das konnte kein Mensch erwarten! Wenn wir vorwärts kommen wollen, müssen wir mit ruhiger und fester Hand an der Politik festhalten, die eingeschlagen ist; wir dürfen uns nicht durch jeden Rückschlag nervös machen lassen, wir müssen

Ausbauer und Geduld

zeigen. (Stürmische Zurufe links und im Zentrum.) Es ist gestern hier in leidenschaftlichem Tone das Wort gesprochen worden, jetzt sei in Elsaß-Lothringen alles vernichtet, was in Jahrzehnten geschaffen wurde. (Lebhafte Zurufe links!) Ich kann mich nicht zum Träger eines solchen Pessimismus machen. In einer ersten Stunde — und wir stehen in einer ersten Stunde — (Stürmischer Zuruf richtig! links) — müssen wir unser Auge auf die Zukunft richten.

Ich nenne die Stunde nicht ernst, etwa weil meine Stellung gefährdet sei, oder etwa weil die Herren gestern die Mißbilligung gegen mich beantragt haben und nachher beschließen werden. Deshalb nenne ich die Stunde nicht ernst (Stürmische Entrüstungsrufe links), sondern ich nenne sie ernst, weil sich aus der tiefen Erregung die Gefahr aufgetan hat, daß

eine Kluft zwischen Armee und Volk

geschaffen werde. (Erneute stürmische Zurufe links: Die Armee ist schuld daran!) Weil ich diesen Ernst erkannt habe, habe ich Ihnen gestern ausdrücklich und absichtlich gesagt, daß die erste Aufgabe wäre: Harmonie zwischen Militär- und Zivilverwaltung. (Gelächter links. Abg. Ledebour: Das sagen Sie dem Kriegsminister!) Ich stehe hier im vollen Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister. (Stürmischer Zuruf richtig! links und im Zentrum.) Deshalb sage ich, habe ich gestern ausdrücklich und mit Absicht gesagt, die Herstellung dieser Harmonie sei die Hauptaufgabe für die Zukunft. Das ist keine Redensart gewesen, ich wiederhole es heute noch einmal. Und wenn gestern unter Hintertreibung auf eine Nebenregierung gesagt worden ist, das wäre nicht möglich, so sage ich eine solche Nebenregierung existiert nicht. (Stürmischer Widerspruch links.) Es existiert eine Hauptregierung, für die ich dem Kaiser verantwortlich bin, und wenn ich diese Verantwortung nicht mehr tragen zu können glaube, werden Sie mich nicht mehr auf diesem Plage sehen. Aber meine Herren, in diesem Falle ist von einer Nebenregierung keine Rede. Alle maßgebenden Zustände sind darüber einig, daß ohne ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Militär und Zivil, wie es leider in Zabern gescheit hat, nicht gebessert werden kann. Und meine Herren, dieser Gesichtspunkt ist von der obersten Stelle den beteiligten Behörden und Beamten im Anschluß an die Vorgänge in Zabern wiederholt und nachdrücklich ins Gewissen geschrieben. Es ist selbstverständlich, daß der kommandierende General die Weisung gab, dafür zu sorgen, daß nirgends das Gesetz überschritten wird. Es ist ebenso selbstverständlich, und das beruht auf dem Willen der allerhöchsten Stelle, daß Militär- und Zivilverwaltung Hand in Hand gehen unter voller Wahrung der gegenseitigen Kompetenzen, unter voller Wahrung von Gesetz und Recht. Was in der Vergangenheit gescheit worden ist — ich habe gestern darüber gesprochen —, es wird gesühnt werden. Wir können das, was gefährdet wurde, für die Zukunft nur wiederherstellen auf der Grundlage von Gesetz und von Recht. (Lebhafte Beifall rechts. Zwischen links.)

Es geht ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) ein, zu beschließen:

„Die Behandlung der Angelegenheit durch den Reichszugler entspricht nicht der Anschauung des Reichstages.“

Bei der Stellung der Unterstützungsfrage für diesen Antrag erhebt sich außer der Rechten auch das Zentrum nicht. Ueber diesen Antrag und den der Volkspartei wird namentlich abgestimmt werden.

Abg. Nagalla v. Bieberstein (L.):

Wenn der gestrige Tag ein dies uter (schwarzer Tag) für das Deutsche Reich wirklich wird, so hat vor allem die Rede des Abg. Falkenhayn dazu beigetragen. (Lebhafte Lachen links und im Zentrum.) Die

Ueberfälle raddauliger Elemente

auf das Militär in Zabern sind sehr milde bestraft worden, diese Elemente haben sich infolgedessen von erneuten Ueberfällen auf Offiziere nicht abhalten lassen. Das Verhalten des Leutnants v. Forstner den Rekruten gegenüber ist ja nicht zu billigen. Aber in demselben Atemzug, mit welchem der Abg. Peiretes gegen die Weisung von 17 Millionen Elässern protestierte, beleidigte er selbst ganze preussische Provinzen, indem er in der verächtlichsten Weise von der ostelbischen Kultur sprach. Aufschärfte muß auch dagegen Protest erhoben werden, daß deutsche Offiziere in Elsaß-Lothringen hier als Hochverräter bezeichnet werden. (Zustimmung rechts.)

Die Vorgänge in der Instruktionskommission gehen die Öffentlichkeit nichts an, es sind Vorgänge des inneren Dienstes.

Wenn die Rekruten dort beleidigt wurden, so stand ihnen das Recht der Weisung zu. (Lachen links.) Den Weisungen wird heute beim Militär sehr gründlich nachgegangen. Tatsächlich ist auch Remedur eingetreten, der Offizier ist bestraft worden. (Zurufe.) Wie er bestraft wurde, konnte der Kriegsminister Ihnen nicht mitteilen, denn die Disziplinalgewalt unterliegt den Kommandobehörden, in erster Linie dem obersten Kriegsherrn. Die Weisungen der Rekruten haben auch zunächst gar keine Aufregung hervorgerufen, das geschah erst durch die verhängenden Artikel des „Zaberner Anzeigers“, die von der Redaktion ausgehängt und von anderen Blättern nachgedruckt wurden.

Der Kriegsminister wies gestern auf die Bedeutung gerade der jungen Offiziere für die Armee hin. Bismarck sagte einmal, den preussischen Leutnant macht uns niemand nach. Heute würde er sagen, den deutschen Leutnant macht uns niemand nach. Was sollten denn die Offiziere machen, als die Beschimpfungen sich ständig wiederholen? Unter keinen Umständen durften sie des Königs Koch beschimpfen lassen. Das würde die gesamte Armee und der überwiegende Teil des Volkes nicht verleben. Ob in allen Fällen im einzelnen richtig gehandelt worden ist, kann erst die Untersuchung ergeben. Jedenfalls waren vom Regimentskommandeur die Zivilbehörden mehrfach aufgefordert worden, für Ruhe zu sorgen, und sie waren gewarnt worden, daß andernfalls das Militär zur Selbsthilfe greifen würde. Der notwendige Kontakt zwischen Zivil- und Militärbehörde war also hergestellt. (Lachen links.) Wären die Lokalbehörden rechtzeitig auf dem Plage gewesen, so wären uns die traurigen Vorfälle und der gestrige Tag erspart geblieben. Wir haben das

festen Vertrauen zum Kriegsminister

und zur Heeresverwaltung, daß sie sich durch nichts abhalten lassen werden, die Disziplin in der Armee aufrecht zu erhalten (Bravo! rechts), und wir sind voller Vertrauen, daß die Armee ihre Ehre stets und unter allen Umständen rein erhalten wird, und sie wird dabei das Volk hinter sich haben, auch den besonnenen und anständigen Teil der elsässischen Bevölkerung. (Beifall rechts.)

Abg. v. Trompschnski (Pol.):

Daß ein junger Leutnant glaubt, sich alles erlauben zu dürfen, ist der Ausfluß eines Systems. Die „ernste Bestrafung“ des Leutnants v. Forstners ist wohl nur mit einem Augenblicksella verbängt worden, sonst hätte der Herr sich nicht bald darauf in Begleitung von vier Soldaten zeigen können, um Schokolade einzukaufen. (Heiterkeit.) Er wußte, daß die Parole in Zabern lautete:

Nu gerade:

wir werden es den Polizisten und Zivilisten schon zeigen. Ein Feldwebel und 9 Rekruten wurden verhaftet in der Voraussetzung, derjenige sei darunter, der die Sache erzählt hat. Das erinnert ja an die Tortur zur Errettung von sogenannten Geständnissen. Der Oberst v. Reutter war empört, nicht über die vorgekommenen Ungehörigkeiten, sondern daß sie aus Tageslicht gekommen sind. Der Vorredner wies auf das Weisungswort hin. Das müßte den Rekruten gar nichts. Soldatenmißhandlungen kommen ja stets erst nach Monaten oder Jahren zur Kenntnis, indem sich der Mißhandelte erhängt oder ins Lazarett kommt. Eine Beschwerde dagegen erfolgt fast nie. Der Zaberner Fall steht nicht allein, wie der Reichszugler meint. Der Hauptmann Kammerer z. B. hat Anweisungen gemacht, die einen Zivilisten ins Irrenhaus bringen würden. U. a. sagte er, man müsse alle Pollakken totschießen. Aber der Staatsanwalt sagt, er ist ein vernünftiger Mann,

eine normale Offizierserziehung.

(Gr. Heiterkeit.) Der Redner schildert dann Drangsalierungen polnischer Rekruten, denen gegenüber die der elsässischen nach deren eigenem Urteil noch geradezu glänzend sei. Systematisch wird ihr Eingefühl beleidigt. Die Heeresverwaltung ist auf den hinverdrängten Gehirnen gekommen, den Heeresdienst zu benutzen, um den polnischen Soldaten seinem Volkstum zu entfremden. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Jehr v. Gamp (Rp.):

Es ist jetzt erst zur Kenntnis gekommen, daß der Gebrauch des Wortes „Wades“ im Elsaß beim Militär seit Jahren verboten war, und daß der Leutnant v. Forstner dies wußte. Das stellt seine Verfehlung doch ernster dar als man vorher angenommen konnte. Wir hätten uns viel Aufregung und Sorge erspart, wenn sofort Remedur eingetreten wäre, und es hätte zur Beruhigung beigetragen, wenn von jenem Verbot Kenntnis gegeben worden wäre. (Sehr richtig!) Der Leutnant ist bestraft worden und die Militärverwaltung wird wohl Recht haben, daß es nicht zulässig ist, öffentlich von einer Disziplinarstrafe Kenntnis zu geben. Aber es sollte doch erwoogen werden, ob sich nicht ein Weg hierzu finden ließe. Die Folge der Verfehlung des Leutnants v. Forstner war, daß er sich nicht mehr sehen lassen konnte, ohne beleidigt zu werden. Er wurde deshalb unter militärischen Schutz gestellt. (Lachen links.) Das war eine sehr zweckmäßige Maßregel. Ähnlich scheint sich doch ein größerer Gegenfall zwischen Militär- und Zivilverwaltung herausgebildet zu haben. Die Polizei hat keine energischen Mittel ergriffen, sie hat dabei gestanden, als die Schläuche der Feuerwehr zerhackt wurden. Daß sich da das Militär selbst half, ist verständlich. Der Reichszugler hat heute eigentlich nur dasselbe gesagt wie gestern; wenn Sie (nach links) ihn angehört hätten, was Ihnen bei den großen Lärmenszenen nicht möglich war (Lachen bei den Sozialdemokraten), würden Sie das ausgehen. Ich gewinne fast den Eindruck, daß die Zivilbehörden so wenig energisch vorgegangen sind, um die Militärbehörden die Suppe, die sie sich eingebrot hatten, allein ausessen zu lassen. Nicht berechtigt war die Art der Unterbringung der Verhafteten in der Kaserne. Daß es zu den ganzen Vorgängen kommen konnte, beweist, daß beide Parteien, Zivil- und Militärverwaltung nicht ihre volle Schuldigkeit getan haben. Mit der in Aussicht gestellten Sühne für die vorgekommenen Ungehörlichkeiten ist der Zaberner Fall erledigt. (Lachen links.) Wenn gestern gesagt worden ist, die jahrelange Arbeit in Elsaß-Lothringen sei vernichtet. Dazu schäme ich die Elsaß-Lothringer und die Zaberner viel zu hoch ein. (Bravo!) Der schlimmste Feind des Friedens in Elsaß-Lothringen sind die Nationalisten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die „Post“.) Wären die Elsaß-Lothringer dafür sorgen, daß sie diesen Pfahl aus ihrem Fleische abschneiden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Weiß (Soz.):

Der Herr Reichszugler hat zu Beginn der heutigen Sitzung seiner gestrigen Rede eine Erläuterung folgen lassen. Ich begreife die Absicht, die ihn hierbei leitete. Die Stimmung, die gestern abend in diesem Hause herrschte, nachdem der Leiter der Reichsregierung und namentlich, nachdem der Herr Kriegsminister ihre so

überaus wertvollen Befundungen

beendet hatten, konnte den Herrn Reichszugler nicht darüber im Zweifel lassen, wie die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung über die geradezu unsinnige Politik denkt, die in der letzten Zeit in Elsaß-Lothringen betrieben worden ist. Aber diese Erläuterung seiner gestrigen Rede durch den Herrn Reichszugler war nutzlos und überflüssig, denn er hatte bereits am gestrigen Tage einen Kommentator gefunden, der unzweideutige Aufklärung über die Punkte in der Rede des Herrn Reichszuglers gab, über die noch irgend ein Zweifel bestehen konnte. Dem Herrn Kriegsminister kann es der Herr Reichszugler danken, daß nicht das geringste Mißverständnis abzuhalten konnte, über seine eigenen Ausführungen und Auffassungen, über den ganzen politischen Weltzustand, von dem aus er gestern gesprochen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und schließ-

lich hat ja auch der Reichskanzler heute noch keine Aufklärungen, die er versucht hat, vollkommen illusorisch gemacht durch den S. 19. v. a. in dem er sich mit dem Herrn Kriegsminister solidarisieren erklärt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also mit den Aufstellungen, die gestern fast von dem ganzen Hause mit berechtigter Entrüstung zurückgewiesen wurden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß nicht, in welchem Umfang und ob überhaupt unter diesen Umständen die heutigen Erklärungen des Reichskanzlers noch einigen Einfluss ausüben können auf die sich wandelnden Gestalten, die sich zurzeit in diesem Saale — nicht aufhalten. (Große Heiterkeit. Die Nationalliberalen halten zurzeit eine Fraktionsfeyer ab.) Was wir heute erlebt haben, dürfte auch diejenigen, von denen wir keine übermäßige Festigkeit gewohnt sind, zwingen, an dem Standpunkt festzuhalten, den sie gestern zum Ausdruck gebracht haben. Wenn gestern die Herren v. Caller und Fehrenbach hier ihre schmerzliche Bestürzung zum Ausdruck gebracht haben über die Reden von der Regierungsbank, so kann ich ihnen die Versicherung geben: auch wir auf der äußersten Linken des Hauses waren erstaunt über das, was wir zu hören bekommen haben. Wir haben sicherlich keine übertriebene Vorsicht von der politischen Begabung oder gar von der freiheitlichen Gesinnung der Regierung; aber auf das, was und gestern geboten worden ist, war wirklich niemand gefasst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten nicht einen derartigen

Mangel an Einsicht und an Selbstgefühl bei einem bürgerlichen Staatsmann

vermuten. (Lebhafte Zustimmung links.) Und heute? Heute hat der Reichskanzler als das Programm, das ihn leitet, die Worte formuliert von der Harmonie zwischen Militär und Volk. Er hat und gezeigt, wie er sich diese Harmonie denkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem ganzen Auftreten der Regierung kann diese Harmonie nichts anderes sein als die Abdankung des Reichskanzlers und der Zivilbehörden vor der Militärpartei. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr Fehrenbach hat gestern sehr zutreffend gesagt: Worte aus einer anderen Welt haben wir gehört. Ich habe gewiß nicht den Ehrgeiz, mich mit den Herren von der Regierung darüber auszuzeichnen zu sehen, wer an den Vorgängen in Zabern die Verantwortung trägt, und welche Politik einzuschlagen ist. Eine solche ausföhrliche Debatte will ich nicht unternehmen. Für uns handelt es sich darum, vor dem Lande die politischen Konsequenzen festzustellen, die sich aus dem Verhalten der Reichsregierung und aus der ganzen Zaberner Affäre ergeben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat gestern einer der Redner aus dem Hause die Befürchtung ausgesprochen, daß womöglich die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Resonanz sein könnten von Unterredungen, die in

Donauerschingen

stattgefunden haben. Ich fühle nicht in mir die Veranlassung zu den Aufgaben eines Staatsanwalts, die ja neuerdings auch mit einigen Mißlingen verbunden sind (Heiterkeit), und ich will auch nicht irgendeinen Indizienbeweis gegen den Reichskanzler führen, aber einige Tatsachen verdienen doch festzustellen zu werden. Ich konstatiere, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers im vollen Widerspruch stand zu seiner Erklärung zu Beginn der Woche, als er sich darüber äußerte, wann er die Interpellation Delfor beantworten werde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat freilich gestern wie damals von der Autorität der Gesetze und der öffentlichen Gewalten gesprochen; wenn aber jemals, so hat in diesem Falle der Ton die Musik gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem liegt zwischen dieser Erklärung vom Montag und der gestrigen die Unterhaltung, die in Donauerschingen geführt worden ist, und man wird im Volke allzu leicht zu der Vermutung gelangen, daß der Reichskanzler nicht nur eine Abdankung vollzogen hat vor der Militärdiktatur, sondern auch vor dem Militärkabinett. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man wird im Volke allzu leicht zu der Vermutung gelangen, daß einem Solungswort hier von der Reichsregierung blindlings gefolgt worden ist, das in Donauerschingen ausgegeben wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei muß daran erinnert werden, wie charakteristisch die ganze Unterredung in Donauerschingen für unsere verfassungsmäßigen Verhältnisse ist. Zugezogen wurde der Kriegsminister, zugezogen wurde der Chef des Militärkabinetts, nicht zugezogen wurde — bisher wenigstens — der Raum, der der einzig Verantwortliche für die Politik des Reiches ist. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Es war — das ist der Eindruck, der im Volke erweckt ist — eine willkürliche Kapitulation,

eine demütigte Unterwerfung,

wo von einem selbstbewußten Leiter der Reichspolitik hätte erwartet werden können, daß er vor seinem Herrn hintert und ihm sagte: das besorge ich nicht, entweder wird eine andere Politik eingeschlagen oder ich ziehe für meine Person die Konsequenzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht geschehen, der Herr Deimling und das ganze Militärregime ist siegreich geblieben. Und wie ferngehindert sind auch in diesem Sinne die Worte, mit denen der Kriegsminister eine seiner so überaus glücklichen Reden (Heiterkeit) schloß, als ihm von einem meiner Freunde entgegengehalten wurde, General Deimling habe sich seit 1906 durchaus nicht geändert. Da antwortete der Kriegsminister spontan und sicherlich auch richtig: Das ist doch das Beste an ihm. (Der Kriegsminister nicht zustimmend.) Also das Beste an ihm ist, daß er noch immer die diktatorischen Mächte sich anmaßt, die hier im Reichstag 1906 den entsprechenden Empfang erhalten haben. Das ist außerordentlich charakteristisch (Sehr richtig! links) und beweist aufs Neue, wie der Geist der Militärdiktatur in der Reichsregierung herrscht. Der Reichskanzler hat ja durch seine ganzen Ausführungen gestern und heute den Beweis selbst geführt. Heute wollte er unparteiisch sein, gestern nannte er seinen Bericht objektiv. Den Bericht, der in seinen wesentlichen Teilen auf Mitteilungen des Generals Deimling beruht, den Bericht, der fast in allen Punkten Widerspruch gefunden hat von den einwandfreiesten Zeugen, von Einheimischen und Altdenken, sogar von den Kreisen in Elsass-Lothringen, die dort als pangermanische und alldemische bekämpft werden.

Der Reichskanzler hat uns aber heute die wertvolle Mitteilung gemacht, daß er auch die Berichte der Zivilbehörden verwertet hätte. Warum haben wir denn gerade von diesen Berichten gestern keine Kenntnis bekommen (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum), sondern warum sind uns ausschließlich die Mitteilungen der militärischen Stellen zugegangen? Der Kriegsminister hat sich auf das „Zaberner Tageblatt“ berufen, das die Zaberner Bevölkerung außerordentlich mißbilligt und für die angeblich beleidigten Offiziere Stellung genommen habe. Dieser einzige Zeuge des Kriegsministers muß einen Augenblick betrachtet werden. Das „Zaberner Tageblatt“, von dem bis gestern wohl keiner der elsass-lothringischen Abgeordneten irgend eine Kenntnis gehabt hat (Lebhafte Zustimmung bei den Elssässern) ist weiter nichts als der Ableger eines in Straßburg und seiner näheren Umgebung sehr bekannten Blattes, das zu Neß in Baden erscheint; ein Blatt, über dessen Qualitäten der Kriegsminister sich ja vielleicht bei der elsässischen Landesregierung und auch bei der Stadtverwaltung von Straßburg näher erkundigen kann — wenn er noch so viel Vertrauen zu den Zivilbehörden hat! (Heiterkeit.) Der Kriegsminister hat uns nicht nur diesen einen Zeugen, den er genau so glücklich gewählt hat, wie seine eigenen Ausführungen (Sehr gut! links) hier vorgeführt, sondern er hat auch den in seiner Situation

wirklich seltenen Mut

gefunden, hier im Reichstag die Schuld an den Vorgängen im wesentlichen auf die lärmenden Tumultuanten und auf die hebräischen

Präorgane zu schieben. (Sehr richtig! rechts.) Diese Präorgane und den Beifall, der ihnen von dieser Seite kommt, den gönne ich ihnen! Die elsässische Presse hat ohne Unterschied der Parteirichtung das Verdienst das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese unerhörten Mißstände gelenkt zu haben und da kam hier nicht gebührend werden, daß im schnoddrigsten Tone, im Augenblick, wo man Verantwortung abzulegen hat (Stöße des Präsidenten — Stürmische Zustimmung und Bravo links.)

Präsident Dr. Kaempf:

Für den Ausdruck „Schonddrigher Ton“ rufe ich Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts; Lachen und stürmische Beifallsrufe für den Redner links. — Der Reichskanzler hat den Saal verlassen.)

Abg. Dr. Weill (fortshrend):

Es kann jedenfalls nicht in einem Ton, wie er gestern hier gebraucht worden ist, die Verantwortung von den verantwortlichen Stellen auf die Presse und die Öffentlichkeit abgehoben werden! (Sehr wahr! links.)

Was in dieser ganzen Angelegenheit, an der Unterwerfung der Regierung gegenüber dem allmächtigen Militärregime, an allen diesen Erscheinungen dem Geismat der meisten im Hause am ehesten widersprechen wird, das ist die Methode, mit der die Reichsregierung die Landesregierung von Elsass-Lothringen und die Zivilbehörden glattweg preisgegeben hat. (Sehr wahr! links.) Das Einverständnis mit dem Grafen von Wedel in der Zeit der Verfassungsänderung scheint jetzt nicht mehr zu bestehen. Wenn wir Kenntnis bekommen hätten, wie es sich gehört hätte (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), von der Auffassung und der Berichterstattung der elsass-lothringischen Behörden, dann würden wir näher und genauer zu beurteilen vermögen, wie diese unmittelbar kompetenten und unmittelbar informierten Stellen über die ganzen Vorgänge denken. Es war ja die Devise des Kriegsministers und des Reichskanzlers in der ganzen Debatte, nichts zu beschönigen und nichts zu entschuldigen. Aber was ist denn sonst geschehen? (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn von Forstner die Rede war, dann waren es Ungehörigkeiten, die nicht weitbewegend sind, es wurde unter komplizierten etymologischen Interpretationen und Deduktionen der Beweis geführt, daß aus dem Gebrauch einer Injussule durchaus kein Affront für die Elssässer herzuweilen sei, während andererseits gegenüber den jugendlichen Rekruten alle Schärfe im Tonfall gebraucht wurde. Es wurden die Ungehörlichkeiten zugegeben, aber auch da — in welcher Tonart und mit welchen Eindringungen!

Der Reichskanzler hat heute wiederholt, daß die Ungehörlichkeiten passiert sind und erklärt, das solle nicht mehr passieren, er hat eine Sühne angeündigt. Das alles war gestern in seiner Rede nicht enthalten und hätte vielleicht, wären die verhängnisvollen Schicksale nicht gekommen, wäre die Rede des Kriegsministers von gestern nicht gewesen, seine Schwelgerei erstehen lassen. Aber wenn der Reichskanzler heute sagt, daß er gestern die Ungehörlichkeiten bereits zugegeben habe, so muß doch hervorgehoben werden, wie er sie begreut hat und wieviel mildernde Umstände er in diesem letzten Augenblick entdeckt hat. Wenn er sagte, daß sei nicht zweifelhaft, aus welchen Anschauungen heraus die Militärbehörden vorgegangen seien, wenn sie auch in der Folge die gesetzlichen Grenzen nicht eingehalten haben, so ist das keine Verurteilung (Sehr richtig! links), sondern (Zuruf links: Eine Aufforderung!)

Entschuldigung und Beschönigung?

Dann — die ganze Terminologie der Herren: Recht der Armees, des Königs Rod, Disziplin und Ehrgefühl der Armees, und der Kriegsminister sagte sogar hier in diesem Hause, daß ohne die Armees kein Stein in diesen stolzen Mauern auf dem anderen wäre. (Lachen links.) Wo wäre die Armees, wo wäre der Kriegsminister, wenn in diesem stolzen Bau die deutsche Volksvertretung nicht lagte? (Sehr richtig! links.) Der Ton bewies aufs Neue, daß sich die Offiziere als die Führer und Meister der Nation betrachten. Das ist der Geist der Militärdiktatur und

es ist große, hohe Zeit, daß die Bürger sich aufrufen und daß die Bürger des Bürgers Rod und ihre Ehre höher einschätzen lassen, als die militärische Uniform! (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach den Nachrichten, die aus dem Reichsland hierher gelangen, hat sich eine berechtigte und tiefe Empörung der dortigen Bevölkerung bemächtigt. Herr von Caller hat in erregenden Worten geschludert, wie seine politischen Lebenshoffnungen durch diese Politik des rohen Dreinischlagens gelitten haben. Es ist keine Frage, daß noch vor einer Reihe von Jahren, noch vor einem Jahr der Entwicklungsprozess in Elsass-Lothringen so gut wie vollzogen war. Die Bevölkerung hatte sich zu dem endgültigen Anschluß an das Deutsche Reich entschlossen. Heute ist das nicht mehr der Fall. (Hört! hört!) Und wenn namentlich jetzt Störungen in diesem Entwicklungsprozess eingetreten sind — und darüber kann keine noch so übertriebene selbstbewußte Militärverwaltung im Zweifel sein — diese Störungen sind durch die neuesten Vorgänge und durch die Haltung der Reichsregierung geführt und gefördert worden. Erbitterung und Jörn ergreift die einheimische Bevölkerung und es gehört für die Altelssässer eine gewaltige Portion Selbstbeherrschung dazu, nicht die weitesten Konsequenzen aus dieser deutschen Politik zu ziehen, wie sie der Reichskanzler und der Kriegsminister geführt haben. Das sind die Folgen ihrer Politik. Das ist das Werk, auf das die Reichsregierung stolz sein kann! (Hört! hört!) Wir haben hier gestern den

deutschsten Anschauungsunterricht

bekommen über die Art, wie bei uns das Militär auftritt. Probierende Leutnants gibt es nach dem Kriegsminister in Zabern und im Reichsland nicht. Vielleicht denkt der Reichstag nach dem eigenen Auftreten des Kriegsministers in der gestrigen Sitzung ganz anders über derartige Möglichkeiten! (Lebhaftes Sehr richtig!) Es ist auch nicht wahr, daß die Elsass-Lothringern eine übermäßige Empfindlichkeit besitzen und für sich selbst eine Schonung in Anspruch nehmen, die sie anderen Teilen des Deutschen Reiches nicht zukommen lassen wollen, sondern die Erfahrungen, die wir mit dem militärischen Regime in Elsass gemacht haben, die erinnern uns immer wieder an den herrschenden Zustand, daß ein erobertes und feindliches Land von einer militärischen Truppenmacht besetzt gehalten wird. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie will in Elsass-Lothringen den Ton angeben und sie läßt die Absichten und den Geist, der sie erfüllt, in jedem Augenblick und bei jeder Gelegenheit sichtbar werden. Wenn einmal die Landesregierung selbst, der wir sonst genug Vorschläge zu machen haben, sich aufhebt, Protest einlegt und den Schutz der Bevölkerung gegen militärische Nebergreife übernimmt, dann läßt sie die Reichsregierung im Stich und fällt ihr in den Rücken, wie es gestern hier geschehen ist. (Sehr wahr! links.)

Wir verlangen die

vollkommene Autonomie.

Wir erwarten davon nicht nur die günstigsten internationalen Wirkungen für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wir sehen in der Vollendung unserer Verfassung nicht nur die Erfüllung eines berechtigten und selbstverständlichen Anspruchs auf die Selbstregierung, sondern wir wissen auch ganz genau, daß wir erst dann für unsere Verwaltung endlich die vollkommene Unabhängigkeit von Berlin erlangen (Lachen rechts), wo ja die erhabene Philosophie der Staatsmänner vor dem Willen der Generale demütig in den Staub sinkt! Aber auch die Verfassungszustände im Reich sind in diesem Fall gebührend zum Ausdruck gekommen. Welch eine demokratische Lektion! Zogelang hat man warten müssen auf die geringste Aufklärung, bis — das

Jagdvergnügen in Donauerschingen

zur Behandlung der Frage Zeit gelassen hat (Hört, hört! links). Und dann diese Antwort, die erneut die Selbstherrlichkeit der gegen

die Bürgerehre rebellierenden Generale und Offiziere zeigt? (Lebhafte Zustimmung links, höhnisches Gelächter rechts.) Unter diesen Umständen ist es die Pflicht des Reichstages, klar und einbringlich zu sprechen. Wir haben heute vernahmen müssen, wie welcher Geringschätzung der Reichskanzler von dem Mißtrauensvotum spricht, das ihm heute wohl erteilt werden wird. Mit derselben Geringschätzung, mit der das Militär der Zivilbevölkerung gegenübersteht. Das Parlament hat in Deutschland die Macht nicht. Der Reichskanzler durch ein solches Votum zu führen; aber das Ansehen des Reichskanzlers ist durch diese Angelegenheit, durch ihre Behandlung am gestrigen Tage und durch seinen heutigen mißlungenen Rückzugsversuch bei der überwiegenden Mehrheit derart erschüttert worden (Oh! rechts) — außer vielleicht in Ihren Kreisen, auf deren Meinung ich für meine Person übertriebenes Gewicht nicht lege (Sehr gut! links). — daß das Volk, wenn der Kanzler auch ein Mißtrauensvotum nicht fürchtet, nach diesem Tage jedenfalls wissen wird, wie es die Reichspolitik einzuschlagen hat. (Beifall links.)

Der Reichstag wird sich, so denken wir, zu wehren wissen gegen eine derart geringschätzende Behandlung, er wird zeigen, daß er noch Macht genug gegen die Regierung ausüben kann. Die Etatsberatung wird dem Reichstag die Möglichkeit geben, die verfassungsmäßigen und geschäftsordnungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, mit deren Hilfe die Regierung gezwungen werden kann,

dem Volk Genugtuung zu leisten!

(Bravo! links.) Uns war das eine Kampfansage, und wir hoffen, daß die Mehrheit, die gestern von dieser tiefen Entrüstung ergriffen worden ist, mit uns den Kampf führen wird. Es handelt sich jetzt nicht mehr einfach um die Autorität des Heeres, um das Selbstgefühl der Militärdiktatur — wir haben hier im Reichstag die Autorität der Volksoberkeit und des Ehrgefühls des Volkes zu wahren! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Haas (Sp):

Die überwiegende Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes stand gestern und heute unter dem Eindruck, der Reichskanzler besitzt das Vertrauen des Volkes nicht mehr, er ist nicht mehr geeignet zum Hüter von Recht und Gesetz. Hinter dem Abg. Fehrenbach stand trotz aller Gegensätze der Parteien fast der gesamte Reichstag. Gestern wäre es noch möglich gewesen, Veruhigung zu schaffen, und das wäre nötig gewesen im Interesse unserer Würde vor dem Ausland. Das gestern verlorene Vertrauen konnte der Reichskanzler durch seinen heutigen Rückzug nicht zurückgewinnen.

Wir haben in der Rede des Reichskanzlers vermehrt, was den Offizieren im Hinblick auf ihre Tätigkeit mitgeteilt ist. Wir fanden bei ihm nur weitgehende Rücksichtnahme auf militärische Anschauungen. Vielleicht auch auf die Anschauungen eines Mannes, den man nicht genannt hat, dem man aber besser dienen würde,

wenn man ihm die Wahrheit sagen würde.

(Sehr richtig!) Der Kanzler sagt, des Kaisers Rod muß unter allen Umständen respektiert werden, aber Respekt läßt sich nicht verlangen, wenn der Träger des Rodes den Respekt nicht verdient, und wir sagen, nicht nur der Rod des Kaisers muß respektiert werden, sondern auch der Rod des Bürgers und zehntausend mal mehr müssen respektiert werden die Gesetze und Rechte des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kanzler hätte von den verletzten Rechten des Bürgers sprechen müssen, nicht von den Beleidigungen der Offiziere, und was er noch nicht ganz schlecht gemacht hatte, machte der Kriegsminister noch schlechter. (Lebhafte Zustimmung.) Er sprach von der Kostwendigkeit des Ehrgefühls in der Armees und bedenkt nicht, wie verderblich es ist, wenn Soldaten sich melden müssen beim Vorgefetzten mit einer Bemerkung, die gegen ihre eigene Ehre und die ihres ganzen Volkstammes ist. Man sagt, kein Stein an diesem Hause wäre vorhanden ohne die deutsche Armees. Wir sagen dagegen, alle Siege der deutschen Armees wären nicht zu erklären, wenn nicht hinter ihr gestanden hätte das deutsche Volk und sein Wille. Statt des Kaisers Rod können wir ebenso gut sagen des Volkes Rod. Zentrum, Nationalliberal und Volkspartei haben im Elsass stets auf die Verhöhnung hingearbeitet. Heftartikel haben die „Kreuzzeitung“ und die „Post“ geschrieben, die Zeitungen der Herren, die gestern hinter dem Reichskanzler standen. Der Reichskanzler und der Kriegsminister fühlen noch nicht, um was es sich handelt. Es handelt sich nicht um die Vorfälle in Zabern, sondern darum, daß die

großen Prinzipien bürgerlicher Freiheit bedroht

worben sind von rebellierenden Offizieren. Wenn ich auch nicht von Hochverrat sprechen will — eine Revolte gegen die bürgerlichen Gesetze haben die Herren allerdings begangen. (Sehr richtig!) Wer festgenommen wird, muß unbedingt dem Richter vorgeführt werden. Diese fundamentalen Grundzüge können nicht durch irgend welche militärischen Vorschriften und Instruktionen beseitigt werden. Das Schlimmste ist, daß die Herren in Zabern sich die Polizeigewalt für einige Tage angemahnt haben. Der Zivilbehörde ist nur der eine Vorwurf zu machen, daß sie von ihren Rechten nicht mehr Gebrauch gemacht und daß sie nicht Humor genug besaßen hat, gegen den Oberst v. Reutter militärische Hilfe zu requirieren. (Große Heiterkeit.) Wenn die Offiziere auch nicht Hochverrat begangen haben, so doch eine ganze Reihe von Delikten, Freiheitsberaubung unter Mißbrauch der Waffengewalt, wie sie unverschämter noch nicht dagewesen ist, Körperverletzung, zuletzt gegen den lahmen Schuster. Und warum sind die Soldaten hinter halbwegsigen Burden hergeprungen? Weil gelacht worden ist. (Heiterkeit.) Das Lachen kann man so wenig verbieten, wie man den Respekt befehlen kann.

das Lachen hat sich über ganz Deutschland und über die ganze Welt verbreitet.

Wollte der Oberst v. Reutter mit seinen Offizieren jedem Lachen nachjagen, so mühte er sich in der ganzen Welt herumprügeln (Heiterkeit). Das deutsche Volk erhält das Gefühl der Klassenjustiz. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht in Ihrem Sinne (zu den Sozialdemokraten). Aber was wäre Bürgern geschehen, die einen Offizier der Freiheit beraubt und in einen Kohlenkeller gesperrt hätten? Wir haben nicht das Vertrauen zu den Militärgerichten, daß die Offiziere für das gleiche Vergehen entsprechend bestraft werden. (Sehr richtig!)

Herr v. Deimling ist gewiß ein tüchtiger Soldat; aber er kümmert sich um politische Dinge, und das ist nie gut für einen Militär.

Wir protestieren dagegen, daß die Verfassung an den Vorfällen in Zabern schuld ist; hätten wir warten wollen, bis die Herren rechts und die Verfassung geben wollten, so hätten wir so lange warten können wie die Medienburger. — Wir wollen die Folgen der Vorfälle in Zabern aber auch nicht so pessimistisch ansehen. Auch die Elsass-Lothringern Reichskanzler und Kriegsminister kommen und gehen, aber bestehen bleiben die Rechte des Volkes und der Wille des deutschen Volkes, die Ausbreitungen nervös gewordener Offiziere zurückzubannen. Die Armees besteht nicht aus eigener Kraft, sondern durch den Willen des Volkes, und über ihr stehen die Rechte des deutschen Volkes und Gesetz. (Lebhaftes Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Nidlin (Elf):

Ich konnte gestern über die Ausführungen des Kriegsministers nicht lachen, sondern hätte am liebsten laut aufgeschrien. Das Deutschland hat dadurch einen unberechenbaren Schaden erlitten. Das hat gestern Herr Abg. von Caller eindringlich dargelegt, ebenso der Kollege Fehrenbach, der sich so sehr um die elsässische Verfassung verdient gemacht hat. Seit ich ins politische Leben getreten bin, habe ich für die Ver-

führung der Elfter gewirkt; denn ich war überzeugt, Elfter-Lothringen könne sich gewöhnlich als vollberechtigter deutscher Bundesstaat (Pravo!) Es wird äußerst schwer sein, den unglücklichen Eindrud, den die gestrige Rede des Reichskanzlers und des Kriegsministers in Elfter-Lothringen hervorgerufen hat, zu verwischen. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Die Armee hat uns Elfter-Lothringen gewonnen, aber

gestern hat uns die Armee Elfter-Lothringen moralisch verloren.

Seine Behauptung vom Montag, die Autorität der Zivilgewalt werde geschwächt, hat der Reichskanzler gestern Lügen gestreut. Er hat allein die Militärbehörde geschwächt. Seine Pflicht wäre gewesen, für das Recht, das die Militärbehörde verletzt hatte, einzutreten. (Sehr wahr! links.) Daß das Wort „Vades“ ein Spitzname für die Elfter sei, trifft nur für ganz bestimmte Kreise zu; aber auch diese hätten sich sehr wohl, es einen Elfter gegenüber zu gebrauchen, weil sie genau wissen, daß die Elfter es als schwere Beleidigung empfinden. — Eine besondere Soldatenehre kann ich nicht, jeder Mann hat die Pflicht, seinen Ehrenschuß blank zu halten. Und fängt denn für den Kriegsminister die Ehre erst beim Leutnant an? (Sehr gut! links.) Für die Ehre der Rekruten hat der Kriegsminister kein Wort übrig gehabt; sie sollen schwer bestraft werden, weil sie sich Beleidigungen ihrer Ehre nicht gefallen lassen wollten. Sorgen Sie dafür, daß die elfterschen Rekruten menschenwürdig behandelt werden! (Lebhafte Zustimmung links.) Der Leutnant v. Horkner hätte gezwungen werden müssen, öffentlich dem elfter-lothringischen Volke Abbitte zu leisten. (Sehr gut! links.) Daß er keinen ritterlichen Charakter hat, beweist die brutale Art und Weise, wie er den lahmen Schuster behandelt hat. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sprach von fortgesetzten Beleidigungen der Offiziere durch die Bevölkerung. Dabei hat er sich auf Berichte der Militärverwaltung gestützt, die offenbar nicht richtig sind. In welcher Garnison Elfter-Lothringen ist denn sonst das Verhältnis zwischen Militär und Zivil gestört? Aber so mußte es kommen, um auch dem Blindesten die Augen zu öffnen, unter welchem Militärregiment Elfter-Lothringen feucht. (Sehr wahr! bei den Elftern.) Der Statthalter von Elfter-Lothringen soll seine Demission eingeleitet haben. Dem mag sein, wie ihm wolle, jedenfalls besteht bei uns eine Statthalterkrise und vielleicht auch

eine Reichskanzlerkrise.

Ich fürchte sehr, daß wir bei uns eine Postill erhalten, wie sie der gestrige Rede des Kriegsministers entspricht. Dann Gnade Gott Elfter-Lothringen. Aber wir werden den Kampf aufnehmen im Bewußtsein, daß wir getragen sind von der Sympathie des ganzen deutschen Volkes und der gesamten gesitteten Welt, und wir werden schließlich siegreich sein. (Lebhafte Beifall bei den Elftern und links.)

Hierauf wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Schlußantrag angenommen.

Auf Antrag Gröber (Z.), dem sich der Abg. Haase (Soz.) anschließt, wird über das Mißtrauensvotum der Sozialpartei und der Sozialdemokraten gemeinsam namentlich abgestimmt.

Das Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler wird mit 293 gegen 54 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Resultat der Abstimmung wird mit lebhaften Bravo! auf der linken begrüßt. Vereinzelt im Rechten folgt erneutes stürmisches Bravo! links und im Zentrum. (Die Minister hatten sich bis auf den Reichshofsekretär Kühn vor der Abstimmung entfernt.)

Das Haus vertagt sich. Präsident Kaempf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Freitag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen über die Arbeitslosenversicherung und Interpellation der Konservativen betr. das Inkrafttreten der Dienstbotenversicherung.

Abg. Haase (Soz.):

Die politische Situation, die durch die Verhandlungen der letzten Tage und den soeben verlesenen Beschluß entstanden ist, legt den Gedanken nahe, die Verhandlungen des Hauses so lange zu vertagen, bis die Situation geklärt ist. (Warm rechts. Lebhaft Zustimmung links.) Bei der großen Bedeutung der Frage der Arbeitslosenversicherung für die arbeitenden Arbeiter aber halten wir eine Erörterung dieser wichtigen Angelegenheit vor Weihnachten für durchaus erforderlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und um dies zu erreichen, sind wir mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden.

Es bleibt also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Soziales.

D. S. A. G.

Die Deutsche Volksversicherungs-Vereinsgesellschaft, die unter Aufsicht der Regierung und der Mitwirkung sogenannter nationaler und christlicher Organisationen von 30 privaten Lebensversicherungs-Gesellschaften gegründete **Gegen-Vollversicherung**, hat am 20. November eine Generalversammlung abgehalten. Um den Anschein zu erwecken, als ob die Versicherten einen Einfluß auf die Verwaltung und Ausgestaltung der Gesellschaft hätten, hatten bekanntlich die Gründer der D. S. A. G. von den 4000 Aktien 37 auf einzelne Organisationen überlassen, so daß auf der Generalversammlung die privaten Versicherungsgesellschaften 3063 Stimmen, die Zutreibungsorganisationen ganze 37 Stimmen hatten. In Aufsichtsrat und im Vorstand beschloßen die Privatgesellschaften allein. — In der am 20. November unter dem Vorsitz des Grafen v. Pofadowsky-Wehner abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung haben nun die 30 privaten Lebensversicherungsgesellschaften zu den feilherigen 37 Aktien noch ganze 10 weitere Aktien an die „vertraglich verpflichteten“ Organisationen abgetreten. Aktien erhielten: der Verband der evangelischen Arbeitervereine Bayerns (vor dem Rhein), die evangelischen Arbeitervereine (Frankfurt am Main), die Zentralverbände der christlichen Holzarbeiter (Köln), der Gutenbergsbund, die christlichen Lederarbeiter, die christlichen Keramik- und Steinarbeiter, die christlichen Bauarbeiter, die Reichshausgemeinschaft für Handel und Gewerbe (E. S., Braunschweig), der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und der Verein für Handlungslehrlinge von 1888 (Hamburg).

Nach § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der D. S. A. G. gewährt bei der Generalversammlung jede Aktie eine Stimme. Es verfügen also jetzt die 30 privaten Versicherungsgesellschaften mit ihren 3963 Aktien über 3953 Stimmen. Den sämtlichen „mitarbeitenden“ Organisationen hat man durch die gnädige Ueberlassung von 47 Aktien zu je 500 R. 47 Stimmen auf der Generalversammlung eingeräumt. Auf der Generalversammlung wurde ferner die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder von 25 auf 30 erhöht und den Organisationen wurden zur Dekoration auch einige Sitze im Aufsichtsrat zugewiesen, der bis dahin ausschließlich von den privaten Gesellschaften gebildet war.

Nach der Eintragung im Berliner Handelsregister sind die Gründer der D. S. A. G.: 1. Johann Friedrichs zu Berlin, ordentliches Vorstandsmitglied der Deutschen Lebensversicherungsbank A. G. in Berlin; 2. Dr. jur. Oscar Friedrichs, stellvertretendes Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft; 3. Dr. Alfred Seeger in Berlin, Vorstandsmitglied der Berlinerischen Lebensversicherungsgesellschaft; 4. Professor Clemens Wüster in Berlin-Schöneberg; 5. Professor Albert Nothe in Berlin-Wilmersdorf.

Den Aufsichtsrat bilden weiterhin: 1. Staatssekretär a. D. Dr. Max Arthur v. Pofadowsky-Wehner in Raumburg; 2. Direktor

Albert Sander in Köln; 3. Direktor Dr. Theodor Walther in Leipzig; 4. Direktor Franz Wolff in Stuttgart; 5. Generaldirektor Paul Dumile in Frankfurt a. M.; 6. Direktor Dr. Friedrich Bischoff in Leipzig; 7. Direktor Dr. Philipp Labes in Frankfurt a. M.; 8. Generaldirektor Robert Hartfelder-Röbbinghoff, Geh. Regierungsrat in Berlin; 9. Regierungsdirektor Karl Ritter v. Rosp in München; 10. Direktor H. Kimmig in Karlsruhe.

Zu dieser reinen Vertretung der privaten Versicherungsgesellschaften, die das gesamte Gründungskapital von 2 Millionen Mark und den Organisationsfonds von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt hatten, wurden in der außerordentlichen Generalversammlung als weitere Aufsichtsratsmitglieder folgende Vertreter der „mitarbeitenden“ Organisationen ernannt: **Margarete Behm**, Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen; **Abg. Behrens**, Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter, Essen; **Goldschmidt**, Verband deutscher Gewerbetreibender (S. D.), Berlin; **Gauß**, Reichsverband der Verbände der Beamten und Arbeiter soziallicher Berufsständeleiten, Elberfeld; **Dr. Feine**, Bayerischer Bauernverein, Regensburg; **Abg. Jäger**, Verband deutscher Eisenbahnarbeiter und -arbeiter, Berlin; **Abg. Tr. Baurischer** Handwerker, und Gewerbebund, Erding in Bayern; **Dr. Köhler**, Verein für Handlungslehrlinge von 1888, Hamburg; **Abg. E.**, Evangelische Arbeitervereine Deutschlands, Essen; **Siebold**, Reichsverband für Handel und Gewerbe, Braunschweig; **Otto**, Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig; **Schlad**, Reichsverband deutscher (christlicher) Konsumvereine, Wülheim a. Rh.; **Stegewald**, Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, Köln; **Koniginore Walterbach**, Süddeutscher katholischer Arbeiterverein, München.

Die D. S. A. G. bleibt also ein Unternehmen der privaten Versicherungsgesellschaften, das letztere als Konkurrenz der von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufenen Lebensversicherung für das Volk, die „**Vollversicherung**“, gegründet haben.

Verzinsvertrag für Hagen.

Für Hagen-Stadt und Hagen-Land haben sich auf Ausschreibung hin weit mehr Verträge gemeldet, als zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung für die Zeit vom 1. Januar 1914 ab erforderlich ist. Nach längerer Verhandlung ist am 1. Dezember ein Vertrag zustande gekommen. Die Verträge liegen die für die Klassen unannehmbare Forderung fallen, daß Genehmigung der Leipziger Vertriebszentrale erforderlich sei, und unterzeichneten folgende Erklärung, die die Klassen vor erpresserischen Nötigungsversuchen gegen die Verträge sichert:

„Da sich zurzeit noch nicht übersehen läßt, ob die Genehmigung der Leipziger Vertriebszentrale der Verträge zur Unterzeichnung des vorstehend festgestellten Vertrages vor dem 1. Januar 1914 erteilt wird, so erklären die Unterzeichneten für die Mitglieder des Bezirksvereins der Verträge der Kreise Hagen-Stadt und Hagen-Land hiermit ausdrücklich, daß sie sich auch im Falle der Nichterteilung der Genehmigung durch die Vertriebszentrale bis zu diesem Zeitpunkt an die Bestimmungen obigen Vertrages ab 1. Januar 1914 auf die Dauer von 5 Jahren gebunden halten.“

Es ist zu wünschen, daß es in allen Bezirken zu einem ähnlichen Ausgleich trotz der Leipziger Kampfbühne kommt.

Reaktionäre Mittelstandspolitik.

Die amtliche Mittelstandspolitik folgt den Spuren der Reaktion. Den Kontinenten soll verwehrt werden, den Händler auszuschalten. Solchem Zwecke dient auch ein Feldzug gegen den sogenannten Warenhandel in Fabriktrieben usw. Es handelt sich um die Form des Warenbezuges, daß Arbeiter, Beamte und Angestellte eines Betriebes oder einer Fabrik gemeinsam Waren zu niedrigeren als Kleinverkaufspreisen unmittelbar vom Großhändler oder Fabrikanten beziehen und unter sich in irgend welcher Form verteilen. Auf Erfordern der Regierung berichten die Regierungspräsidenten nun über den Umfang solchen Warenbezuges, ferner über die Vorschläge, die aus den Kreisen der Interessenten zu dessen Beseitigung gemacht werden. Die Vorschläge atmen vollständig zünftlerischen Geist. Es wird verlangt: Einführung einer Weisepflicht für jede Form der Warenvermittlung. Die Unterlassung der Meldung soll sehr hoch bestraft werden. Von den nichtgewerblich vermittelten Waren soll sodann eine Stempelgebühr erhoben werden. — Außerdem verlangt man noch eine Reihe gewerdepolizeilicher Maßnahmen, die alle nur dem Zweck haben, den strömenden Kunden und Profit zu sichern. — Auch in außerpreussischen Bundesstaaten sind Erhebungen über den „heimlichen Warenhandel“ eingeleitet worden. — Wir leben im Zeichen des — Fortschritts.

Gerichts-Zeitung.

Ein Raubschänder.

Durch einen eigenartigen Trick sucht der wiederholt wegen Diebstahls bestrafte Franz Haseloff dem Gefängnis zu entgehen. — Aus der Untersuchungshaft wurde H. gestern der 7. Strafammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. — Der Angeklagte hat den Polizei- und Gerichtsbehörden schon sehr viel zu schaffen gemacht. Sobald er bei der Verübung eines Diebstahls gefaßt wird, geht er ruhig zur Polizeiwache mit. Sobald er in der Zelle sitzt, zieht er etwa vorhandene Nägel aus den Wänden oder zerbricht das Gipsgischier und schmeißt die einzelnen Teile herunter. Der Zweck dieser Uebung ist, damit zu erreichen, daß er nicht in das Gefängnis, sondern in die Charité oder in irgendein Krankenhaus gebracht wird, wo die Verpflegung besser ist und wo sich auch eher eine Ausbruchsmöglichkeit bietet. Tatsächlich ist der Angeklagte schon wiederholt, während ihn die Verträge noch als Schwerverkranken ansahen, geflüchtet. Auch während der Verbüßung der gegen ihn verhängten Gefängnisstrafen hat es der Angeklagte verstanden, bei der ersten besten Gelegenheit sich in den Besitz von Nägeln zu setzen, die er dann seinem Straußenmagen einverleibte. Er ist auch schon mehrfach operiert worden, hat aber diese nicht ungefährlichen Operationen stets mit Humor überstanden. — Vor einiger Zeit wurde er wieder bei der Verübung von Raubverbrechen gefaßt. Im Untersuchungsgefängnis begann er, trotzdem alle kleineren Gegenstände aus seiner Nähe entfernt wurden, sofort wieder alle möglichen Sachen, wie Nägel, Drahtenden, Ecken, die ihm „verdaulich“ schienen, zu schlucken, so daß er bald keine Aussicht, in das Krankenhaus zu kommen, erreicht sah. — Nach dem Wütenden des Sanitätsrats Dr. Otto von Herzberge ist Haseloff ein geistig stark minderwertiger Mensch. — Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten der erlittenen Untersuchungszeit.

Vom Polizeikampf gegen die Polen.

Der Polizeipräsident zu Posen hatte den polnischen Turnvereinen der Gegend, den sogenannten **Socols**, die Genehmigung zu einem öffentlichen Turnfest mit den obigen Begleitveranstaltungen erteilt. Er knüpfte daran jedoch verschiedene Bedingungen. Unter anderem wurde das Tragen der sogenannten **Socoltracht**, bestehend in grauer Hose, grauer Litwka und kleiner blauer Mütze, verboten. Dieses Verbot richtete der Turnwart, der Bergmann **Berezinski** zu Herne, durch die Beschwerde an.

Der Regierungspräsident zu Arnberg verwarf die Beschwerde, indem er sich den Gründen anschloß, die der Polizeipräsident in einem Bericht an ihn geltend gemacht hatte. Diese Gründe gingen dahin: Die erwähnte Tracht, die verboten worden sei, sei nicht der Turnanzug, sondern die Festtracht der **Socols**, der polnischen Turnvereine. Nach dem Reglement der **Socols** solle diese Tracht die Turner als **polnische** Turner kennlich machen, im Gegensatz zu den deutschen Turnern. Die graue Farbe sei auch für die Nationalpolen ein Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit an den polnischen

Heimatboden. Diese festliche Kleidung sei für das Turnen selber ungeeignet. Sie solle die nationalpolnischen Zwecke und Ziele der **Socolturner** hervorheben, im Gegensatz zum Deutschtum. Durch diese einheitliche Tracht erlangten die polnischen Turner bei ihrem massenhaften Auftreten ein militärisches Aussehen. Im Westen Deutschlands, der durchaus deutsch sei, müßte bei der deutschen Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit entstehen, wenn die dort lebenden Polen in dieser **Socoltracht** aufträten. Es würde dadurch der Unwillen der Deutschen erregt, und es könnte so zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommen.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen bestätigte den **Beschluß** des Regierungspräsidenten zu Arnberg.

Berezinski klagte nun beim Oberverwaltungsgericht und machte geltend, daß die gesetzlichen Rechte der polnischen Turner durch das Verbot des Tragens dieser Anzüge beim Turnen verletzt würden. Die grauen Anzüge und die kleinen blauen Mützen seien auch durchaus nicht Ungeübliches.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die auffälligen **Beschwerdebefehle** auf und setzt die Verfügung des Polizeipräsidenten zu Posen, durch die das Tragen der sogenannten **Socoltracht** beim Turnen verboten worden war, außer Kraft. Begründend wurde kurz ausgeführt: Die gesetzlichen Voraussetzungen für das Verbot des Tragens der sogenannten **Socoltracht**, die aber an sich gar keine Tracht sei, lägen nicht vor. Argenteine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erscheine nicht nachgewiesen.

Wie normal veranlagte Menschen in ihrem Sicherheitsgefühl sich durch graue Anzüge benachteiligt fühlen können, bleibt Geheimnis der polizeilichen Behörden.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater und guter Vater meines Kindes, der Restaurateur **Karl Plonies** im Alter von 57 Jahren nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Elise Plonies nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Stralauer Viertel. Bez. 321.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Galvaniker **Karl Plonies** Warschauer Str. 17 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung erucht **Der Vorstand.**

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Plonies** Warschauer Str. 17 (Bezirk 4) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung erucht **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Der Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Heinrich Weber** Köpenicker Str. 24, am 2. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Reinickendorfer-Str., Humboldtstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung erucht **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater, unser Bruder und Schwager, der Klavierarbeiter **Max Dünsch** nach langem Leiden im Alter von 20 Jahren verstorben ist.
Franz Dünsch nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Wargahn aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 3. Dezember verstarb unser Parteigenosse **Karl Leube** (Zielmühlstr. 39).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung erucht **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.
Am 3. Dezember nach unser Mitglied, der Maurer **Karl Leube** (Bezirk Neukölln).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezbr., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung erucht **Der Vorstand.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Lina Schwämmlein geb. Mähr** am 2. d. M. nach schwerem Leiden im 61. Lebensjahre gestorben ist.
Paul Schwämmlein nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Karls-dorfer Friedhofes aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß der unerwartliche Tod uns am Mittwoch unser lieber, guter Elchen im Alter von 18 Jahren plötzlich entzogen hat.
Um stille Beifall bitten die trauernden Eltern.
Familie Salomon nebst Kind und Großeltern.
Neukölln, Guter Straße 77.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes sage ich Vereinen und Bekannten meinen besten Dank.
Witwe Rudolph nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein des 2. Berliner Reichstagswahlkreises meinen herzlichsten Dank.
1888
Paul Jannack nebst Sohn.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**
Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** **H. Walter Inh. Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung. **35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

